

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis halbjährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. November 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Genossen! Auf zur Kommunalwahl! Säubert das Stadtparlament!

Kiautschou.

Von dem viergerühmten „Platz an der Sonne“, den wir dem ungestümen Altruisten vom November 1897 zu verdanken haben, hören die deutschen Steuerzahler in der Regel nur etwas bei den Etatsberatungen des Reichstages. Und dies klingt nicht gerade Tödend: „bezahlen, bezahlen, bezahlen“ — das ist der sehr profanische Text zu der Weltmachtsmelodie, die uns vorgepiffen wird.

Bevor die pachtelreigen Deutschen die „gepanzerte Faust“ auf die Schantungküste legten, bestand dort theoretisch, wie in ganz China, ein Oberregiment des chinesischen Kaisers am gesamten Grund und Boden. Praktisch hatten die Inhaber der Landstellen ein „that-sächlich als Eigentum sich darstellendes volles Verfügungsrecht“ über die Scholle, sobald sie nur Grundsteuer entrichteten.

So weit, so gut. Es scheinen aber über das, was als „gesunde“ und was als „ungesunde“ Spekulation zu betrachten ist, in Kiautschou verschiedene Meinungen zu bestehen oder diese Meinungen scheinen durch außerhalb der Sache selbst liegende Gründe zu wechseln.

größeren Firmen eine Art Ring gebildet und liehen den kleinen Kolonisten nur winzige Stücke Land von 600—1200 Quadratmeter Größe. Wenn nun auch die zweifelhafteste Behauptung aufgestellt wird, diese Landspekulationen hätten der Kolonie keinen Schaden gebracht, so beweist der Vorgang doch einleuchtend, daß man der Natur des Kapitalismus mit einigen administrativen Vorschriften keine unzerbrechlichen Fesseln anlegen kann.

Koch schwerwiegender sind die Vorwürfe, die der Grundbesitzerverein in Tsingtau dem Reichs-Marineamt wegen des Abschlusses gewisser Lieferungsverträge macht. Es habe, so heißt es da, mit der bekannten Kieler Firma Diederichsen, Jepsen u. Co. einen Lieferungsvertrag für Ziegelsteine auf lange Jahre zu dem ungewöhnlich hohen Preise von 34 M. für das Tausend frei ab Fabrik gemacht, während gleichwertiges Material frei auf der Stelle für rund 24 M. zu haben sei.

Ferner wird darüber geklagt, daß das Reichs-Marineamt eine Shanghaier Kaufirma in unzulässiger Weise unterstützt habe, indem es ihr eine Million Mark zu ganz niedrigem Zinsfusse lieh. „Das Reichs-Marineamt sicherte sich eine gewisse Gewinnbeteiligung“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. November.

Einberufung des Reichstages.

Endlich verländet der „Reichsanzeiger“ die Einberufung des Reichstages. Der Reichstag wird berufen, am 3. Dezember, also am Donnerstag nächster Woche, zusammenzutreten.

Mitteilungen aus dem Reichsetat.

Zu gleicher Zeit beginnt die „Kordd. Allg. Ztg.“ die Veröffentlichung einzelner Abschnitte aus dem Entwurf des Reichshaushalts-Etats für 1904. Wir geben daraus das Wichtigste wieder:

Der Etat für den Reichs-Kanzler und die Reichskanzlei weist fortdauernde Ausgaben in Höhe von 241 600 M. (-100 M. gegenüber dem vorjährigen Etat) auf.

Der Etat für die Reichs-Justizverwaltung weist eine Einnahme von 703 490 M. (+58 442 M.) auf; der Mehrbetrag ergiebt sich aus der voraussichtlichen weiteren Zunahme der Gerichtskosten vom Reichsgericht. Die fortdauernden Ausgaben sind mit 2 178 529 M. (+33 094 M.) eingestellt; an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats werden 55 000 M. für dringend notwendige Reparaturen im Dienstgebäude des Reichs-Justizamts gefordert.

Im Etat für das Reichs-Eisenbahnamt werden die fortdauernden Ausgaben auf 400 880 M. (-100 M.) veranschlagt; an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats erscheint eine Forderung von 4000 M. zur Entsendung eines Mitgliedes des Reichs-Eisenbahnamtes zur Weltausstellung in St. Louis.

Der Etat für den Rechnungshof des Deutschen Reiches weist fortdauernde Ausgaben in Höhe von 973 820 M. (+17 745 Mark) auf.

Der Etat der Reichsdruckerei veranschlagt den zu erwartenden Ueberschuß auf 2 512 819 M. (+506 040 M.); die Einnahmen aus dem Betriebe werden auf 8 315 000 M. (+409 000 M.) berechnet, die fortdauernden Ausgaben 5 519 181 M. (-67 480 M.), die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf 283 000 M.

(-30 150 M.), und zwar 95 000 M. als fünfte Rate zur Erweiterung des Grundstücks, 188 000 M. als zweite und letzte Rate zu einem Erweiterungsbau der Reichsdruckerei.

Der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen sieht eine Einnahme von 96 305 700 M. (+8 426 100 M.) vor, davon entfallen auf den Personen- und Gepäckverkehr 21 084 300 M. (+1 495 400 M.), auf den Güterverkehr 68 027 200 M. (+6 784 500 M.). Die fortdauernden Ausgaben betragen 71 460 500 M. (+4 642 200 M.). Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats sind auf 6 851 500 M. (+3 745 500 M.) beziffert, so daß ein Reinerüberschuß von 17 993 700 M. (+37 400 M.) verbleibt.

Zölle, Verbrauchssteuern

und Abversen sind auf 811 682 080 M. (-1 430 100 M.) veranschlagt, und zwar sollen erbringen die Zölle 490 869 000 Mark (+18 306 000 M.), die Zafabsteuer 11 855 000 M. (-457 000 M.), die Judersteuer 105 822 000 M. (-8 307 000 M.), die Salzsteuer 50 308 000 M. (+1 233 000 M.), die Branntweinsteuer a) Malisch-bottischsteuer 12 775 000 M. (-5 784 000 M.), b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag 106 400 000 M. (-2 207 000 M.), die Schamntweinsteuer 4 531 000 M., wie im vorigen Etat, die Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 29 550 000 M. (-1 296 000 M.).

Die Einnahmen an Stempelabgaben sind zu 88 856 000 M. (-4 172 000 M.) angenommen; der Spielartenstempel ist angelegt mit 1 588 000 M. (+21 000 M.), die Wechselstempelsteuer mit 11 469 000 M. (-472 000 M.), die Stempelabgabe für Aktien, Kasse, Renten- und Schuldverschreibungen mit 17 105 000 M. (-2 678 000 M.), für Kauf- und sonstige Anschaffungsgefeäfte mit 12 799 000 M. (-478 000 M.), für Lotterielose von Staatslotterien mit 39 554 000 M. (+710 000 M.), von Privatlotterien mit 4 704 000 M. (-1 339 000 M.), für Schiffstrakturfunden mit 700 000 Mark (+35 000 Mark), demnach die Stempelabgabe zusammen mit 74 752 000 M. (-8 745 000 M.); die statistische Gebühr mit 1 050 000 M. (+24 000 M.).

Der Vergleich des Etatsanlages der

Marine

für 1904 mit der Geldbedarfsberechnung zum Geleche betreffend die deutsche Flotte ergiebt 225,3 gegen 217,0 Millionen Mark, also für den Etatsanlay 8,3 Millionen Mark mehr. Dagegen beträgt die Summe der that-sächlichen Ausgaben bezw. der Etatsanlaye von 1900 bis 1904 838,5 Millionen Mark gegen 847,8 Millionen Mark der bezeichneten Geldbedarfsberechnung, mithin dieser gegenüber insgesamt bisher noch ein Ueberschuß von 9,3 Millionen Mark.

Die fortdauernden Ausgaben des Marine-Etats betragen 90 827 620 M. (+6 558 386 M.), darunter für das Reichs-Marineamt und das Marinelaborat 1 599 640 M. (+29 260 M.), für den Admiralstab 204 280 M. (+13 835 M.), Geldverwaltung der Marine 22 329 517 M. (+1 425 848 M.), Indienststellungen 25 971 797 M. (+2 020 176 M.), Naturalverpflegung 1 739 379 M. (+239 905 M.), Verpflegung 377 575 M. (+19 864 M.), Instandhaltung der Flotte und der Werften 25 272 815 M. (+1 204 461 M.), Waffenwesen und Befestigungen 8 463 482 M. (+356 388 M.), Zentralverwaltung für Kiautschou 90 023 M. (+18 201 M.). Beim Reichs-Marineamt sollen zwei weitere Departements geschaffen werden, und zwar ein Konstruktionsdepartement und ein Waffen-departement.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats sind mit 107 536 370 M. (+1 004 500 M.) angelegt. Davon entfallen auf Schiffsbauten 71 055 000 M. (-1 370 000 M.); von diesem Betrage sollen 32 115 000 M. (-4 430 000 M.) auf Anleihe genommen werden, während 6 Proz. des Schiffsbautwertes mit 38 940 000 M. zu Lasten der ordentlichen Einnahmen verbleiben.

Auf den außerordentlichen Etat werden, einschließlich des erwarteten Anleihebetrages in Höhe von 32 115 000 M. für Schiffsbauten, 50 635 000 M. (+3 510 000 M.) genommen.

Bei der

Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung

sind die Einnahmen auf 480 144 130 M. (+23 924 030 M.) geschätzt, davon kommen auf Porto und Telegraphengebühren 448 Millionen Mark (+23 Millionen Mark). Diesen Einnahmen stehen an fort-dauernden Ausgaben 414 139 292 M. und an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 13 271 012 M. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 52 733 826 M. (+8 721 444 M.) sich ergiebt. Bei den fort-dauernden Ausgaben ist als Folge einer eingetretenen organisatorischen Veränderung die Erhöhung des Reichsgehalts der Ober-Postinspektoren von 3900 M. auf 4200 M., des weiteren ein Zugang von 200 Stellen für Post- und Telegrapheninspektoren (Ortsaufsichtsbeamte) bei den Verkehrsämtern unter Einziehung einer gleichen Zahl von Kassierstellen vorgesehen. Die Zahl der Assistenzstellen soll abermals um 2000, um die gleiche Zahl die Stellen für Unterbeamte im inneren Dienst und um 300 die Stellen für Unterbeamte im Landbestandesdienst vermehrt werden. Als neue Titel erscheinen hier 539 100 M. zu widerruflichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und den gemeinschaftsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten sowie zu widerruflichen Pensionszulagen für die in diesen Landesteilen

angestellt gewesen und dort verbleibenden Beamten dieser Kategorien, und 6000 M. zu Erziehungsbeihilfen an höhere Beamte in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen. In den Erläuterungen zu diesen Titeln wird auf die den preussischen Beamten in den östlichen Provinzen gewährten Gehaltszulagen hingewiesen; es sei geboten, den Reichs- und Telegraphenbeamten, für welche die Verhältnisse völlig gleichartig liegen, in jenen Landesteilen denselben Ausgleich für die Erschwernisse des Lebens wie den preussischen Beamten zu bieten.

Unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats werden u. a. gefordert 300 000 M. als erste Rate für die Herstellung einer Telegraphenlinie im Innern von Deutsch-Ostafrika von Tabora nach Ujiji in Fortsetzung der bereits bestehenden Linie Dar es Salaam—Mpapua—Tabora.

Im außerordentlichen Etat werden als dritte Rate wieder 22 000 000 M. für Fernsprechwerke verlangt. In der Erläuterung dazu heißt es: „Die außerordentliche Steigerung in der Entwicklung des Fernsprechwesens, welche die seit dem 1. April 1900 durch die neue Fernsprech-Gebührenordnung in den kleineren und mittleren Orten eingetretene Gebührenerhöhung hervorgerufen hat, dauert an. Es rechtfertigt sich daher, wie in den beiden Vorjahren für solche Anlagen, die vorzugsweise der Zukunft zu gute kommen, einen dauernden Wert beizulegen und auch eine ausreichende Verzinsung zu gewähren, die Ausgaben, soweit sie nach Art und Umfang über den Rahmen der bisherigen regelmäßig wiederkehrenden Ausgestaltung des Fernsprechwesens hinausgehen, aus Anleiheemitteln zu befreiten.“

Die Abrüstungsfrage in der französischen Deputiertenkammer.

In der französischen Kammer ist es bei der Diskussion des Etats des Auswärtigen wieder mal zu heftigen Auseinandersetzungen über die Abrüstungsfrage gekommen. Nachdem der Minister für die auswärtigen Angelegenheiten, Delcassé, in längerer Rede Frankreichs Stellung zu Marokko und zu den Balkanwirren erörtert hatte, ging er zur Besprechung des französisch-englischen Schiedsgerichts-Vertrages über, den er als eine Folge der Umwälzung bezeichnete, welche in den Ideen der Haager Konferenz eingetreten sei. Man dürfe die Tragweite des Schiedsgerichts-Vertrages nicht überschätzen und nicht folgern, daß er auf alle Fragen Anwendung finden werde. Es würde mit dem Schiedsgericht an dem Tage zu Ende sein, wo eine große Nation ihre Interessen oder noch mehr ihre Ehre von der Meinung eines Dritten abhängig sehen würde. (Lebhafte Beifall.) Delcassé schließt mit der Mitteilung, daß der Kaiser von Rußland das französisch-italienische Einvernehmen mit Genugthuung begrüßt habe.

Nach Delcassé nimmt Etienne das Wort und kritisiert die auf Marokko bezüglichen Erklärungen des Ministers. Redner meint, man müsse dort eine algerische Politik treiben, die dahin zielt, die Sicherheit an der Grenze zu gewährleisten. Wenn die Mächte erfahren werden, daß wie kein Land in Marokko erworben wollen, so wird die marokkanische Frage ihrer Lösung nahe sein. Wir dürfen trotz der neuen Übereinkommen mit den benachbarten Mächten nicht als die ersten von Abrüstung sprechen. (Beifall.) Frankreich kann weder sein Unglück vergessen, noch auf die Wiederherstellung seiner verletzten Rechte verzichten. (Lebhafte Beifall auf zahlreichen Banken.)

Pressensio (Soc.) sagt, er habe niemals eine Abrüstung vorgeschlagen, sondern nur darauf bestanden, die Ausgaben für das Heer im Frieden herabzusetzen. Man dürfe sich nicht selbst in die Revanchehoffnung hinein hypnotisieren, von der niemand etwas wissen wolle. (Heftige Protestrufe, Bewegung.)

Jaurès meint, Delcassés Erklärungen über Marokko erschienen ihm nicht beruhigend. Er befürchte einen Krieg mit den Stämmen, die die Autorität des Sultans nicht anerkennen würden, wenn Frankreich die Würgerschaft für dieselbe übernehme.

Etienne erwidert, es handle sich nur darum, kommerzielle Beziehungen mit den drei großen Stämmen zu vereinbaren. — Schließlich bringt Jaurès einen Antrag ein, der die Regierung ersucht, das algerische Budget dahin auszugestalten, daß die Solidarität unter den Stämmen an der Grenze gefördert werde. — Hierauf wird die Generaldiskussion geschlossen.

Wobann beantragt der radikale Socialist Hubbard, eine Resolution zu fassen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, mit den fremden Regierungen sich hinsichtlich einer Beschränkung (der Rüstungen in den Einvernehmen zu setzen. Lärm.)

Oberst Roussel protestiert im Namen der von Frankreich lodernden Provinzen Elsass und Lothringen gegen jeden Gedanken der Abrüstung und Verzichtsleistung. (Beifall auf der Rechten und im Centrum. Lärm auf der äußersten Linken.)

Hubbard hält seinen Antrag aufrecht und sagt, es würde eine Ehre für Frankreich sein, die Verhandlungen über diesen Gegenstand mit den Nationen wieder zu eröffnen.

Delcassé antwortet, Frankreich habe nicht nötig, zu den Nationen zu sprechen. Es habe gehandelt. Seit einigen Jahren seien Frankreichs Budgets für den Krieg und die Marine etwas herabgesetzt. Die anderen Nationen könnten dem Beispiel folgen. Handlungen zählten mehr als nutzlose Worte. (Beifall.) Wenn andere Nationen sich zur Einschränkung ihrer Ausgaben für Militärzwecke entschlossen haben würden, so sei keine Beforgnis, daß man in Frankreich auf ungünstige Dispositionen hierfür treffe. Aber es sei nicht Frankreichs Sache, eine solche Initiative zu ergreifen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Leggues (radikaler Republikaner): Man hat diese Frage der Abrüstung auf dem Kongreß von Rouen auf den Wunsch der deutschen Delegierten ausgeprochen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Hubbard ruft unter großer Unruhe der Deputierten, die Frage sei zurückgestellt worden, und der Kongreß von Rouen haben einen Protest der Entrüstung gegen die Verletzung der Rechte der Völker beschlossen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Leggues fortfahrend: Wir leiden ebenso sehr wie Sie unter den Kosten, die der bewaffnete Friede mit sich bringt, aber wir werden Ihrem Antrage nicht zustimmen, weil das unsere Berufspflicht proklamieren hieße (Beifall) und weil wir unsere militärische Pflicht nicht vergessen wollen. Sie haben von den wirtschaftlichen Interessen gesprochen. Nun wohl, vergessen Sie nicht, daß am Tage nach unserem Unglück Deutschland seinen wirtschaftlichen Aufschwung nahm. (Zwischenrufe.) Ja, Herr Jaurès, (wiederholter Beifall auf der Rechten, dem Centrum und einem Teil der Linken), wir wollen friedliebend sein, aber die Hand an den Tegen halten. Vergessen wir nicht, daß Nacht die Schutzwehr der Ehre und Freiheit ist. (Lebhafte Beifall.)

Paul Courant erklärt im Namen der Sozialisten, sie könnten die Worte eines Ministers nicht billigen, der sage, Frankreich werde niemals einwilligen können, die Frage der Einschränkung der Rüstungen zu prüfen. Er, Courant, sei natürlich gegen die im Jahre 1870 erfolgte Verfümmelung Frankreichs, aber er habe das Recht, von einer internationalen Verständigung die Rückgabe von Elsass-Lothringen an Frankreich zu erwarten.

Eine von Serville-Roche (radikaler Republikaner) eingebrachte Tagesordnung wird hierauf mit 400 gegen 66 Stimmen angenommen. —

Deutsches Reich.

Im Zeitalter des Verkehrs.

Der neueste Vorstoß des preussischen Agrarierturns richtet sich gegen die Abgabefreiheit auf den deutschen Strömen. Man wird gut thun, der angestrebten Einführung von Stromzöllen von vornherein mit aller Entschiedenheit zu begegnen und die Angelegenheit nicht eben auf die leichte Schulter zu nehmen. Man weiß aus den Jolltariffkämpfen, wie die Agrarier die zuerst unmöglich erscheinenden Forderungen durchzusetzen wissen, und man kennt die Nachgiebigkeit der Regierungen.

Besonders am Rhein ist auch bereits eine lebhafte Protestbewegung der industriellen und Handelskreise in Gang gekommen. Die jegliche Abgabefreiheit auf dem Rhein ist eine Folge der französischen Revolution, sie wurde bereits 1801 im Frieden von Lunéville, späterhin definitiv in der Wiener Kongressakte festgelegt. Die preussischen Friedensschlüsse mit Baden und Hessen erklärten 1866 aufs neue, daß Schiffsahrtsabgaben auf dem Rhein ausgeschlossen seien, und in der Schiffsahrtsakte vom 17. Oktober 1868 ist im ersten Artikel in voller Klarheit das wichtige Princip ausgesprochen, daß die Schifffahrt auf dem Rhein und seinen Mündungen von Basel bis ins offene Meer stromauf und stromwärts den Schiffen aller Nationen für den Transport von Personen und Waren frei sein solle. Die Reichsverfassung erhob dieses Princip zur Reichssache, indem sie im Artikel 54, Absatz 4 bestimmt, daß auf allen natürlichen Wasserstraßen nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Hebung des Verkehrs dienen, Abgaben erhoben werden dürfen.

Dem Einwand der Verfassungswidrigkeit der Stromzölle haben die Agrarier damit zu begegnen, daß sie die Ströme zu „künstlichen“ Wasserstraßen stempeln, weil durch allerhand Kunstbauten, Regulierungen usw. ihrer Schifffahrt nachgeholfen und der gesicherte Verkehr garantiert werden mußte. Und es hat beinahe den Anschein, als ob die preussische Regierung sich dieses Argument zu eigen machen wolle. Man sieht der Entwicklung dieser Angelegenheit in den Rheinstädten, von Mannheim bis Köln, mit großen Befürchtungen entgegen. Man weiß, daß der Hinweis auf die „Konkurrenz“, den die Rheinschifffahrt den preussischen Eisenbahnen macht, an den maßgebenden Stellen in Berlin, insbesondere im dortigen Finanzministerium, nicht ohne Eindruck bleiben wird, und bereitet sich deshalb auf einen energischen Widerstand vor. In dieser Abwehr des agrarischen Vorstoßes haben nicht etwa bloß die am Handel direkt beteiligten Kreise, sondern die gesamte Bevölkerung unseres Landes und seiner Raabarn ein eminentes Interesse. Die Industrie ist zum großen Teil auf den billigeren Wasserstraßen aufgebaut, jede Verteuerung der Rohmaterialien durch Stromzölle würde auch die industrielle Arbeiterklasse aufs empfindlichste treffen. Insbesondere würde auch eine Verteuerung der Getreidezufuhr eintreten, die angesichts der erhöhten Einfuhrzölle doppelt schwer empfunden werden müßte.

Ein Glück, daß in dieser Frage nicht das preussische Junkerparlament, sondern der Reichstag zuständig ist. —

Zur Nachwahl in Wittweida. Abg. Dr. Paasche, der während der Nachwahl im Wahlkreise Wittweida agitierte, betont in einem Artikel über die Wahl, daß von einem Rückgange der sozialdemokratischen Stimmen im Wahlkreise gegenüber der Wahl vom 16. Juni 1903 nicht die Rede sein könne. Freilich sei die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 1920 auf 16 040 gefallen. Aber es seien auch die gegnerischen Stimmen von 11 478 auf 10 517 zurückgegangen. Von Vertretern der Verwaltungsbehörde sei überdies dem Dr. Paasche zugestanden, daß wohl 3—4000 Wahlberechtigte weniger im Wahlkreise seien, die im Sommer bei Bauten und auf Pflanzungen usw. beschäftigt, nicht dauernd ihren Wohnsitz im Kreise haben.

Dieser Darlegung des nationalliberalen Abgeordneten können wir beipflichten. Betonen möchten wir aber, daß mit Unrecht viele Wähler deshalb zurückgewiesen sind, weil sie am Wahltag nicht mehr im Wahlkreise wohnten. Diese Zurückweisung widerspricht dem Gesetz und der seit 1870 ständigen Übung des Reichstages. Zur Wahl sind nach dieser alle zuzulassen, die in die Wählerliste eingetragen sind, auch wenn sie inzwischen verzogen sind. Der Wahlvorstand hat kein Recht, in der Wählerliste eingetragene Wähler zurückzuweisen. Das ergibt sich aus dem Gesetz, der ständigen Praxis des Reichsgerichts und der auf Veranlassung des Reichstanzlers erlassenen ministeriellen Instruktionen.

Wollte man der falschen Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß gegen untern Genossen Dr. Herzfeld folgen, so müßten die Wahlvorsteher, welche eingetragene Wähler zurückgewiesen haben, auf Grund des § 108 des Strafgesetzbuchs strafrechtlich verfolgt werden.

Materiell war vor dem jetzigen Wahlgesetz unter der Herrschaft der für den Norddeutschen Bund erlassenen einschlässlichen Gesetze (in Preußen des Gesetzes vom 15. Oktober 1860) vielfach die Ansicht vertreten, am Wahltag müsse der Wähler im Wahlkreise wohnen. Seit Erlass des Reichstags-Wahlgesetzes von 1870 hat darüber im Reichstags niemals ein Zweifel bestanden, daß die Zeit der Listenoffenlegung die entscheidende unter „Zeit der Wahl“ im § 8 des Wahlgesetzes gemeint ist.

Gegenüber dem offensichtlichen Bestreben, das Wahlrecht der Arbeiter durch einseitige Interpretation zu beschränken, ist es am Platz, auch in den Wahlkreisen, in denen kein Protest eingelegt wird, Anträge auf Beseitigung solcher Mißstände an den Reichstag zu richten, damit dort die Frage thunsüchtig erörtert werde. —

Staatsanwaltliche Majestätsbeleidigungen. Der Staatsanwalt beim Landgericht in Essen hat die Verurteilung der Nummer 983 der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, in der eine Majestätsbeleidigung durch eine Unterredung mit Kommissen begangen sein sollte, aufgehoben. —

Das furchtbare Gegenstück zu dem Heidelberger Justizhandurteil

rieferte in seiner Abend Sitzung am Freitag das Kriegsgesicht des ersten Geschwaders. Der Matrose zweiter Klasse Lemke und der Matrose Laupichler vom Linienschiff „Kaiser Wilhelm der Große“ waren angeklagt des militärischen Aufruhrs und des gemeinsamen thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde. Am Abend des 13. November um 9 1/2 Uhr begegneten die Angeklagten in den Anlagen des Keinen Kiel dem Oberbootsmannsmaatens Naap und gingen an ihm vorbei, ohne ihn zu grüßen. Naap stellte sie zur Rede, worauf die Matrosen erwiderten, sie hätten ihn in der Dunkelheit nicht erkannt. Der Obermaat gab ihnen den Rat, die Augen offen zu halten, sie könnten sonst einmal an den Unrechten gelangen. Als er einige Schritte weiter gegangen war, kamen ihm die Matrosen nachgelaufen und riefen ihm zu: „Wenn Du etwas willst, komm' doch her!“ Der Obermaat griff darauf in die Brusttasche, um, wie er behauptet, Papier und Bleistift herauszuziehen und die Matrosen zu notieren. Diese faßten die Bewegung anders auf, stürzten auf ihn zu und Lemke gab ihm einen Schlag ins Gesicht, Laupichler einen Stoß in die Seite, so daß er ins Gebüsch taumelte. Weitere Thätlichkeiten sind bei dem Rencontre sogar nach der Darstellung des Obermaats, die wir im vorstehenden wiedergaben, die aber von den Angeklagten lebhaft bestritten wurde, nicht vorgekommen. Die Matrosen gingen mit ihres Weges, in der Richtung zum Hasen, der Obermaat folgte ihnen. Die Matrosen wandten sich noch zweimal gegen ihren Vorgesetzten, dieser aber wich ihnen aus und so wurden weitere Zusammenstöße vermieden. Schließlich gelang es dem Obermaaten, sie mit Hilfe anderer Matrosen festzunehmen. Auf der Wache benahmen sich die Arrestierten so, daß man sie für sinnlos betrunken halten mußte. Lemke sprach trotz mehrfachen Verbots in einem fort und verlangte

Bier und Cigaretten; Laupichler legte den Kopf auf den Tisch und sang. In der Verhandlung stellten die Angeklagten den Sachverhalt wesentlich harmloser dar und bestritten jegliche Verabredung. Das Gericht erachtete sie jedoch des militärischen Aufruhrs und der verabredeten Zusammenrottung, „um mit vereinten Kräften Gewaltthätigkeiten gegen einen Vorgesetzten zu begehen“, für überführt. Da sie wiederholt auf den Vorgesetzten eingebrungen, sei das Mindestmaß (fünf Jahre Zuchthaus) nicht am Plage. Es wurde gegen jeden auf sechs Jahre ein Monat Zuchthaus und Ausstoßung aus der Marine erlannt. Wäre der Obermaat, wie die Marine-Unterschiedsrichter und Offiziere wiederholt schon dienstlich angewiesen, den Betrunkenen aus dem Wege gegangen, und hätte er darüber hinweggesehen, daß er in der Dunkelheit von ihnen nicht gegrüßt worden, so wäre das schwere Unglück dieses Urteils vermieden worden. Das Urteil erscheint um so unbegreiflicher, wenn man das zwanglose Verhältnis, das bei der Marine zwischen Unterschiedsrichtern und Matrosen zu bestehen pflegt und das nicht im entferntesten mit der schroffen Subordination im Heere verglichen werden kann, berücksichtigt. —

Streik im bayerischen Landtage.

Aus München wird uns geschrieben: Im bayerischen Landtage geht das Streikgeschrei um, und zwar ist es zunächst die Presse, die wegen schlechter Behandlung — durch das Kammerpräsidium v. Orterer nämlich — sich mit dem Plane eines Streiks trägt, der am vorigen Freitag auch beinahe zur Thatfache geworden wäre.

Bayern hat noch immer zweijährige Budgetperioden, und da der Landtag auch nur alle zwei Jahre zusammentritt, so ziehen sich die Sessionen immer mehr in die Länge. Schon in der letzten Session bestimmte der ultramontane Präsident Dr. v. Orterer deshalb zum großen Verdruß der Abgeordneten und der Presse eine ganze Anzahl von Doppelsitzungen an. In der diesjährigen Session, die kaum erst begonnen hat, begann Dr. von Orterer ohne jeden zwingenden Grund wieder, an verschiedenen Tagen zwei Sitzungen abzuhalten. Die Journalisten, die durch diese Doppelsitzungen überanstrengt und auch in der Erfüllung ihrer sonstigen dienstlichen Verpflichtungen verhindert werden, ersuchten den sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, den Chefredakteur der „Münchener Post“, in Interesse der Presse gegen die Einberufung von Abend Sitzungen Einspruch zu erheben. Das geschah auch, doch nahm der Präsident darauf nicht die mindeste Rücksicht, ja, der ultramontane Parteiführer Dr. v. Daller machte in wegvorfendem Tone die Bemerkung: „Ach was, schon wieder die Presse!“ Dies schlug dem Herz den Boden aus. Als kurz darauf — am vorigen Donnerstag und Freitag — wieder zwei Abend Sitzungen angelegt wurden, traten die Berichterstatter am Freitag zu einer gemeinsamen Beratung zusammen und beschloßen einstimmig, über die Abend Sitzung nicht zu berichten. Natürlich wurde die Geschichte bald ruchbar und als der Abgeordnete Müller beim Schluß der Vormittags Sitzung darauf aufmerksam machte, daß die Abend Sitzungen in Zukunft wahrscheinlich „bei beschränkter Öffentlichkeit“ stattfinden würden, da sah sich Herr v. Orterer doch veranlaßt, andre Saiten aufzuziehen. Er erklärte, daß er als Entgelt für die Abend Sitzung am nächsten Tage ganz freigegeben werde und daß Doppelsitzungen in Zukunft nur noch bei einem besonderen Notstand stattfinden sollen.

Ein anderer, ebenfalls erfolgreicher Streik war am Tage vorher in der Centrumsfraktion entstanden und auch bei dieser Gelegenheit mußte der Präsident die Zehne bestricken. Auf Verreiben des Herrn Dr. v. Orterer war nämlich eine Revision der Geschäftsordnung in Angriff genommen worden. Die geplanten Abänderungen sollten angeblich eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verhandlungen herbeiführen. Bei dieser Gelegenheit wollte nun der Präsident auch einige Bestimmungen in die Geschäftsordnung hineinschmuggeln, die ihm die Möglichkeit gewähren würden, eine Opposition vollständig unmöglich zu machen. Um seinen Zweck zu erreichen, brachte er seine Vorschläge beim Geschäftsordnungs-Ausschuß als Anträge des Direktoriums ein. Es ist nun bezeichnend und verdient festgenagelt zu werden, daß dem Direktorium, das sich zur Dedung der realistischen Pläne Orterers hergab, ein Freimüthiger (der damalige Vizepräsident) und ein Liberaler angehörten! Orterer verlangte u. a., daß bei wiederholter Nichtachtung eines Ordnungsrufes der betreffende Abgeordnete bis zu 10 Tagen unter Verlust der Diäten von den Sitzungen ausgeschlossen werden kann. Der wegen seiner Hinterschneidung im Reichstage hinlänglich bekannte Herr Fischler wollte sogar das Wort „widerholter“ gestrichen wissen. Ferner sollte dem Präsidenten das Recht eingeräumt werden, bei Erteilung des Wortes von der Rednerliste abzuweichen. Ja, sogar vor einer direkten Verfassungsverletzung scheuten die wackeren Herren nicht zurück, indem sie eine Beschränkung des verfassungsmäßig garantierten Besatzverordnungs und den Ausschluß minderjähriger Zuhörer beantragten. Diese sauberen Pläne hat der Ausschuß nun freilich schließlich doch verworfen; aber trotzdem unterbreitete er dem Plenum am vorigen Mittwoch und Donnerstag noch eine Reihe erzkonservativer Vorschläge, die zum Teil auch angenommen wurden. Rit den zwei wichtigsten Anträgen jedoch ist Herr v. Orterer elend durchgeplumt, so daß nimmeh die ganze Revision der Geschäftsordnung wieder in Frage gestellt ist. Der eine Antrag, für den sich auch die Liberalen im Ausschusse bedeutend begeistert hatten, wollte das Petitionsrecht dadurch beschränken, daß ein großer Teil der Petitionen nicht mehr zur Erörterung im Plenum zugelassen werden. Dieser Antrag wurde an den Ausschuß zurückverwiesen.

Der zweite Antrag war darauf berechnet, die Abgeordneten, die ja nicht Präsenzgelder, sondern Diäten beziehen, gewissermaßen unter Polizeiaufsicht zu stellen. Jeder Abgeordnete sollte verpflichtet sein, sich täglich in eine Präsenzliste einzugemeinden; wer mehr als fünf Tage ohne genügende Entschuldigung fehlt, soll vom sechsten Tage ab die Diäten verlieren. Der Präsident reißt, das Direktorium hat zu entscheiden, ob eine vorgebrachte Entschuldigung genügend ist! Gegen diese einer Volkvertretung ganz unwürdigen Bestimmungen machten die Sozialdemokraten in der schärfsten Weise Front und jetzt sing nun auch ein Teil des Centrums an zu freieren; unter Führung des Dr. Heim verlagten 45 Ultramontane den Herren Daller, Orterer, Wohl und Aichbäler den Dienst und stimmten den Antrag des Ausschusses gemeinsam mit den Sozialdemokraten und den schließlich auch abgefeierten Liberalen nieder.

Beleidigte Majestät. „Der Kaiser der Sahara“ lautete ein Artikel, der am 17. Oktober in der anarchistischen Wochenschrift „Neues Leben“ erschien und der deren verantwortlichen Redakteur, Metallarbeiter August Knoke, unter der Anklage der Majestätsbeleidigung vor die vierte Strafkammer des Berliner Landgerichts I führte. Staatsanwalt Glendt beantragte sofort den Ausschluß der Öffentlichkeit, welchem Antrage der Gerichtshof unter dem Vorhinein des Landgerichts-Direktors Oppermann, trotz des Einspruchs des Verteidigers, Rechtsanwalts Victor Frankl, stattgab. Aus der Urteilsverurteilung ging hervor, daß der beanstandete Artikel, ausgehend von dem Gebahren des französischen Abenteurers Jacques Lebaudy, dessen Handlungsweise mit derjenigen anderer Monarchen und besonders des ersten deutschen Kaisers verglich und daß der Verfasser sich dann in satirischer Form in Beleidigungen und Schmähungen gegen das jegliche deutsche Staatsobhaupt ergangen haben soll. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am Montag vor dem Dresdener Landgericht der 1892 zu Schreiersgrün (Vogtl.) geborene Steinbrecher und Arbeiter Richard Albert Rauter zu verantworten, natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. Wie aus der Urteilsabgründung hervorging, hat der Angeklagte am 18. September den König Georg beleidigt. Näheres wurde nicht gesagt. Strafverschärfend kamen die vielfachen Vorstöße des Angeklagten und die angeblich

sehr rohen Äußerungen in Betracht. Er will sich damals in angetrunkenem Zustande befunden haben, doch ist ihm dies nicht geglaubt worden.

Husland.

Der Prozeß Terri-Bettolo. Rom, 21. November. (Fig. Ver.) Der dritte und vierte Verhandlungstag (19. und 21. November) brachte das Verhör der wichtigsten Zeugen für Bettolo. Es waren lauter hohe Herren: der Exminister Morin, der Ex-Unterschatzsekretär Rehnau, der Marine-Ingenieur Russo, der Großindustrielle Orlando. Man kann aber nicht sagen, daß sie Bettolos Stellung gebessert hätten, im Gegenteil. Bedenkt man, daß ihre Aussagen das schwerste Geschick der Zivilpartei darstellen, so braucht man sich um den Ausgang nicht große Sorgen zu machen. Unter dem Kreuzfeuer der Fragen mühten die Zeugen zugeben, daß in der That einem hohen Marinebeamten 6000 Lire jährlicher Zuschuß bezahlt wurde, obwohl dieser Kosten vom Parlament gestrichen worden war. Ferner ergab der heutige Tag, daß im Laufe der letzten Jahre drei hohe Marine-Offiziere, die große Lieferungen der Terri in Empfang zu nehmen und auf ihre Tauglichkeit zu prüfen hatten, bald nach diesem Auftrag in den Dienst eben derselben Aktien-Gesellschaft Terri übergingen und dort Gehälter von 50 bis 60000 Lire jährlich bezogen!

Der Kadav von heute zeigte vollends, daß die Zivilpartei nicht mehr darauf rechnet, mit Argumenten durchzudringen. Sie argumentiert mehr mit Schimpereien und dem an den Kopf werfen von Tintenfässern. Heute hat der Abgeordnete Vecchini, ein Rechtsanwalt Bettolos, Terri einen „gemeinen Verleumder“ genannt. Als die Verteidiger protestierten, stimmten die Rechtsanwände der Zivilpartei einen Schimpfkorpus an; Vittori rief: „Schweine, Hallunken, Soupak“. Der republikanische Abgeordnete Comandini antwortete mit einem kräftigen „Schust“, worauf ihm Vittori ein Tintenfäß ins Gesicht warf, und zwar mit solcher Wucht, daß ihm ein Zahn eingeschlagen wurde. Es fehlte wenig, daß es zu einer regelrechten Schlägerei kam. Die Tintenfässer flogen, die Stühle wurden als Waffen verwendet — eine einer Kneipe, nicht nur des Gerichtssaales, unwürdige Scene.

Nachher haben die Anwälte Bettolos laue Entschuldigungen losgelassen. Da der Gerichtshof den Saal beim Beginn des Geschimpfes verlassen hatte, war er bei dem thätlichen Angriff nicht zugegen, konnte also nicht sofortige disziplinarische Maßnahmen ergreifen. Man vertagte die Sitzung auf Montag, damit sich die beiden Parteien darüber klar werden können, wie sie den heutigen Streit erledigen wollen. Der Präsident machte Comandini auf sein Recht, Klage zu erheben, aufmerksam und der Staatsanwalt sprach die Vermutung aus, Bettolo werde sich wohl veranlassen sehen, auf den Rechtsbeistand Vettori zu verzichten.

Für den Anfang ist das nicht übel! —

England.

Professoren der Nationalökonomie und Mr. Chamberlain. London, 21. November. (Fig. Ver.) Wie schon an dieser Stelle mitgeteilt wurde, sind die englischen Professoren der Oekonomie, die sich mit Theorie und Statistik beschäftigen, für die Aufrechterhaltung des Freihandels, während die Historiker der Oekonomie oder die ökonomischen Historiker für Chamberlain eintreten. Von den letzteren sind zu nennen: Ashley in Birmingham, Cunningham in Cambridge und Hewins in London. Professor Hewins ist der Gründer der Londoner Hochschule für Oekonomie und politische Wissenschaften; er war bis jetzt ihr Leiter und las gleichzeitig über Oekonomie in Kings-College. Nun ist Hewins in einen Gegenstand geraten zu den Finanzleuten, die die Hochschule unterstützen; er ist für die Vereinfachung des Freihandels, während die Großfinanz von einer Aenderung der bisherigen Zollpolitik nichts wissen will. Hewins ist deshalb von seinem Posten zurückgetreten, um sich schriftstellerisch ganz den Chamberlain'schen Plänen widmen zu können.

Rußland.

Russische Sitten in Finnland. Aus Finnland wird Stockholm „Socialdemokraten“ folgendes berichtet: Am Vork-Tag ging der Comptoirist Lidman über den Markt in Abo gerade während die paraderenden Soldaten die Kaiserhymne sangen. Er wurde von einem Polizisten aufgefordert, seinen Hut abzunehmen. Hat dies auch, setzte ihn aber, nachdem er ein Stück weiter gegangen war, wieder auf. Man wurde er plötzlich von Polizeileuten ergriffen und nach der Wache befördert. Um 1 Uhr nachmittags ließ man ihn wieder frei, aber um 5 Uhr wurde er in seiner Wohnung verhaftet und nach dem Bezirksgefängnis gebracht. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er bei jener feierlichen Handlung gelächelt habe. Der Mann hat sich offenbar dieses Vergehens nicht einmal schuldig gemacht, da er an krampfartigen Schmerzen leidet und wohl infolgedessen das Gesicht verzogen hat. Man hat ihn übrigens später wieder freigelassen.

Daß Finnländer in die Verbannung geschickt werden, ist der neueste Auswuchs russischer Schreckensherrschaft in Finnland. Der Bürgermeister von Sordavala, Hallonblad war der erste, dem dieses Schicksal beschieden ist. Ihm folgte bald darauf der Volksschullehrer Wainios von Arholm, der beschuldigt wurde, Agitationsreisen unternommen zu haben. Beide wurden nach Wiatka, einen herabstufenden Verbannungsortes im Uralgebirge deportiert. Die Gemeindevertretung von Sordavala hatte beschlossen, dem verbannten Bürgermeister sein Gehalt weiter zu zahlen. Auf Verreiben des Generalgouverneurs von Finnland hat jedoch der Senat diesen Beschluß für ungültig erklärt.

Asien.

Zur Koreanischen Frage. „Daily Mail“ meldet aus Tokio, der russische Gesandte in Seoul habe an die koreanische Regierung eine Note gerichtet, in der er erklärt, wenn Korea die ergangenen Warnungen nicht beachte und darauf bestehe, Hongsampho und Infota zu öffnen, so werde Rußland dagegen vorgehen. Die Antwort, die die koreanische Regierung darauf gegeben habe, protestiere gegen die Verletzung der Souveränitätsrechte Koreas. Eine Mitteilung desselben Inhalts sei dem japanischen Gesandten in Seoul überhandt worden.

Nach den Landtagswahlen.

Die Wahlbeteiligung. Die „Freisinnige Zeitung“ schnoddert in ihrer ohnmächtigen Wut, es mache „einen lässlichen Eindruck, wenn nur ein geringer Bruchteil der Socialdemokratie, von denjenigen Wählern, die hinter dem Schirm geheim einen Stimmzettel abgegeben haben, öffentlich sich zur Socialdemokratie bekennt“. Die „Freisinnige Zeitung“ mag, wenn sie wieder zur Bestimmung gekommen, ausrechnen, wieviel hunderttausende Socialdemokraten an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert waren — räumt sich doch der Minister Budde, daß er allein über mehr als 300 000 Angestellte und Arbeiter bei den Eisenbahnen gebietet; dazu kommen weitere mächtige Scharen von Arbeitern in Staatsbetrieben sowie in Reichsbetrieben, die in Preußen liegen. Nicht viel besser sieht es in den sächsischen Betrieben aus; hat doch der freisinnige Berliner Magistrat von einer einzigen Gesamtzahl 91 Arbeiter entlassen, weil sie wagten, der Einladung desselben Magistrats folgend, zur Wahl zu gehen. Und welchen Druck die privaten Unternehmer auf „ihre“ Arbeiter ausüben, ist bekannt.

Wie steht es übrigens mit der Wahlbeteiligung unter dem Druck der öffentlichen Abstimmung bei den „Haarshaltenden Parteien“?

Auch sie führen nur einen Bruchteil ihrer Reichstagswähler zur Landtagswahl — trotz ihrer Machtmittel. So zählten 1898 in ganz Preußen laut amtlicher Statistik:

Partei	Reichstagswähler	Landtagswähler	Wähler in Prozent der Reichstagswähler
Freisinnige Vereinigung	139 400	33 463	24,0
Freisinnige Volkspartei	432 070	102 986	23,8
Centrum	950 855	206 630	21,8
Nationalliberale	467 026	165 938	35,5
Konservative	647 452	299 234	46,3
Freikonservative (Reichspartei)	301 031	42 647	14,1
Antifemiten	100 282	1 844	1,1 (1)
Bund der Landwirte	52 073	5 396	10,3
Ultrasreaktionäre	1 160 838	349 121	30,0

Die beiden freisinnigen Parteien und das Centrum bleiben unter einem Viertel, die Nationalliberalen übersteigen etwas ein Drittel; für sie wirkt nicht nur der Druck des großen Unternehmertums auf seine Leute, sondern auch der Druck der Staatsgewalt auf „ihre“ Arbeiter, wie es bei den letzten Reichstagswahlen z. B. in Saarabien wieder zu Tage trat — Herr Priege dürfte sein Mandat nicht lange ausüben. Am günstigsten stehen sich einbar die Konservativen; wir sagen scheinbar, weil sich ihre 46,3 Proz. nur durch die zum Teil lächerlich kleinen Zahlen der übrigen „konservativen“ Gruppen erklären; jaht man Konservative, Freikonservative, Bund der Landwirte und Antifemiten aller Art zusammen, wie es in der letzten Zeile unserer Tabelle unter „Ultrasreaktionäre“ geschehen ist, so sinkt der Prozentsatz unter den der Nationalliberalen, und das trotz aller Gunst von oben.

Daß die Socialdemokratie in der Statistik der letzten Wahlen, ihrem ersten allgemeinen Versuch, nach dieser Berechnung einen sehr bescheidenen Platz einzunehmen wird, erklärt sich aus dem oben ange deuteten. Sehr hoch würde sie bei diesem Wahlverfahren überhaupt nicht gelangen können. Ihre Aufgabe ist es, mit aller Kraft an der Vereinfachung dieser Parodie auf ein Wahlrecht zu arbeiten.

In Stiebers Spuren. Die „Freisinnige Zeitung“ (Nr. 277) schreibt:

„In der Besprechung von Mund zu Mund stellte sich die erfreulichste Uebereinstimmung heraus, Kampfesmut befeuerte die Genossen und jene frohe Laune, die den Kampf zu einem Vergnügen macht, die Geselligkeit tötet! — schreibt der „Vorwärts“ offenbar aus voller Madaustimmung heraus in einem Verichte über die Vorgänge im vierten Berliner Wahlkreise.“

Der „Vorwärts“ hatte in Wirklichkeit geschrieben (Nr. 272):

„In der Besprechung von Mund zu Mund stellte sich die erfreulichste Uebereinstimmung heraus. Kampfesmut befeuerte die Genossen und jene frohe Laune, die den Kampf zu einem Vergnügen macht. Die Geselligkeit tötet! Dieser Satz sollte an dem verrotteten Wahlsystem erprobt werden. Das war die Parole, die in der Luft lag und gar nicht erst ausgesprochen zu werden brauchte.“

Die Fälschung ist mit einem bewundernswerten Raffinement vorgenommen; an dem Satz, der auch im Originalartikel gebietet war, so daß ein Versehen ausgeschlossen ist, ist nur die Interpunktion geändert — die Fortlassung der folgenden erklärenden Zeilen ist ein alter, häufig geübter Kniff. Wir gratulieren dem Liberalismus zu solcher Kampfesweise, wie sie die schmachigsten Reaktionen früher gegenüber der Demokratie anwandten.

Freisinn-Tumult.

Der schmähliche Freisinnsverrat führte in einer stark besuchten freisinnigen Versammlung des Potsdamer Thor-Bezirksvereins in der Victoria-Brauerei am Montagabend zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Referenten Dr. Barth und Anhängern der freisinnigen Volkspartei. Besonders die Verhältnisse im Kreise Teltow-Beeskow kamen dabei zur Aussprache. Zur Charakteristik der Vorgänge im Berliner Liberalismus sei das wichtigste mitgeteilt.

Aus der Rede Dr. Barths, dessen Standpunkt im allgemeinen den Lesern bekannt ist, ist zu zitieren: ... Galt es doch, den Beweis zu liefern, daß die Freisinnigen mit den Socialdemokraten politisch genug geschnitten wären, um eine gemeinsame realpolitische Niederlage zu bereiten. Es war dies die Schuld des Liberalismus, wenn es nicht geschah. Die Socialdemokratie befände sich rein politisch in einer außerordentlich günstigen Lage, da sie den Beweis geliefert habe, daß das Wahlsystem noch viel schrecklicher sei, als sie gedacht hätte, und daß das System darauf zugeschnitten sei, daß die größte Partei nicht in den Landtag hineinkomme. Darin läge der Beweis, daß die Ordnungsparteien einen Zustand dulden, bei dem der Klassencharakter des Landtages in skandalöser Weise zum Ausdruck komme. (Bravo!) Die Socialdemokratie habe also Wasser auf ihre Mühlen erhalten und daher nicht verloren, sondern gewonnen. (Sehr richtig!) Der Liberal sei, muß die Socialdemokratie wieder in das politische Ganze hereinziehen suchen und sie an der politischen Arbeit teilnehmen lassen. Jetzt könne die Socialdemokratie sagen, man wolle nichts mit ihr zu thun haben. Manches hätte sich ändern müssen. Im Landtag gäbe es keine Frage, bei der nicht die Socialdemokratie mit dem Freisinn zusammenstimmen müßte. Daher würden die socialdemokratischen Abgeordneten bares Geld gewesen sein, die den Freisinn nicht hätten kompromittieren können. Er erinnere sich eines Ausspruchs Bambergers, dem es sehr angenehm gewesen wäre, Jakobiner neben sich zu haben. Es sei wichtig, daß das Wahlsystem, die Wurzel alles Übels, beseitigt werde. (Bravo! Weisfall.) Die Socialdemokratie behaupte, daß es dem Freisinn nicht erst damit sei, sonst hätte sie es auch nur in einem Falle, in Teltow-Beeskow, verhindert, daß Reaktionen gewählt wurden. (Zuruf: Hirsch!) Ein sehr verständiger Mann. Wenn er nur alle vier Wochen eine Rede von fünf Minuten gehalten hätte und darin gesagt hätte, daß er viel mehr Wähler hinter sich hätte, als alle die 200 schreienden Landräte! Dies oestorum consilio hätte er vier Jahre wiederholen müssen und damit eine demonstrative Wirkung ohne Frage erreicht. ... Der Einwand, viele liberale Wahlmänner, die für Socialisten in der Stichwahl gestimmt hätten, gebe es nicht, sei nicht stichhaltig. Ein solcher Wahlkreis müßte vor den Thoren Berlins zu finden sein. Wenn das nicht so wäre, behaupte er, das liberale Bürgertum könne einfach einpacken. (Weisfall.) Das Bürgertum müsse Kraft haben, den Spieß umzudrehen und dem Junker gegenüber das Gleiche zu thun, wie dieser gegen das Bürgertum. Solidarischer müßte der Liberalismus sein. Jeder Beamte müsse wissen, daß hinter ihm die ganze Partei, die Presse, die Öffentlichkeit stehe. Es sei wünschenswert, daß ein Rechtschynverein da sei, um solche gemäßigten Wahlmänner zu schützen. Um das Dreiklassen-Wahlsystem zu beseitigen, müsse ein Volksfeldzug in Scene gesetzt werden. Aber auch da würde es nicht ohne die Arbeiter zu erreichen sein. Also lange hätte man schon Grundstücke vertreten, die verdienten, durchgeführt zu werden; er fürchte aber, daß nichts durchgeführt würde. Ruhlos sei es auch, wenn man sage, wir haben trefflich bestanden. Man müsse Fehler einsehen und fragen, wie können wir den Liberalismus wieder zur Macht bringen. Wenn es nicht möglich sei, dies aus eigener Kraft zu erreichen, dann müsse man nach denen suchen, die gemeinsame Ziele haben. Er glaube nicht, daß ohne Zusammengehen mit den Socialdemokraten je die Reaktion niederknien werden sei, mit ihnen aber sei dies möglich. (Stürmischer Weisfall.)

Als erster Diskussionsredner erhielt Dr. Mugdan das Wort. Er vertrat die Richterlichen Anschauungen, auf Grund deren es für die Freisinnige Volkspartei unmöglich sein soll, mit der Socialdemokratie zusammenzugehen. Man müsse sich vielmehr an die Nationalliberalen anschließen, um die größten Gegner des Freisinn, die Socialdemokraten, zu bekämpfen. (Lebhafter Widerspruch. Zwischen.)

Dr. Barth stellt demgegenüber nochmals seine Ansichten dahin fest, daß er nicht verlangt habe, daß der Liberalismus zur Social-

demokratie übergehen solle, sondern daß der Liberalismus unter allen Umständen seine Selbständigkeit bewahren müsse.

Rechtsanwalt Gottschall beipricht die augenblickliche Lage des Freisinn. Im dritten Berliner Landtags-Wahlkreis hätten die Socialdemokraten einen großartigen Erfolg erzielt. Nur einige Stimmen, und es wäre zur Stichwahl gekommen. Wenn man aber die „Freisinnige Zeitung“ lese, möchte man glauben, die Volkspartei sei die größte Partei. (Heiterkeit.) Der Freisinn müßte demokratischer werden und socialliberalen Idealismus treiben. (Lebhafter Weisfall.)

Herr Salinger erklärte, in der Partei hätte man mit den Socialdemokraten bis Donnerstagabend verhandelt. Die Socialdemokraten hätten gegen einen einzigen Sitz im Landtag alle andern Freisinnigen raubziehen wollen.

Dr. Lipjäg weist darauf hin, daß der Freisinn schon einmal ohne Schaden mit den Socialdemokraten zusammengegangen sei, bei der lex Heinze. Dem Dr. Mugdan schiene die Partei über dem Volkswohl zu stehen, nicht das Volkswohl über der Partei. (Sehr richtig!)

Dr. Bernstein-Charlottenburg erklärt, in Teltow-Beeskow sei von Anfang an ein Bündnis mit den Socialdemokraten vorgezogen worden, wenn der Sieg allein mit den Nationalliberalen nicht zu erreichen war. Dieser Beschluß sei geflüstert geheim gehalten worden. Er habe davon nichts die Niederlage vorausgesehen und sich geschämt, daß ein Delbrück nach dem Verlust gemacht habe, das Bündnis zu fördern. Er habe erst Hirsch-Beindorfer, dann Hirsch-Karsten und endlich sogar Hirsch-Delbrück (st.) vorgeklagt. Wenn 40 Jahre früher die Vorzüglichen Maschinenbauer den Konservativen die Faust gezeigt hätten, so hätte die Presse diese als Fortschrittstheben gefeiert. Weil der offizielle Freisinn sie nicht auf seiner Seite habe, könne er diese Männer nicht mehr leiden. Die beleidigten Socialdemokraten hätten ausgeharrt mit ihren Schmalzstücken, die Freisinnigen hätten sich nach ihrem heimatlichen Abendbrot gefeiert. Die Form des Protestes sei allerdings bei den Socialdemokraten nicht immer ganz der Art der gebildeten Leute entsprechend gewesen, aber kein Bürgerlicher hätte gleich gehandelt wie sie. Ihre Ausdauer bei der Wahl sei gerade zu ein Heldenthat gewesen. Besser wäre es aber jedenfalls gewesen, wenn nicht die beiden renitenten „Urwähler“ Richter und Müller läghafte Behauptungen im Kreise verbreitet hätten. Sie hätten, obwohl nicht einmal im Kreise organisiert, gekünstelt und gelogen. (Großer Lärm, Weisfall, Pfeif-Rufe und Proteste.)

Der Vorliegende sucht Ruhe zu stiften. Erneuter Lärm. Dr. Mugdan geht. Man ruft ihm nach „Adieu!“ „Gute Grüße an Eugen!“ Der Vorliegende, Stadtverordneter Klische, erklärt, daß er die Ausdrücke Bernsteins nicht gehört hätte, sonst wären sie zurückgewiesen worden. Wenn aber die Geschäftsführung nicht passe, der könne gehen. Dr. Mugdan, der am Saaleingang stehen geblieben ist, verläßt darauf den Saal. Dr. Bernstein kann dann endlich weiter reden. Er wirft der „Freisinnigen Zeitung“ Grobprocherei vor, die aus drei Abgeordneten eine „Phalanx“ bilde und 23 Mann als Wahlrekrut „nicht als unglücklich“ anlese. (Große Heiterkeit.) Die Partei müsse sich auf sich wieder befinden. (Weisfall.)

Dr. Nathan stellte sich ganz auf den Boden des Vortragenden. Nicht um Mandate handele es sich, sondern um die Kulturarbeit, die Socialdemokraten zur Mitarbeit am Volkswohl heranzuziehen. (Großer Weisfall.) Zu seinem Schlusswort betonte Dr. Barth nochmals, daß das Zusammengehen mit der Socialdemokratie die wichtigste Frage in der politischen Bewegung überhaupt sei. Als er sie anknüpft, wäre er sich klar gewesen, daß dies Vorgehen sein Mandat kosten würde. Was sei denn aber ein Mandat? (Großer Weisfall.) Die Hauptsache sähe ihm, die Freisinnigen hätten keine Courage gehabt, bei der Wahl offen auszusprechen, daß sie mit der socialdemokratischen Partei gehen wollten. Ehrllichkeit sei das, was not thue. Offen müsse man sagen, daß der Liberalismus miserabel, erbärmlich stehe. Da kann nur ein Zusammengehen mit den Arbeitern helfen, wenn es besser werden solle. (Stürmischer, frenetischer Weisfall.)

Genosse Alfred Will-Charlottenburg ersucht um den Kaufnahme folgender Zeilen:

Auf Grund der Erklärung des Herrn Dr. Spiegel im „Vorwärts“ vom 21. November 1903 sehe ich mich veranlaßt, folgendes mitzulegen. Herr Dr. Spiegel hat es trotz der stürmischen Proteste unversehens rüdweg abgelehnt, zu protokollieren. Wir Socialdemokraten haben darauf fast noch stürmischer verlangt, er solle dann wenigstens sein Amt niederlegen, er hat darauf geantwortet, er thue nur das, was er mit seinem Gewissen vereinbaren könne. Also er billigte die Ungeheulichkeit des Nichtprotokollierens, und zur Amts-niederlegung lehnte diesem freisinnigen Herrn der Rut. Daß die Herren das Ungeheuliche ihrer Handlungsweise nachher einsehen, beweisen sie dadurch, daß nachher die Namen notiert wurden. Im übrigen werden wir mit Herrn Dr. Spiegel noch bei der Stadtverordneten-Stichwahl im siebenten Bezirk abrechnen.

Aus Industrie und Handel.

Große Berliner Straßenbahn. Wie die Direction uns mitteilt, wird die Dividende für das laufende Jahr, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, und vorausgesetzt, daß nicht noch bis Ende Dezember unerwartete Verkehrsstörungen eintreten, sich auf 8 Proz. stellen. In den beiden letzten Jahren betrug belamlich die Dividende 7 1/2 Proz.; im Jahre 1900 = 11 Proz.

Das Stahlverbands-Projekt. In Düsseldorf hat vorgestern wiederum eine Konferenz der Vertreter deutscher Stahlwerke stattgefunden, über deren Verlauf bisher jedoch nur sehr spärliche Mitteilungen in die Öffentlichkeit gedrungen sind, da die Teilnehmer zum Schweigen verpflichtet wurden. Das läßt schon darauf schließen, daß das Ergebnis ein wenig befriedigendes sein muß, und thatsächlich waren denn auch, wie die „Alln. Volksg.“ unter der Hand erfahren haben will, die Vorbringer Werke gar nicht in der Versammlung vertreten, und es wurde ferner bemerkt, daß die früheren Vorsitzenden, Geh. Kommerzienrat Adolf Hirschdorf in Aachen und Geh. Kommerzienrat Heinrich Lueg in Düsseldorf, von denen besonders ersterer die Seele des Planes war, den Vorzug nicht mehr führten. Auch sollen die anwesenden Vertreter jener Werke, welche den Träger- und Halbzugverband bilden, mit Vollmachten versehen sein, um für den Fall des Nichtzustandekommens des Stahlwerksverbandes die Verlängerung der genannten schon bestehenden Verbände zu beraten.

Die Absatzverhältnisse des Westfälischen Kohlsyndikats haben sich, wie die „Rhein.-Weisf. Ztg.“ erfährt, seit November etwas ungünstiger gestaltet, so daß auf einzelnen Zechen sich größere Mengen Coals angeammelt haben. Teils liegt dies daran, daß einige Häutenwerke mit Vorräten reichlich versehen sind, und daher um eine Einschränkung der Lieferungen ersucht haben, teils aber daran, daß einige besonders leistungsfähige Stürker ohne Rücksicht auf die beschlossene Produktionsbeschränkung ihren Betrieb voll aufrecht erhielten und sogar über ihre Beteiligungsziffer hinaus produzierten. Immerhin liegen an Aufträgen augenblicklich ca. 92 Proz. der Verteilung vor, während die für November vorgesehene Einschränkung belamlich 13 Proz. beträgt, also trotzdem noch 5 Proz. mehr wie veranlagt wurde.

Weitere Erhöhungen der Lederpreise. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Neustadt a. O. gemeldet wird, beschloß die gestern dort stattgehabte Versammlung der thüringischen und sächsischen Lederfabrikanten, die Lederpreise für sämtliche Sorten abermals um 5 Proz. zu erhöhen und sprach sich einstimmig für die Gründung eines Lederartells aus.

Rom amerikanischer Eisenmarkt lauten die Nachrichten so ver-schiedenartig, daß uns ihnen nur schwer ein Ueberblick über die Marktlage zu gewinnen ist; weit zuverlässiger ist die offizielle Produktionsstatistik, die jedoch natürlicherweise immer etwas hinter

den wirtschaftlichen Veränderungen herhinkt. Nach dieser Statistik betrug die Gesamtleistung der amerikanischen Hochöfen in der letzten Woche des Oktobers 273 715 Tonnen; dagegen in der letzten Woche des Septembers 353 142 Tonnen und zur Zeit der regsten Tätigkeit, in der letzten Woche des Mai, 388 178 Tonnen. Die Hauptbeschränkung hat im sogenannten Central-Westen stattgefunden. Trotz dieser Einschränkung stiegen die Vorräte im Monat Oktober von 450 608 Tonnen auf 539 815 Tonnen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Badstein-Rühnemänner.

Der Deutsche Arbeitgeber-Bund für das Baugewerbe tritt zur Zeit in Stuttgart zusammen, um über die wichtige Frage zu beraten, wie es möglich sei, nicht mit den Arbeitern in Frieden auszukommen, sondern sie besser als bisher in die Fesseln zu legen. Die Vorschläge, die dazu gemacht werden, verorten wenig eignen Geist, sie sind zumeist der Musterorganisation der Scharfmacher abgeguckt, dem Rezeptbüchlein des Rühnemänner-Verbandes entnommen.

So liegt zur Frage des Arbeitsnachweises folgender Antrag vor:

a) Betreffend Errichtung von Arbeitsnachweisen: 1. Es sind unparteiliche Arbeitsnachweise erstrebenswert. 2. Es ist wünschenswert, daß alle Arbeitnehmer durch den Arbeitsnachweis bezogen werden. In großen Städten wird man jedoch nachgeben müssen, daß Arbeitgeber die Leute direkt annehmen können, daß sie hier von dem Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen haben. 3. Die Arbeitsnachweise müssen die Verpflichtung übernehmen, keine Leute aus Streik- oder Sperrorten einzustellen. Die Legitimationen der Leute müssen genau geprüft werden.

b) Betreffend die Einführung von Arbeitszeugnissen: Kein Arbeitgeber des Baugewerbes darf einen Arbeiter entlassen, ohne ihm das gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeugnis auszuhandigen. Jeder Arbeitgeber des Baugewerbes hat die Pflicht, nur solchen Arbeitnehmer einzustellen, welcher im Besitz eines Arbeitszeugnisses (§ 113 der Gew.O.) über seine letzte Beschäftigung ist.

Hinter den hier geforderten „unparteilichen“ Arbeitsnachweisen, die sich natürlich in den Händen der Herren Unternehmer befinden und von deren Kreaturen geleitet werden sollen, verbergen sich nichts anderes als Kontrollstationen des Unternehmertums, in denen die um Arbeit ansprechenden Arbeiter auf Herz und Nieren geprüft werden sollen, ob sie auch zu den geduldeten Schafen gehören, die sich zeitweilig im Dienste des Unternehmertums widerstandslos haben ausbeuten lassen. Wehe dem reudigen Bod, der auch nur sich dadurch verdächtigt macht, daß er nur aus einem Streik- oder Sperrort kommt. Auch aus einem Sperrort! Denn wenn das Bauunternehmertum aus irgend einem Grunde an irgend einem Orte den Arbeiter zum Hungern verurteilt, dann will es nicht, daß er sich dem Verhungern entzieht, indem er anderwärts Arbeit und Brot sucht. Strengste Strafe gebührt zwar dem, der einen Arbeitswilligen durch Ueberredung hindert, Streikbrecher zu werden, wer aber — trotz unres gepriesenen freien Arbeitsvertrages — einen ehrlichen Arbeiter hindert, sich besser bezahlte Arbeit zu suchen, nachdem er sie bei einem Leuteschinder hingeworfen hat, der erwirbt sich ein Verdienst aus privatkapitalistischer deutsche Vaterland.

Die Einführung des Zeugniszwangs ist nichts weiter als eine Umgehung des Absatz 3 aus dem § 113 der Gewerbe-Ordnung, der den Arbeitgebern untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen. Die Arbeiter werden diesem Schachzug zu begegnen wissen, indem sie es zur Ehrenpflicht eines jeden im Baugewerbe thätigen Arbeiters machen, kein Zeugnis über die Art und Dauer der Beschäftigung zu verlangen. Finden die Arbeiter unter ihren Papieren beim Abgang ein solches ohne ihr Wissen ausgegebenes Zeugnis, dann mögen sie vor ihrem endgültigen Scheiden es sich nicht verdrießen lassen, noch einmal einen Gang nach dem Abort zu unternehmen.

Im übrigen kommen die Herren mit ihren Plänen denn doch um ein Erkleckliches zu spät. Als der Rühnemänner-Verband seine für sie musterergütigen Institutionen schuf, war die Organisation der Metallarbeiter noch schwach. Sie hat heute noch prozentual bei weitem nicht den Umfang erreicht, wie die Organisationen der im Baugewerbe thätigen Arbeiter; aber schon jetzt macht der Metallarbeiter-Verband den Rühnemännern schwere Kopfschmerzen. Die organisierten Bauarbeiter jedoch sind eine Elitegarde in der Arbeiterbewegung. Sie sind in großem Umfange organisiert, sie sind gekulte Kämpfer, eine gut disciplinierte Kerntuppe, die in zahllosen Schlachten sich bewährt hat.

Mit großen Worten kommt man diesen Kämpfen nicht bei!

Deutsches Reich.

Die Steinarbeiter in Erfurt, die das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen hatten, nahmen am Montag die Arbeit sämtlich wieder auf. Die Unternehmer waren mit der Einsetzung dieses Einigungsamtes einverstanden und kam am Sonnabend eine Einigung auch zu stande. Als Grund zu der Entlassung der verheirateten Mitglieder gaben die Unternehmer einen Artikel in der „Steinarbeiter-Zeitung“ an. Man einigte sich dahin, diesen Artikel in einigen Punkten richtig zu stellen, und damit waren auch die Differenzen aus dem Wege geräumt. In Erfurt ist es das erste Mal, daß das Unternehmertum sich ansichtslos einem derartigen Verlangen der Arbeiter angeschlossen und, wie man sieht, jedenfalls nicht zum Schaden beider Parteien. — Ein neuer Steinarbeiterstreik ist in Ostfriesland zum Ausbruch gelangt. Dort haben sämtliche Steinmehlen auf dem Platz von Heimg die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Der Maurerstreik in Solingen ist vorläufig aufgehoben, da es unmöglich erscheint, ihn außer der Saison weiter zu führen. Bei geeigneter Zeit wollen die Maurer wieder in den Streik treten.

Der Kampf in Grunimtschau spitzt sich immer weiter zu. Mit Rücksicht auf die lange Dauer des Kampfes, der den Streikenden teilweise schon schier unerträglich Opfer auferlegt hat, beschloß der Vorstand des Legilarbeiter-Verbandes, den Streikenden eine höhere Unterstützung zu zahlen. Es sollen für verheiratete Männer zwei Mark, für alle übrigen eine Mark mehr als bisher pro Woche Unterstützung gezahlt werden. Dies wurde durch ein Flugblatt bekannt gegeben, in dem zugleich die Arbeitswilligen aufgefordert werden, die Fabriken wieder zu verlassen. — Die Bekanntgabe dieses Entschlusses rief unter den Fabrikanten eine ungeheure Aufregung hervor. Sie ließen sofort Plakate drucken, in denen sie ihrerseits den Arbeitswilligen außer ihrem vollen Lohn „bis auf weiteres“ eine Prämie von zwei Mark pro Woche zusagten. Wenn dies Versprechen den Arbeitswilligen gegenüber ebenso gehalten wird wie das, daß sie 40, 60 und 100 M. verdienen sollen, dann werden sie „bis auf weiteres“ die zwei Mark Zulage der Unternehmer wohl nicht zu sehen bekommen.

Die Filiale Leipzig des Deutschen Buchdrucker-Verbandes spendete zur Unterstützung für die Grunimtschauer Jehnstundenkämpfer 2000 M. aus Kassennitteln. Bei Fortdauer des Ausstandes sollen weitere 1000 M. der Kasse entnommen werden. An freiwilligen Beiträgen wurden noch ca. 2200 M. gegeben. Ferner wurde beschlossen, den Centralverband zu thatkräftiger Unterstützung auf-

zufordern und dazu auch im „Correspondent“ alle Orts-, Bezirks- und Gaudvereine aufzufordern. — Ein nachsahmenswertes Beispiel!

Der Streik in den Rühnemännern Reichsmühlen zu Bremen dauert fort. Die Streikenden hatten das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Firma Rühnemann hat jedoch die Einigungsverhandlungen abgelehnt. Der Betrieb ist hinreichend mit Arbeitern versehen. Für die Arbeiter, welche die Arbeit niedergelegt haben, sei zur Zeit überhaupt keine Aussicht auf Wiederanstellung vorhanden. Ueber spätere etwaige Wiederanstellung von bisherigen Arbeitern bei eintretendem Bedarf wolle sich die Firma Rühnemann ihre Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten. — Trotz dieser Auslassungen der Firma beschlossen die Streikenden doch mit allen gegen 14 Stimmen, im Ausstande zu verharren. In der Versammlung, welche diesen Beschluß faßte, wurde noch mitgeteilt, daß in Hamburg Fürsorge getroffen sei, daß dort kein mit Rühnemännern Reis geladener Kahn mehr geloscht werde. Ein Kahn sei von den Schauerleuten der Firma Chr. Blome in Angriff genommen; da es aber um gut organisierte Leute sich handle, sei Hoffnung, daß auch hier die Lösung noch wieder gestoppt werde. Mit Genugthuung wurde endlich die Mitteilung aufgenommen, daß der Centralvorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes beschlossen hat, auch die noch nicht im Verbandsbezugsberechtigten Streikenden aus der Verbandsliste zu unterziehen.

Die Münchener Konditorgehilfen stellten an ihre Prinzipale eine Anzahl Forderungen, so besonders die auf Abschaffung von Kost und Logis, Einführung eines festen Lohnsatzes von 24, 21 und 18 M. und Festsetzung eines Maximal-Arbeitslages von neun Stunden. Da die Herren Innungsmeister die Gehilfen nicht einmal eine Antwort würdigten, wandten diese sich um Vermittelung an das Gewerbegericht, vor dem dann schließlich folgende Vereinbarungen zu stande kamen: Gehilfen, die zwei Jahre ausgelernt haben, erhalten einen Minimallohn von 7,50 M. bei vollkündiger Kost und 10,50 M. bei Verpflegung ohne Nachkassen. Es soll auf möglichste Abschaffung von Kost und Logis hingewirkt werden. Die Gehilfen erhalten Ostern, Pfingsten und Weihnachts je einen freien Tag mit Fortbezahlung des Lohnes. — Das sind gegenüber dem bisher bestehenden Zustande gewiß geringfügige Vorteile, aber auch sie wären nicht erreicht worden, wenn die Gehilfenschaft sich nicht regen würde.

Ausland.

Der belgische Bergarbeiter-Verband hat, ähnlich den englischen und deutschen Gewerkschaften, eine Reihe Unterstützungszeige, Kranken-, Streik- und Invalidenunterstützungen, eingeführt.

Papierarbeiter-Aussperrung in Dänemark. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Dalum Papierfabrik bei Odense sind am Freitag durch die Berechtigten Papierfabriken ausgesperrt worden, weil einige Arbeiter sich weigerten, aus einem Eisenbahnwagen Kohlen anzuladen, die aus einem Schiffe von Mitgliedern der „Hafenzunft“ in Odense verladen worden sind. Die sogenannten „Hafenzünfte“ sind die bei dem letzten großen Hafnarbeiter-Streik von den Unternehmern gegründeten Streikbrecher-Organisationen. Die Aussperrung, die ca. 200 Personen umfaßt, ist als ein Ausfluß des deponitischen und arbeitereindlichen Gebahrens von „Dat forenede Dampfløbselskab“ anzusehen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine öffentliche Frauenversammlung tagte am 23. November im „Märkischen Hof“. Besonders eingeladen waren die Zeitungs-Aussträgerinnen, Aufsichtsrätinnen, Wäscherinnen und Kleidermacherinnen, Koch- und Pflegefrauen sowie die Hilfskräfte. Genossin Vihl Braun referierte über: Ausbeutung und Schutz der Frauenarbeit. In interessanter Darstellung beleuchtete sie das leibliche und geistige Elend und die Ausbeutung der Mädchen und Frauen, die in der Industrie oder sonstwie für kümmerlichen Lohn schuften und schaffen müssen und obendrein noch politisch entrechtet sind. Der Vortrag, dem namentlich die anwesenden Frauen und Mädchen mit hingebender Aufmerksamkeit folgten, rang aus in einen Aufruf zu erstem Streben, genaidert der Herbeiführung einer schöneren, sonnigeren Zukunft. Heute sei allerdings noch einziges Mittel, den Frauen Macht zu verschaffen, ihr Anschluß an die gewerkchaftlichen Organisationen. Folgt sie dem Rufe in Scharen, dann ständen sie dem Despoten Kapitalismus als Macht gegenüber und nicht mehr als die Ketten hinter sich herführenden Sklavinnen. — Dem Vortrage, der großen Beifall fand, folgte eine lebhaft Debatté im Sinne des Referats.

Im Verhiedenen rügte die Vorsitzende, Frau Lulab, verschiedene Mißstände. Darauf nahm Hinrichsen, der im Bureau saß, das Wort und empfahl, in nächster Zeit besonders wieder die Organisation der Zeitungs-Aussträgerinnen ins Auge zu fassen. Es müßte der Kampf wieder eingeleitet werden, den der gewerkchaftliche Frauenverein schon bald nach seiner Gründung gegen die schlechte Bezahlung und Behandlung der Zeitungs-Aussträgerinnen, namentlich der der sogenannten unparteilichen Lokalblätter aus dem Verlage von Schertl und Genossen, begonnen hatte, damals allerdings nicht mit dem gewünschten Erfolge. Wenn man das Heer der Berliner Zeitungs-Aussträgerinnen, das etwa 15 000 umfasse, zusammenbringen könnte im gewerkchaftlichen Frauenverein, ihrer Organisation, dann würde bald mit den Mißständen aufgeräumt sein. Ferner sei auch der genannte Verein die geeignete Organisation der Wäscherinnen und Kleidermacherinnen sowie der anderen noch zur Versammlung eingeladenen Frauen in ähnlichen Stellungen.

Eine Zeitungs-Aussträgerin kritisierte scharf die Beschäftigung von Kindern beim Ausstragen der „Morgenpost“ und des „Lokal-Anzeigers“. Wenn den Aussträgerinnen solcher Zeitungen dies unmöglich gemacht würde, dann würden sie die bedrückende Last, 100 Zeitungen für 17 M. (Jahres: 15 M.) täglich zweimal auszutragen, doppelt empfinden und sich zur Organisation bequemen. — In der Debatte wurde die Bezahlung der „Vorwärts“-Aussträgerinnen als günstig der der Aussträgerinnen anderer Zeitungen, namentlich wieder der Scherfellers, gegenübergestellt. Nur bedauerte eine Rednerin, daß „Vorwärts“-Aussträgerinnen noch nicht in wünschenswerter Zahl der Organisation beigetreten seien; ihre Pflicht wäre, den Verein durch ihre Mitgliedschaft zu stärken. — Schließlich wurde beschlossen, im Sinne der Anregung Hineichsens zu wirken und das Bureau der Versammlung zu beauftragen, zu diesem Zwecke in allen Stadtteilen Versammlungen einzuberufen.

Baumkultenweg. Der „Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend“ hält am Donnerstag, den 26. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Christ. Marienhalerstraße, Ecke Eisenstraße, eine Wanderversammlung ab, in der ein Vortrag über Heinrich Heine gehalten werden wird. Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Verfammlungen.

Centralverband der Dachdecker. In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin erstattete der Kassierer den Kassenericht für das dritte Quartal. Einer Einnahme von 4435,31 M. steht eine Ausgabe von 2502,46 M. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 1732,85 M. bleibt, wovon 1222,05 M. an die Hauptkasse abzuführen sind, während der Filiale ein Bestand von 510,80 M. verbleibt. Ueber den Streikfonds berichtete der Vertrauensmann. Im Laufe des Geschäftsjahres sind eingenommen 9812,31 M., ausgegeben 9603,99 M., bleibt ein Ueberschuß von 208,32 M. Unter Hinzurechnung des vom Vorjahr übernommenen Betrages verfiel der Streikfonds über 9108,97 M. Der Kassierer sowie der Vertrauensmann wurden entlastet. Als Revisoren des Streikfonds wählte man Roste, Weiske und Rietke. — Bei der hierauf folgenden Besprechung von Verbandsangelegenheiten wurde gerügt, daß sich Arbeitgeber vom paritätischen Arbeitsnachweis Arbeiter kommen ließen, ohne dieselben einzustellen. Ein bestimmter Fall dieser Art, der in der Versammlung zur Sprache gebracht wurde,

soll durch eine Entschädigungsfrage zum Austrag gebracht werden. — Besonders wurde daran erinnert, daß am Freitag die Wahlen zur Innungs-Krankenkasse stattfinden, und daß sich die Kollegen, soweit sie Mitglieder dieser Kasse sind, vollzählig an der Wahl beteiligen müssen, weil sonst die Möglichkeit vorliegt, daß die Anhänger der christlichen Organisation ihre Vertreter durchbringen. Zur Vorbereitung der Krankenkassenwahl sollen die Mitglieder am Mittwochabend bei Feind, Weinstraße 11, zusammenkommen. — Die Versammlung bewilligte den streifenden Grunimtschauer Webern 100 M. und überwies der Verbandskasse ebenfalls 100 M.

Erklärung. In dem Versammlungsbericht der Schlächter, Nr. 272 des „Vorwärts“, wird auch über die Verhandlungen mit den beiden unterzeichneten Vereinen betreffs Einführung einer Arbeitsordnung berichtet und dort behauptet, die Herren Ahrens und Kunze hätten sich am 20. August abgefunden und abgefunden benommen wie irgend ein proziger Zimmungsrauber und die Vorstände hätten sich nur, um den Unwillen der Öffentlichkeit nicht noch mehr herauszufordern, zur Einführung einer Arbeitsordnung entschlossen, die allerdings auch danach sei. Darauf haben wir folgendes zu erklären:

Ende August dieses Jahres fand zwischen dem Verwaltungsausschuß des Rabatt-Sparvereins „Eld-Ost“ und den Vertretern der Schlächtergesellen eine Sitzung statt, in welcher von beiden Seiten eine Reihe mehr oder weniger berechtigter Beschwerden vorgetragen wurden, die dazu führten, daß sich die Schlächtergesellen bereit erklärten, eine Arbeitsordnung auszuarbeiten, die dann in gemeinschaftlicher Sitzung beraten werden sollte. Ehe den beiden Vereinen die ausgearbeitete Arbeitsordnung aber unterbreitet wurde, ehe also die Forderungen formuliert waren und eine Antwort erteilt werden konnte, wurde der Verein „Eld-Ost“ in einer Schlächterversammlung in der gehässigsten Weise heruntergerissen. Trotzdem sind beide Vereine mit den Vertretern der Schlächtergesellen über den nachträglich eingegangenen Entwurf der Arbeitsordnung in Verhandlung getreten und ist in zwei Sitzungen eine Arbeitsordnung vereinbart worden, die jedoch noch der Zustimmung der Gesamtverwaltungen der in Betracht kommenden Korporationen bedurfte. Anstatt nun das endgültige Resultat abzuwarten, haben die Schlächtergesellen wiederum in öffentlicher Versammlung die Vertreter der Vereine angegriffen, ohne zu sagen, worin denn eigentlich das „Anmaßende“ und „Abstoßende“ bestand.

Wenn ferner behauptet wird, nur aus Furcht vor der Deffektivität haben sich beide Vereine zur Einführung der beratenen Arbeitsordnung bereit finden lassen, so kann man daraus wohl entnehmen, daß die Schlächter bisher überhaupt nur aus den Motiven heraus gehandelt haben, die sie andern unterschieben, nämlich die Deffektivität damit zu beschäftigen, um den reaktionären Vätern vom Schlege der „Post“ und „Deutschen Tageszeitung“ Gelegenheit zu geben, über „angeblich socialdemokratische Vertriebe“ herzufallen. Der Zweck der Verhandlungen scheint nach dem Verhalten der Schlächter also nicht der gewesen zu sein, für die in unseren Betrieben beschäftigten Gesellen möglichst günstigen Lohn und Arbeitsbedingungen zu erzielen, sondern nur der, die Spalten des „Vorwärts“ zu füllen. Es war nämlich im 1. Punkt der Arbeitsordnung ausdrücklich vereinbart, daß die Deffektivität erst dann in Anspruch genommen werden soll, wenn zwischen den in Betracht kommenden Organisationen keine Einigung erzielt werden kann.

Mit Rücksicht auf die weniger leistungsfähigen Gesellen, die allenfalls zum Austragen von Fleisch und Beuchen der Stundlohn gebracht werden, sind auf Antrag des Berliner Konsum-Vereins allerdings 10 M. Mindestlohn bei Bewährung von ganzer Kost und Logis festgesetzt worden, während der Lohn für diejenigen, die hauptsächlich von der Schlächtereier etwas verstehen, bei Bewährung von Kost und Logis bis 18 M. und darüber beträgt. Was die Arbeitsordnung selbst anbetrifft, so sind zwischen dem vorgelegten Entwurf und der beschlossenen Fassung allerdings einige unbedeutende Punkte abgeändert, die eine präzisere Form darstellen, um „Mißverständnissen“ bei der Auslegung von Seiten der Schlächter vorzubeugen. Wir behalten uns aber vor, sollten die unwahren Behauptungen im „Vorwärts“ von der andern Seite fortgesponnen werden, den von den Schlächtern eingereichten Entwurf der Arbeitsordnung und die Fassung, wie sie von uns beschlossen worden ist, zu veröffentlichen, um so der Arbeiterkraft die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden, auf welcher Seite die Schuld liegt, daß derartige unliebsame Diskussionen im „Vorwärts“ überhaupt Platz greifen konnten.

Rabatt-Spar-Verein „Eld-Ost“
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Hermann Kunze, Robert Ahrens, Wilhelm Jäger, Paul Laube,
Gustav Lubatsch, Richard Weiche, Theodor Glode, Wilhelm Geseke,
Berliner Konsum-Verein.
H. Junger, Fritz Wolf.

Deutscher Arbeiter-Abkündeten-Bund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3: Gruppenangelegenheiten.
Verband der Friseurgehilfen Deutschlands, (Zweigverein Berlin). Mittwoch, den 25. d. M., abends 10 Uhr: Versammlung bei Pfeffer, Rosenhalestr. 57, Hof links. Vortrag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das französische Unterrichtsgesetz im Senat.

Paris, 24. November. (B. Z. V.) Der Senat fuhr in seiner heutigen Sitzung in der Verhandlung über den Unterrichtsgesetz-Entwurf fort und nahm mit 228 gegen 40 Stimmen einen Paragrphen zu Artikel 2 an, der von allen Schulleitern und Leiterinnen einen Befähigungsnachweis fordert. Artikel 2 wird darauf mit 174 gegen 77 Stimmen angenommen. Zu Artikel 3 bringt Lintilhac einen Änderungsantrag ein, in welchem das Subventionsrecht für die Schulen ausschließlich dem Staate vorbehalten wird. Der Berichterstatter und der Unterrichtsminister Chaumié bekämpfen den Antrag, der für die freien Laienschulen schädlich sein würde. Lintilhac zieht sodann seinen Antrag zurück, und Artikel 3 wird angenommen. Artikel 4, der allen Privat-Mittelschulen untersagt, sich den Namen „Lycee“ oder „College“ beizulegen, wird angenommen. Der Senat beschließt mit 199 gegen 44 Stimmen, zu zweiten Beratung überzugehen, worauf die Sitzung verlagert wird.

Frankreich auswärtige Politik.

Paris, 24. November. (B. Z. V.) In der Deputiertenkammer wird die Beratung des Etats des Auswärtigen wieder aufgenommen. Florens (Nationalist) beantragt, den Kredit für die Vorkasse beim Vatikan erst zu genehmigen, wenn die Regierung ihre Ansicht über die Frage der Trennung von Kirche und Staat mitgeteilt habe. Der Minister des Aeußern Delcassé erklärt, daß er antworten werde, sobald die Kommission ihre Anträge vorgelegt haben werde; der für die Vorkasse geforderte Kredit sei unumgänglich notwendig. Florens zieht hierauf seinen Antrag zurück. Aillard (Socialist) beantragt, die Vorkasse beim Vatikan aufzuheben und verlangt zunächst eine Herabsetzung des für die Vorkasse verlangten Kredites um 60 000 Fr.

Rußland in der Wandschur.

Petersburg, 24. November. (B. Z. V.) Der Handelskassen in Port Arthur ist eröffnet worden. Schiffs- und Handelssteuer werden laut Verordnung des Statthalters erhoben.

Nach Privatnachrichten aus Peking hat der Vicerey Kwanschikai dem Kaiser von China gemeldet, daß er bereit sei, den Russen in die Wandschur den Krieg zu erklären; General Mah sei bereit, mit 18 000 Mann in Schanhai zu einrücken.

Reichenberg, 24. November. (B. Z. V.) In der Station Liebstadt karantillierte ein Personenzug mit einer Lokomotive. Mehrere Waggons wurden zertrümmert. Der Lokomotivführer und der Feizer wurden schwer, mehrere Passagiere leicht verletzt.

Stadtverordnetenwahlen

finden in der dritten Wählerklasse

am 27. November

von morgens 9 bis abends 8 Uhr in den folgenden Kommunal-Wahlbezirken statt, in denen die dabei benannten Kandidaten seitens der Socialdemokratie aufgestellt sind:

- 2. Kommunal-Wahlbezirk: Waldeck Manasse. Hermann Werner. Otto Antrif. Paul Singer. Arthur Stadthagen. Emil Kerfin. Max Schönemann. Paul Schneider. Bernhard Bruns. Franz Kofke. Hermann Schubert. Hermann Borgmann. Wilhelm Gründel. Karl Anders. Ferdinand Ewald. Richard Augustin.

Mängel im Schulwesen, in der Kranken- und Gesundheitspflege, in sozialer Fürsorge für die städtischen Arbeiter, die Wohnungsnot, der Mangel an ausreichender Beschränkung der Kinderarbeit, Verlangen ausreichender Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die kurzfristige Politik des Freisinn, der die Eingemeindung im rechten Moment unterließ, die Ausnutzung der städtischen Straßen durch die Aktionäre der Straßenbahn-Gesellschaften und Elektrizitäts-Gesellschaften, der Servilismus und Hyazinismus des Freisinn, eine Steuerpolitik zu Ungunsten der erwerbstätigen Bevölkerung — das sind von Tag zu Tag wieder in die Augen fallende Früchte der kapitalistischen Klassenpolitik, die der Kommunal-Freisinn im roten Hause treibt. Einer kleinen Minderheit von Besthenden räumt das Dreiklassen-Wahl-system die Herrschaft in der Stadtverwaltung ein. Und diese sucht sie bis auf's Tiefste über dem i auszunutzen. Diesem Bestreben tritt nicht ohne Erfolg allein die Socialdemokratie auf allen Gebieten entgegen. Die Socialdemokratie wirkt jeder geistigen und körperlichen Verelendung der erwerbstätigen Bevölkerung entgegen. Gelindert kann die Not auf allen Gebieten, die wir nannten, auch im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung werden, wenn die Stadtverwaltung wollte. Veseitigt werden kann sie nur dadurch, daß die heutige Ausbeutungsordnung beseitigt wird. Das kann nur erreicht werden durch Bergesellschaftung der Produktionsmittel, die in den Händen der jetzigen Eigentümer als Mittel der Ausbeutung der großen Menge auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete dienen.

Auf, Wähler! Verschleumt dieses Ziel der arbeitenden Menschheit dadurch, daß Ihr im gerechten Kampf gegen die jegliche Mehrheit der Stadtverordneten nicht nur am Freitag einhellig Eure Stimme den socialdemokratischen Kandidaten gebt, nein — agitiert vorher, werbt Rekruten, klärt auf, revolutioniert die Köpfe der Indifferenten, Halben, Launen, Jaghaften.

Es gilt nicht nur, den Sieg an die Fahne der Socialdemokratie zu heften, sondern neue Anhänger der Socialdemokratie zu werben. Vielfach herrscht noch Laueheit, weil zu große Sieges-zuversicht vorhanden ist. Sich in Siegeshoffnungen zu wiegen, ist aber falsch — ohne Kampf kein Sieg!

Darum auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Partei-Nachrichten.

Der Unterzeichnete hat in seiner gestrigen Sitzung die Angriffe geprißt, die gegen den Genossen Mehring auf dem Dresdener Parteitag erhoben wurden und die denselben veranlaßten, seine Mitarbeiter-schaft an der „Neuen Zeit“ und seine Stellung bei der „Leipziger Volkszeitung“ so lange einzustellen, bis die zuständigen Instanzen in dieser Angelegenheit ein Urteil gefällt haben, das ihm die Wieder-aufnahme seiner Tätigkeit ermöglicht.

Hierbei wurden auch die Erörterungen, die nach dem Dresdener Parteitag in der Angelegenheit für und wider stattgefunden haben, in den Kreis der Erwägungen gezogen.

Es wurde beschlossen, dem Genossen Mehring den Wunsch aus-zusprechen, seine Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ wieder auf-zunehmen.

Mit dem Verhältnis des Genossen Mehring bei der „Leipziger Volkszeitung“ sich zu beschäftigen, lag keine Veranlassung vor, da die Entscheidung hierüber den Leipziger Genossen zusteht. Berlin, den 24. November 1903.

Der Parteivorstand.

Gemeindevahlen. Socialdemokratische Gemeinderatsmitglieder wurden gewählt in den württembergischen Ortschaften Leumzig 4, Frankenthal 8 und Windischenreuth 8.

Partei-Prese. Als zweiter Redakteur für das „Sächsische Volks-blatt“ in Zwickau ist an Stelle des ausscheidenden Genossen Jädel der Genosse Th. Guth, jetzt in Dresden, gewählt worden.

Der Socialismus in Japan macht trotz der Verfolgungen, welchen die leitenden Genossen seitens der japanischen Regierung ausgesetzt sind, stetige Fortschritte. So wurde kürzlich ein socialisti-scher Klub durch und für Studenten in Waseda gegründet. — Auch in Wakayama wurde nach einer stark besuchten Versammlung eine Partei-Organisation gegründet. — Die Nr. 18 des „Socialist“ wurde wiederum konfiszirt und der Herausgeber, Genosse Katayama, wegen einer Reihe Artikel vor den Richter citirt. Auch wurde wiederum eine kleine socialistische Gedichtsammlung konfiszirt. Alle diese Verationen, so schreibt Katayama in der letzten Nummer seines Blattes, werden aber ihn und die andern Genossen nicht entmutigen und den Vormarsch des Socialismus in Japan nicht aufhalten.

Der Kongress des Deutschen Xylographenverbandes.

Die organisierten Xylographen hielten vom 20. bis 24. November in Braunschweig einen Kongress ab. Beschäftigt wurde derselbe von Delegierten der Lokalverbände aus Berlin, Braunschweig, Dresden, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hannover, Leipzig und Stuttgart. Der Centralausschuß des Verbandes, Sitz Berlin, war durch den Vor-sitzenden und Kassierer, die Sachzeitschrift durch den Redakteur der-selben vertreten. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Verbandsausschusses. 2. Kasienbericht. 3. Bericht der Redaktion.

4. Anschluß mit dem Gesamtvorstand an die Centralisation. 5. Statutenänderung und Erhöhung der Beiträge. 6. Tarif-gemeinschaft. 7. Belehungsfrage. 8. Wahl des Centralausschusses und Sitz desselben. 9. Wahl des Redakteurs und Sitz der Zeitung. 10. Wahl der Beschwerdelommission. 11. Verschiebenes. — Zum Leiter der Verhandlungen wurde der Vorsitzende des Central-ausschusses, Bleichschmidt-Berlin, zum Stellvertreter Bischoff-Braun-schweig und zum Schriftführer Lauters-Elberfeld gewählt.

Der Vorsitzende gedankt der Entwicklung des Verbandes zur Centralisation, bedeutet das Zurücktreten des Düsselberger Lokal-verbandes und schilfert das Wirken des Centralausschusses bei der Lösung der ihm zugefallenen Aufgaben, als Berufsstatistik, Belehungs-Stammrolle, Arbeitsmarkt, Lohnlämpfe etc.

Die Berichte des Vorsitzenden und des Kassierers geben unter anderem den ungünstigen Kasienab-schluß des Jahres 1901 hervor, veranlaßt durch starke Inanspruchnahme der Arbeitslosen-Unter-stützung, so daß die Ausdehnung einer Extrasteuer von 30 Pf. pro Monat sich notwendig machte.

Bei der „Statutenänderung“ werden die monatlichen Beiträge von 1,50 M. auf 1,80 M. erhöht. Die Höhe der Arbeitslosen-Unterstützung wird nun nach der Dauer der Mitgliedschaft geregelt durch den Antrag: „Die Unterstützung beträgt nach einem Jahre Mitgliedschaft 2 M. auf die Dauer von 42 Tagen, zwei Jahre Mit-gliedschaft 2,50 M. auf die Dauer von 42 Tagen, drei Jahre Mit-gliedschaft 3 M. auf die Dauer von 42 Tagen.“

Nicht recht verständlich ist nach Annahme dieser Entwürfe, welche doch nur in Anbetracht der ungünstigen Kasienverhältnisse sich er-gaben, die Schaffung einer neuen Bestimmung des Arbeitslosen-Unterstützungs-Reglements, welche lautet: „Ein Mitglied ist unterstützungsberechtigt, ohne Nachwirkung, nach sechsmonatigem Aussehen. Bei geistlicher Kündigung gelten die Bestimmungen des Statuts.“ Die Arbeitsverhältnisse unterliegen in der Xylo-graphie genau wie in andern graphischen Berufen vielfach der Saison und wird es wohl nicht viel Xylographen geben, die nicht im Laufe des Jahres, sogar in fester Stellung sich mit einem längeren oder kürzeren Aussehen vertraut machen müssen. Diese Fälle alle zu unterstützen wird unter Umständen der Organisation viel Geld kosten.

Der wichtigste Punkt des Kongresses war die Schaffung einer „Tarifgemeinschaft“. In der Xylographie wird zum Teil auf Lohn, dabei herrscht eben der Arbeiter noch vielfach die Heimarbeit und das Ueberstundenwesen kommt in allen beiden noch stark zur Anwendung. Wo die Stückerarbeit vorherrscht, besteht in den verschiedenen Städten auch die verschiedenste Be-zahlung, die nach dem Quadratcentimeter erfolgt. Bei diesen mannigfaltigen Verhältnissen müßte es schwer sein, einen Tarif auf-zustellen, der allen Rechnung tragen und doch auch eine Hebung der ungünstigen Berufsverhältnisse herbeiführen sollte. Die Meinungen gingen denn auch oft sehr auseinander, bis man sich aber doch zu folgenden Forderungen einigte:

- 1. Der Minimallohn für Ausgelernte beträgt 21 M. und ist nach einem Jahre auf 24 M. zu erhöhen. 2. Da wo Städ-arbeit üblich, tritt die Bezahlung nach 18 aufgestellten Positionen ein, wobei flotte, gute und komplizierte Arbeiten zu unterscheiden sind. Arbeiten, die wegen ihrer außerordentlichen Größe und Einfachheit nicht nach Quadrat-Centimetern berechnet werden können, sind in der Weise zu berechnen, daß der Xylograph den durchschnittlichen Tagesverdienst erreicht. Dasselbe ist auf kleine komplizierte und besonders schwierige Arbeiten anzuwenden, bei denen eine Be-rechnung nach Quadratcentimetern nicht möglich ist. 3. Die tägliche Arbeitszeit darf acht Stunden nicht überschreiten. 4. Korrekturen, die nicht der Xylograph verschuldet, sind nach dem durchschnittlichen Tagesverdienst zu berechnen. 5. Extra-stunden sind nur in außerordentlichen Fällen, wenn es aus-drücklich verlangt wird, zu machen, und tritt für Extrastunden in der Woche ein Zuschlag von 25 Proz. und für solche an Sonntagen ein Zuschlag von 50 Proz. ein. 6. Die Atelierarbeit ist unbedingt der Hausarbeit vorzuziehen und sind Prinzipale wie Ge-hilfen angehalten, in diesem Sinne zu handeln und der Hausarbeit in jeder Weise entgegenzutreten. 7. Die Prinzipale verpflichten sich, nur den Arbeitennachweis des Deutschen Xylo-graphen-Verbandes, welcher kostenlos zur Verfügung steht, zu benutzen. 8. Nur organisierte Gehilfen sollen bei organisierten Prinzipalen arbeiten, und nur organisierte Prinzipale organisierte Gehilfen beschäftigen. 9. Auf Grund der Tarifvereinbarungen wird ein Schiedsgericht ein-gesetzt, welches aus sechs Personen besteht, die je zur Hälfte aus beiden Vereinigungen gewählt werden, welches bei den beruflichen Streitigkeiten der beiden Seiten angerufen werden muß. Der Sitz des Schiedsgerichts wird nach beiderseitiger Vereinbarung bestimmt. Die Wahl des Vorsitzenden erfolgt aus der Mitte der für das Schiedsgericht gewählten Personen. Als Publikationsorgan dient die Zeitschrift für Xylographen. Das Lehrlingswesen regelt Punkt 10: Unter 2 Gehilfen keinen Lehrling, bis 5 Gehilfen einen Lehrling, auf jede weitere 5 Gehilfen einen Lehrling, bis zur Höchstzahl 3 Lehrlinge in einem Geschäft. Lehrlinge dürfen nach dem ersten Jahre ihrer Lehrzeit zu xylographischen Nebenarbeiten und Verrichtungen, die ihrer Aus-bildung hinderlich sind, nicht mehr benutzt werden. Die zeichnerische Ausbildung der Lehrlinge ist dadurch zu verwirklichen, indem von Seiten der Chef's den Lehrlingen der Besuch von Zeichen-schulen zu ermöglichen und zu erleichtern ist durch Freigabe von Zeit und finanzieller Beihilfe. 11. Die Führung sogenannter schwarzer Listen und die Mahregelung von Mit-gliedern der Organisation darf nicht stattfinden. Der Centralausschuß muß bis zum 1. Januar 1904 mit diesen Forde-rungen an die Prinzipale treten.

Bei den Wahlen wird Berlin wieder als Sitz des Central-ausschusses bestimmt. Ebenso als Erscheinungsort des Volksblattes. Ein Antrag, vom 1. Januar 1904 ab der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften sich direkt anzuschließen, wird zur-ückgewiesen dem Centralausschuß überwiesen.

Der Kampf ums Majorat.

19. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung nimmt sofort das Wort Erster Staatsanwalt Steindreich: Vier lange schwere Wochen haben wir hier zusammen gearbeitet und es ist auch mir ein Bedürfnis, meine Stellung zur Anklage hier darzulegen. Nach den erschöpfenden und lebenswahren Worten meines Vorredners kann ich mich kurz fassen. Für mich als Jurist und Vertreter der Anklage-behörde ist es immer die erste Aufgabe, zu ergründen, welche Motive bei einer That obwalteten. Der Redner geht hierauf ausführlich auf die Frage ein, wie es im Frühjahr 1896 im Majorat Wroblewo aus-sah. Er schildert die verworrene Wirtschaft daselbst, die Ver-schwendungssucht der Gräfin, die häufigen Besuche des „Dukels“ Gerichtsvollziehers und die sonstigen finanziellen Sorgen auf Wroblewo. Die Existenz eines Majoratserben machte mit einem Schlage ihren Sorgen ein Ende: mit dieser Existenz war für sie und ihre Töchter auf Jahrzehnte hinaus gesorgt! So kam sie zu dem Entschluß: corrigere la fortuna! Der Staats-anwalt erörtert sodann, welche Kernpunkte der Beweisführung für ihn maßgebend seien, um auch ihn zu der festen Ueberzeugung zu bringen: Die Gräfin ist schuldig! Als solche Kernpunkte seien für ihn die Vorgänge in Krakau und Berlin bedeutungsvoll.

Das von der Verteidigung angeregte Verhältniss- Thema hat weder für noch gegen die Angeklagte etwas zwingendes erwiesen. Jeder weiß aus dem praktischen Leben, wie oft die Verhältniss- läufigkeit. Redner kommt dann zu der Frage der Abwesenheit der alten Andruszewska von Wroblewo vor der Geburt des Knaben. Er

hält es für zweifellos, daß sie tatsächlich in der Zeit vom 23. bis 25. Januar 1897 in Krakau gewesen ist. Die gegenteiligen Zeugen- ausagen beweisen abfolut nichts, die Zeit liegt viel zu lange zurück, als daß die Zeugen heute noch genau an jeden Tag sich erinnern könnten. Die Zeugin Wienslowka sei hier im Gerichtssaale auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Verdräts des Meineids ver-haftet worden und das habe zu heftigen Angriffen in der Presse, auch der juristischen geführt. Alle diese Angriffe gehen von der falschen Voraussetzung aus, daß die Zeugin vom

Untersuchungsrichter eingeschüchtert

worden ist und hier die Wahrheit gesagt hat. Dieses Urteil ist recht voreilig; die Zeugin giebt jetzt selbst zu, daß sie nur deshalb beim Untersuchungsrichter behauptet hat, die alte Andruszewska sei nicht verreist gewesen, weil sie von den andern Zeugen keine Aus-nahme machen wollte.

Die Hedwig Andruszewska ist gewiß eine unsympathische Person, nervös und hysterisch, aber sie ist weder geistesgestört noch geistes-schwach. Man braucht ihr nur das glauben, was durch andre That-sachen erwiesen ist, und erwiesen ist: daß eine Frau v. Wonszlowka vom 23. bis 25. Januar 1897 in Krakau gewesen ist und den Knaben der Barza dieser abgelaßt hat. Daß die Hedwig Andruszewska schließlich im Besitz des Geheimnisses eine Art Großen-wahn bekommen hat, ist nicht zu verwundern. Gegen den Zeugen Dschelosi ist alles Mögliche eingewendet worden. Das Rad sei ins Rollen gekommen, daß das angeklagte Ehepaar den Grafen Skiwledzi in einem Zivilprozeß zwingen wollte, die Legitimität des Kindes anzuerkennen. In diesem Prozeß seien nach Ansicht der Anklagebehörde drei Meineide geleistet worden. Gegen den Grafen Skiwledzi sei nun das ganze Potentium in Bewegung ge- setzt worden. Das

Potentium sei erbittert,

weil auf seine Anregung hin manches häßliche Bild aus dem polnischen Adelsleben enthüllt worden ist. Deshalb steht das ganze Potentium, Hoch und Niedrig, gegen den Grafen Skiwledzi, deshalb sei man bestrebt, die fünf polnischen Angeklagten den deutschen Richtern zu entreißen. Er komme zu dem Schluß, daß er glaube, an der Hand untrüglicher That-sachen nachgewiesen zu haben, daß die Gräfin das Kind untergebracht hat. Daß dies aus gewinnluchtiger Absicht geschehen sei, sei ganz zweifellos. — Der Erste Staatsanwalt geht hierauf zur Schuldfrage des Grafen über und bittet die Geschwornen, auch diese zu bejahen. Es sei ihm ganz zweifellos, daß die beiden Eheleute gemeinschaftlich ge-handelt haben. Man sehe hier drei treue Dienerinnen mit ihnen auf der Anklagebank, eine vierte sei wegen Meineids in Haft genommen. Diese Verwerfung der Frau Gräfin spreche gegen die Beweislösung mildernde Umstände, dagegen gebe er den Geschwornen anheim, bei dem Grafen das Vorliegen mildernde Umstände zu bejahen. — Der Erste Staatsanwalt erwägt dann die Schuld der übrigen An-geklagten. Die Ossowska habe ja ein volles Geständnis abgelegt und es bestehe nicht der geringste Zweifel, daß dieses Geständnis ein freiwilliges und der Wahrheit entsprechendes sei. Danach habe die Ossowska einen Meineid geleistet, der für den Ausgang des Potener Zivilprozesses von ausschlaggebender Bedeutung war. Sie müsse also verurteilt werden, doch bitte er die Unterfrage zu bejahen, daß die Angeklagte durch Bekundung der Wahrheit sich der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt hätte. Schließlich führt der Staatsanwalt aus, daß auch die angeklagten Frauen Knoska und Schwiatowska schuldig zu sprechen seien und empfiehlt den Ge-schwornen nochmals, allen Angeklagten — mit Ausnahme der Gräfin — mildernde Umstände zu bewilligen.

Nach kurzer Pause ergreift das Wort zur Verteidigung

Justizrat Wenker:

Dort oben an der Decke dieses Saales, in welchem wir seit Wochen in gemeinsamer schwerer Arbeit versammelt sind, steht in goldenen Lettern der Spruch: „So Gericht ist, da ist der Friede!“ Das Gericht ist da — den Frieden vermisse ich; der-gleich habe ich erwartet, das Rauschen der Fittige des Friedens- engels zu vernehmen. Vom ersten Tage an, vom ersten Moment an war alles Kampf, ununterbrochener Kampf, welcher bei den Aus-führungen des Staatsanwalts Dr. Müller gestern Formen an-genommen hat, von denen ich gewiß nicht hätte, daß sie in diesem Saale wie zum Ausdruck gekommen wären. Gegen wen ist nun der Kampf gerichtet? Gegen den gefährlichsten Feind der Rechtspflege: das Vorurteil, das zu bekämpfen die Aufgabe aller Prozeß-beteiligten ist. Die erste Folge dieses Vorurteils ist eine Demanization, die Fortsetzung spielt sich beim Untersuchungsrichter ab, das Ende ist die Hauptverhandlung, bei welcher wiederum das Vorurteil seine verheerenden und zerlegenden Wirkungen ausübt. Die öffentliche Meinung, wie sie ja auch in der Presse zum Ausdruck kommt, stellt sich auf den Standpunkt, es sei hier ein Kampf ums Majorat. Diese Auffassung entspricht nicht der Auffassung der Gräfin Wessierska-Skiwledzi, sie kämpft nicht um des Majorat, sie kämpft um ihr Kind und die Familie, die sich um sie gekümmert hat, kämpft um die Ehre und wir, die wir der Gräfin beistehen, kämpfen für das Recht.

Sehen wir uns die Eigenart des Prozesses näher an. Hinter mir sitzt eine Frau, gegen deren Moralität niemand etwas vor-gesagt hat, mit einem malleolosen Leben, von der wir gehört haben, wie sie ihr Vermögen für das Majorat aufgewendet hat. Sieht diese Frau so aus, daß man sie fähig halten könnte, aus gewinnluchtiger Absicht ein gemeines Verbrechen zu begehen? Und von wem wird die Gräfin belastet? Von Fräulein Hedwig Andruszewska, von Herrn Peter Dschelosi, von Frau Ossowska und von Frau Valentine Andruszewska. Das sind die Zeugen, gegen die das Wort der Gräfin einfach verpufft im Winde.

Aber steht denn die Gräfin allein? Ich denke: nein, und doch ist sie isoliert worden. Sie veruft sich auf das Zeugnis von treuen Leuten, die in ihrem Dienst standen, von Leuten fernher, mit denen sie gesellschaftlich verkehrt. Aber was

gefehicht mit diesen Leuten,

die auftreten, um ihre Unschuld zu beweisen, während man ihr doch umgekehrt die Schuld nachweisen muß. Die alte treue Dienerin Knoska tritt für die Gräfin ein, man glaubt ihr nicht, eine Lehrersfrau, die Skiwatowska, thut dasselbe, man glaubt ihr nicht; Frau v. Roszewska, eine zwölfjährige Großmutter, man glaubt ihr nicht, denn ihr Kasket ja der Kaskel an, daß sie die Schwester des Grafen ist. Frau v. Koczorowska eilt über die Grenze, tritt für die Gräfin ein, man glaubt ihr nicht. Die Wienslowka hat jetzt andre Bekundungen gemacht, wie früher, sie wird beauftragt und ich bin der Ansicht, sie wird vielleicht heute noch nicht wissen, weshalb sie verhaftet worden ist. Bei aller Hochachtung vor den Gründen, die ich respektiere, frage ich mich doch, ob diese Verhaftung gerechtfertigt gewesen ist? Die Knoska und die Skiwatowska sind verhaftet, gegen die Frau v. Koczorowska, eine hochachtbare Dame, ist die Vor-untersuchung eingeleitet, gegen die alte Frau v. Roszewska ebenso. Wie steht denn mit der alten Frau Gadschl, dieser einzigen Säule des Herrn Leitold? Sie macht ihre Aussage mit Bestimmtheit dahin, daß die alte Andruszewska in der kritischen Zeit nicht verreist war. Sie wird nur unter gewisser Reserve verurteilt. Und Herr Skiwledzi, den der Staatsanwalt gewissermaßen als einen „Palanzen“ hin-zustellen beliebt, ist vom Untersuchungsrichter verurteilt worden. In der Hauptverhandlung ist er bei seiner Aussage verblieben und nun hat er das zweifelhafte Vergnügen, daß sofort ein

Verfahren wegen Meineids

gegen ihn eröffnet worden ist. So ist die Gräfin aller der Leute, die für sie ausagen, beraubt, so ist sie vollständig isoliert worden. Dagegen sträubt sich mein objektives Rechts-gefühl und in der breiten Öffentlichkeit hat dieses mein Ge-fühl den lebhaftesten Widerhall gefunden. Die eine Gruppe von Zeugen, auf die sich die Gräfin stützt, sperrt man einfach ein oder eröffnet gegen sie eine Voruntersuchung, und wenn sie in der Haupt-

Verhandlung bei ihrer der Angeklagten günstigen Aussage bleiben, werden sie verhaftet. Und wenn dann die Verteidiger dieser isolierten Angeklagten ihre Hilfe leisten, dann werden ihre Ausführungen als „Kinkerlitzchen“, als überflüssiges Zeug gebrandmarkt. Woher kommt dieses Schauspiel, welches ein Schauspiel schon kaum mehr zu nennen ist? Liegt es in der Verleumdung? Nein, das liegt tiefer, das liegt in der Institution, in unsem Gesetz! Darum bin ich glücklich, hier ein Wort über die

Stellung der Verteidigung

in unsem Strafprozess sprechen zu können. Infolge irgend einer Denunziation kommt die Sache vor den Untersuchungsrichter. Was ist nun das für ein Material, welches dem Untersuchungsrichter vorliegt? Das Entlastende nicht, sondern das Belastende. Ein Untersuchungsrichter ist auch nur ein Mensch, ein Stückchen der Belastung kommt zum andern, ein Zeuge zum andern, er wird vernommen, der Untersuchungsrichter kommt zu einer Ansicht, aus der Ansicht wird eine Ueberzeugung, eine feste Meinung, seine Wahrheit ist, was er glaubt, und daraus wird dann schließlich die Wahrheit! Und wenn dann jemand auftritt, der gegen diese angebliche Wahrheit ausspricht, dann wird er als „höswilliger Hallunke“ gekennzeichnet. Alle der Gräfin günstige Zeugen, die vor Gott und dem preussischen Richter doch auch Zeugen sind, werden kraft der Gewalt einer Voreingenommenheit

einfach beiseite geschoben!

So steht die Gräfin allein und wenn einer kommt und etwas für sie Günstiges ausspricht, dann ist er meinelich oder mindestens faßlich und gerät in den Verdacht der Begünstigung. Die Motive sind wenig durchsichtig, weshalb die Zeugen das gethan haben sollen. Wohin kommen wir, wenn wir schon bei Frau von Kozjowostka annehmen wollten, daß sie aus besonderem Interesse gehandelt habe, dann erst bei den Belastungszeugen? Da stehen wir alsdann doch völlig vis-à-vis do rien. Der Staatsanwalt hat nach dem Gesetz mehr Rechte als die Verteidigung, er steht im Kontakt mit dem Untersuchungsrichter und hat jederzeit das Recht der Akteneinsicht. Das giebt ihm auch ein Uebergewicht über die Verteidigung. Zwar ist hier in diesem Saale das Wort gefallen: „Die Staatsanwaltschaft ist die objektivste Behörde von der Welt“. Das Wort erhört gemeint ist, zweifelt sie keinen Augenblick. Das Wort gilt aber nur bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens. Das wird niemand mehr bestreiten, nachdem er gefehert die Rede des Herrn Staatsanwalts Dr. Müller gehört hat in ihrer ganzen Leidenschaftlichkeit. Wie hat es auf das tiefste geschmerzt, daß ein Staatsanwalt, der die Ehre hat, gegen uns zu plädieren, es gewagt hat, die Verteidigung vor der

Öffentlichkeit zu beleidigen.

Das werde ich näher begründen. Da wurde gefiern gesagt: „aus Hechtel ist so manches herausgeholt worden“, „man hat gewisse Kniffe angewendet“, „schlummer als die Folter“ usw. Weiter wurde gesagt: „man hat versucht, durch Kinkerlitzchen die Aufmerksamkeit von den Thatfachen abzulenken“. Ich frage mich: wer ist denn dieses unpersonliche „man“? Hat der Herr Staatsanwalt die Herren Geschworenen gemeint? Das ist nicht anzunehmen. Oder den Gerichtshof und den Herrn Vorsitzenden? Das ist ausgeschlossen. Oder seinen Chef, den Herrn Ersten Staatsanwalt? Das ist ebenso ausgeschlossen. Wer bleibt da noch übrig? Wir! Die Verteidigung. Denn die Frau Gräfin kann er auch nicht gemeint haben, denn sie hat ja kaum einmal zu einer Frage den Mund aufgethan. Auch die Zeugen können nicht als diejenigen gemeint sein, die „etwas herausgeholt“ haben. Wer also bleibt andres übrig als das Afschenbrödel Verteidigung. Herausgequetscht mit gewissen Kniffen wurde gesagt. Das ist ja der negative Kniff! Das Vorverfahren ist bei uns also ein geheimes. Und so kommt dann die Sache vor die Eröffnungsammer, die natürlich in dem ihr vom Untersuchungsrichter unterbreiteten Material viel Bedenkliches vorfindet. Natürlich! Das Vorverfahren ist bei uns, im Gegensatz zu andern Staaten, für den Verteidiger kein Platz! Der Verteidiger, der nach einer Vorbildung, die ihn zum Richterposten geeignet macht, seine Aufgabe zu erfüllen hat, wird so wenig vertrauenswürdig erachtet, daß man ihn nicht zur Zeugenvernehmung bei dem Untersuchungsrichter, nicht zur Akteneinsicht zuläßt, sondern ihn für so niederträchtig erachtet, daß man ihn, wie gesagt, als Afschenbrödel behandelt und den Angeklagten, zu dessen Schutz er aufgerufen ist, völlig isoliert. Das ist der Krebsknoten der Gesetzgebung! Wäre hier in diesem Falle die Verteidigung in der Lage gewesen, in der Voruntersuchung durch Teilnahme an der Befragung der Zeugen ihren Platz auszufüllen, so wäre wahrscheinlich diese ganze Hauptverhandlung erspart worden; er behauptete:

Keine Strafkammer hätte sich gefunden,

welche dieses Schauspiel, in dem das Tribunal zur Scene geworden ist, veranfaßt hätte. Dann hätte man schon in der Voruntersuchung gesehen, daß die Schale der Entlastung schwerer wiegt, als die der Belastung, dann hätte man zu der Hauptverhandlung nicht vier Wochen, sondern vielleicht gar keine Zeit gebraucht. Wie jetzt die Dinge nach den Vorschriften des Gesetzes liegen, muß in der Voruntersuchung eine einseitige Herstellung der Akten sich ergeben. Im Hinblick an eine Bemerkung des Gerichtsarztes Dr. Sörner sage ich: Jeder Mann, der in der Justiz steht, trägt die Bürde seiner Befehle! Der Verteidiger erörtert noch weiter ausführlich die Mängel der Voruntersuchung und die von unbedeutenden Richtern gegen die Verteidiger diktierten eng begrenzten Mandatsbefugnisse der Verteidiger und führt den Geschworenen, an der Hand der Erfahrungen dieses Prozesses, die Vermeidung der Zeugen in der Voruntersuchung als einen entsehligen Fehler vor. Bei der jetzigen Lage des Gesetzes und bei der Aengstlichkeit, mit welcher sich die Verteidiger davor hüten müssen, mit Zeugen, die sie vorladen wollen, in Verbindung zu treten, ist es möglich, Zeugen aus weiter Ferne herbeizuholen, ohne zu wissen, was sie aussagen werden.“ Das ist bedauerlich, auch schon aus fiskalischem Interesse.

Wer bezahlt alle diese Unkosten?

Wer bezahlt aber den Geldverluste die Kosten für die vielen Verluste, die sie während dieser vielwöchigen Arbeit in ihrem Verufe erleiden? Entweder der Staat, der sehr besorgt war, dem kleinen Sohn des Reichentumlers Meyer ein weiches Mantelchen auf Staatskosten zu besorgen? Wenn die Gräfin nach diesen zehn Monaten, die sie in körperlicher Pein in Untersuchungsarrest zugebracht, aus diesem Saal gehobenen Hauptes herausgeht, so wird sie ihre Pein nicht bereuen, denn die Kosten, die dieser Prozeß giebt, werden sicherlich nicht an der Kommission vorbeigehen, die jetzt gerade mit der Reform der Strafprozess-Ordnung beschäftigt ist! Ich komme noch mit einem Wort auf die ärztlichen Gutachten. Ich bedauere, daß die Ueberzeugung von der Schuld der Gräfin in diesen Saal hinübergestrahlt ist und den einen Sachverständigen, Herrn Professor Dr. Dührssen, dessen Thätigkeit ich sonst bewundere, erfüllt hat. Ich habe bei dem Gutachten des Herrn Prof. Dührssen die Objektivität und Unparteilichkeit leider vermißt. Er hat wohl nach bestem Wissen und Gewissen sein Gutachten abgegeben, aber die Voraussetzungen zu seinem Gutachten sind derartig, daß man diesem unmöglich großen Wert beilegen kann. Wenn er nach einem Gutachten von 1/2 Stunden endlich zu dem Schluß kam: „Ich glaube nicht, daß die Gräfin schwanger war“, so hat er sich von Thatfachen leiten lassen, die auch andre ehrenwerte Männer schon befochten haben und doch nichts beweisen! Ich kann mich auch bezüglich dieses Gutachtens auf die Öffentlichkeit berufen. Die Zeiten, wo in diesem Hause ein Mann sagen konnte

„Es giebt keine Öffentlichkeit“

sind ja glücklichweise vorüber! Das Volk spricht in solcher Sache mit, die Geschworenen sind das Volk, die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes und niemand kann mit Scheulappan daran vorbeigehen! Fragen Sie nur im Volke nach und Sie werden finden, daß das gesamte Volk keine andre Meinung hat, als die Verteidigung. Ich bedauere, daß es so weit gekommen ist, daß in einer Zeitung ein Artikel mit der Ueberschrift „Herr Dührssen als Staatsanwalt“ erscheinen konnte. Auch die Berliner Bergzeitung wird sich wohl mit der Frage beschäftigen müssen: wie weit darf ein ärztlicher Sach-

verständiger in seinem Gutachten gehen? Der Staatsanwalt sagt: Die Polen haben sich zusammengesetzt, um die Angeklagte den deutschen Richtern zu entreißen. Nun fragen Sie aber mal das Bürgerthum, welches doch die adlige polnische Gräfin und die polnische Wirtschaft gar nichts angeht, wie es über die Sache denkt und Sie werden alleseitig Zustimmung zu der Auffassung der Verteidigung finden.

Der Vorsitzende unterbricht hier, da der Verteidiger so allgemeine Behauptungen doch nicht aufstellen könne.

Auf Wunsch des Justizrats Bronker findet eine kurze Pause statt.

Der Verteidiger zerpflückt dann die Aussagen der Belastungszeugen, namentlich der Hedwig Andruszewska. Nach 2 1/4 Uhr tritt auf seinen Wunsch eine einstündige Mittagspause ein. Die Geschworenen geben zu erkennen, daß sie selbst auf die Gefahr hin, bis in die späte Nacht hinein sitzen zu müssen, die Sache heute noch zum Urtheil bringen wollen.

Als der Verteidiger in der Fortsetzung seiner Rede auf den Droschkenlutscher Wille zu sprechen kam, sagte er: Dieser Mann kann von sich und seiner Frau mit Stolz behaupten, daß sie in der Anklage einen großen Teil für sich in Anspruch genommen haben. Und wenn ich mir ansehe, was der Kutscher Wille gesagt hat, so ergreift es mich mit wildem Weh! (Heiterkeit). — Der Präsident unterbricht hier und bittet den Verteidiger, doch nicht in dieser satirischen Weise die Sache zu behandeln. — Justizrat Bronker: Er pflege so zu sprechen, wie ihm der Sänabel gewachsen sei. Es gebe Situationen, wo nur die bittere Satire zur Wahrheit führt und es sei besser, ironisch zu sein, als grob. Wenn mich der Herr Präsident auf meine Redeweise aufmerksam macht, so hätte ich gewünscht, er hätte auch den Staatsanwalt darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht notwendig war, die Verteidiger mit Hohn und Spott zu begreifen. — Vors.: Er habe nichts von Hohn und Spott gehört. — Staatsanwalt Dr. Müller: Ich muß dies auch zurückweisen. Ich habe durch meine Ausführungen mich gegen die Verteidiger persönlich absolut nicht gewendet.

Der Redner schließt: Wollen Sie dies Kind, welches von der Gräfin gehegt und gepflegt wird, der Mutter von der Brust reißen? Wollen Sie sich von einer gewissen Verebbarkeit überzeugen lassen? Ich dachte, die Berliner Richter und Geschworenen lassen sich durch Verebbarkeit nicht zwingen, sondern lediglich durch die Macht der Gründe und Thatfachen. Denken Sie daran, wie man den Grafen, der sich unbedacht wählte, knieend am Bette des Knaben, und ihn huldigend und mit ihm spielend, vorlaut. Das ist die Stimme der Natur. Auch der Umschwung der öffentlichen Meinung ist zweifellos hervorgerufen durch die Macht der Thatfachen, durch die Beweisaufnahme. Wenn Sie den Richterpruch in Uebereinstimmung mit dieser öffentlichen Meinung fällen, dann folgen Sie ihr nicht, sondern zeigen nur, daß Sie richtig und zutreffend die Thatfachen erfaßt haben. Ich zweifle nicht, daß nach dem Resultat dieser Beweisaufnahme das einzige Wort, das Sie, meine Herren Geschworenen, auf die Schuldfrage sprechen werden, das Wort „Nein!“ ist.

Dann endet das fünfständige Plaidoyer, dem der Vorsitzende die Bemerkung hinzufügt, daß der Hinweis auf die öffentliche Meinung hier doch nicht am Platze war. Die übrigen Verteidiger erklären sich für so erschöpft, daß sie bitten, die Sitzung heute zu verlagern, die Geschworenen wünschen jedoch, daß heute doch noch mindestens eine Stunde verhandelt werden möge. Der Vorsitzende läßt darauf zunächst eine Lüftungspause eintreten.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt

Rechtsanwalt Dr. Sikorski

als Verteidiger der Angeklagten Frau Knoska und Chwiat-Lowiska, daß er auf ein Plaidoyer verzichte. Er halte beide für unschuldig und bitte um deren Freisprechung.

Darauf nahm Rechtsanwalt Eger zur Verteidigung der Angeklagten Ossowska das Wort. Er löste sich hier sehr kurz fassen und nur auf der Darlegung der mildernden Umstände sich beschränken. Diese seien in der sozialen Stellung der Angeklagten, in ihrer Treue und Abhängigkeit zur Gräfin zu finden. Daß Zweifel an der That, an dem begangenen und von der Angeklagten eingestandenen Meineid hier aufstehen könnten, habe er nicht geglaubt, er müsse aber gestehen, daß ihm im Laufe der Verhandlungen selbst Zweifel aufkommen seien.

Was ich beweisen will, ist einzig und allein, daß dieses Geständnis der Ossowska als Beweismittel ausscheidet, sowohl gegen sie selbst wie gegen die andern Angeklagten. Hier fehlen alle Beweggründe, die bei einem echten Geständnis vorhanden zu sein pflegen, und deshalb meine ich, dieses Geständnis, das sie jetzt abgelegt hat, entspricht nicht der Wirklichkeit, und ich hoffe daher auf einen Freispruch meiner Klientin.

Die Sitzung wird hierauf gegen 6 1/2 Uhr auf morgen, Mittwoch, 0 Uhr vertagt.

Sociales.

Kapitalistische Socialpolitik.

Kürzlich hat Herr v. Verleppich in der „Socialen Praxis“ einen Vortrag veröffentlicht über das Thema: „Warum treiben wir sociale Reform“, den er in Hamburg gehalten hatte.

Dieser Vortrag hat es Herrn Vued, dem Geschäftsführer der Scharmacher angehan. In zwei Artikeln, die jetzt bei Stuttgart als Broschüre erschienen sind, wendet er sich im Namen seiner Auftraggeber gegen die milden Reformforderungen des ehemaligen Ministers, von dessen Vorschlägen er den Untergang der Industrie befürchtet.

Herr v. Verleppich hatte neben einigen mageren Verbesserungen der Arbeiterthum-Vorschritten auch Vereins- und Koalitionsfreiheit für die Arbeiter gefordert und die Gleichberechtigung im Sinne des Februarerlasses hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Das sogenannte patriarchalische System soll auch nach Meinung des Herrn v. Verleppich nicht mehr aufrecht erhalten werden, weil im Staate des allgemeinen Wahlrechts, der Schul- und Militärpflicht der Arbeiter nicht mehr der Geleitete, Gehorrende sein wolle, und wo die freiwillige Unterordnung fehle, da werde das patriarchalische System zum Despotismus. Man sieht, Herr v. Verleppich ist so milde in seinen Forderungen wie in seinen Begründungen; Herr Vued aber antwortet ihm:

Sobald das Moment des freiwilligen Gehorchens fehlt, hat das Vertragsverhältnis in irgend einer geeigneten oder ungeeigneten Weise sein Ende erreicht.

Das heißt der Arbeiter darf gehen. Die Produktion ist eine Privatangelegenheit der Unternehmer und der Arbeiter, dem das nicht paßt, der kann sich ja „aus der Produktion“ entfernen.

Wir glauben es Herrn Vued, wenn er versichert, daß „die deutschen Arbeitgeber“ gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter bis zum äußersten kämpfen werden, aber daß sie „zweifellos“ Sieger bleiben werden“ in diesem Kampfe, das zu glauben, setzt doch ein solches Maß von Einsichtslosigkeit voraus, daß wir sie selbst Herrn Vued nicht zutrauen möchten. Wenn ein kleiner Fickhustmeister die Produktion als seine Privatangelegenheit betrachtet, so ist das erklärlich, der Leiter des Centralverbandes der Großindustriellen sollte aber doch in seiner Praxis schon soviel Erfahrung gesammelt haben um zu wissen, daß niemand weniger mit der Produktion zu thun hat, wie die Unternehmer, er sollte wissen, daß, wenn irgend eine besondere Volkssicht etwas mit der Produktion zu thun hat und deshalb auf den Gedanken kommen könnte, sie als Privatangelegenheit zu betrachten, dies nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter sind. Also: ohne die Unternehmer, deren Geschäftsführer Herr Vued ist, geht die Produktion oder, wie Herr Vued sagt, die Industrie ihren Gang, ohne die Arbeiter kann sie nicht existieren. Es wird also den Herren auf die Dauer nicht nügen zu sagen, die Arbeiter können ja gehen, wenn sie nicht gehorchen wollen, sondern sie werden die Gleichberechtigung zugeben müssen; wir glauben, daß sie es nicht freiwillig thun werden, aber sie werden es thun.

Herr Vued, der sich den Anschein giebt, von diesem Verhältnis der Unternehmer und der Arbeiter zur Produktion nichts zu wissen,

und led auf den Herrenstandpunkt pocht, ist auch in Wirklichkeit gar nicht so siegeszuversichtlich, wie er sich giebt. Bessert er es doch gar bitter, „daß der Staat in weitgehendem Optimismus die Mittel weggegeben, die Waffen stumpf gemacht oder gar zerbrochen hat, mit denen er sich — nicht gegen die Arbeiter, das wäre nicht nötig gewesen, sondern gegen die Verderben nach allen Richtungen verbreitenden socialdemokratischen Hege und Agitatoren hätte schätzen können“.

Also ein bißchen Socialistengefetz möchte der siegeszuversichtliche Herr am liebsten wieder haben, weil ein Herr v. Verleppich die Gleichberechtigung der Arbeiter „im Sinne des Februar-Erlasses“ fordert.

Trudhsystem in Deutschland.

Durch eine Verhandlung vor dem Landgericht in Dortmund ist festgestellt worden, daß bei dem Hörder Bergwerksverein jahrelang ein dem § 115 der Gewerbe-Ordnung zuwiderlaufendes Trudhsystem bestanden hat (Geldstrafe bis zu 2000 Mark), ohne daß die Behörden etwas gemerkt haben und ohne daß die Verantwortlichen bis jetzt zur Rechenschaft gezogen wurden. Das als angebliche Wohlfahrts-Einrichtung bezeichnete System hat alle die traurigen Folgen gezeitigt, die von überall her von diesem System bekannt sind. Die Arbeiter gerieten in die drückendste Abhängigkeit vom Unternehmer, bekamen oft monatelang keinen Pfennig bares Geld in die Hände und mußten sich von den Vorgelegten die schlimmsten Verdrückungen gefallen lassen, ohne daß sie den Mut fanden, sich zu wehren oder die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen.

Schließlich fanden sich aber doch einige, die gar nichts mehr zu verlieren hatten und sich nun in der Verzweiflung an die „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund, unser Partei-Organ, wandten. Der Redakteur dieses Blattes, Genosse Düwells, ist gleichzeitig Vorsitzender der Dortmunder Filiale des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, und diese Organisation nahm sich infolgedessen für ihre beim Hörder Verein beschäftigten Berufsangehörigen der Sache an. In zwei öffentlichen Versammlungen sprach Düwells über die Zustände auf dem Werk und kritisierte das System entsprechend. Die Folge war — eine Anklage gegen Düwells wegen Beleidigung des Hörder Vereins, weil er das dort bestehende System ungeschicklich genannt und von einer Saunwirtschaft gesprochen haben soll.

Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß auf dem genannten Werke an die Arbeiter Vons ausgegeben wurden, für die sie bei einem bestimmten Warenhaufe Waren erhielten.

Wir geben einige der Zeugenaussagen hier wieder, wie sie der Verhandlungsbericht bringt; es geht aus ihnen am besten hervor, wie der Zustand war.

Zeuge Heinze, Geschäftsführer des Warenhauses, legt das Verhältnis zwischen dem Hörder Verein und dem Warenhaufe dar. Bis zum Jahre 1896 ist das Warenhaus Eigentum eines Konsumvereins gewesen, ist dann aber umgewandelt worden, der Hörder Verein war mit einer größeren Summe daran beteiligt. Die übrigen Teilhaber haben überhaupt kein Bargeld eingezahlt, sondern ihnen sind die Immobilien verpfändet worden. In sechs Jahren wurde ein Reingewinn von 13 Prozent verteilt. Es wurden nicht bloß Lebensmittel, sondern auch Manufakturwaren, Schuhe, Porzellan, Schnaps, Bier, Cigarren usw. verkauft. Nur Schnaps sollte vorchriftsmäßig auf Vons nicht verabsolgt werden. Die Vons wurden den Arbeitern am Lohn in Abzug gebracht, auch wenn dieselben noch nicht sämtlich verabsolgt waren, und soweit die Lohnsumme ausreichte.

Zeuge Heinze erklärt auf Befragen, daß das Warenhaus aufgehoben ist auf Anordnung des Hörder Vereins.

Zeuge Schröder, Rechnungsführer am Hörder Verein, bekundet, daß den Arbeitern nicht der volle Betrag der Vons vom Lohn in Abzug gebracht wurde. Wenn aber die Arbeiter z. B. für 20 M. Vons gehabt, davon aber nur für 10 M. verbraucht hätten, so würde ihnen am Lohnstage auch nur der Betrag für verbrauchte Vons in Abzug gebracht. Von den Filialleitern wurden den Rechnungsführern am Lohnschlusse Nachweise über nicht verbrauchte Vons zugeleitet und danach die Abzüge eingetrag.

Vorsitzender: Das ist ja etwas ganz Neues.

Verteidiger (zum Zeugen): Wissen Sie das bestimmt?

Zeuge bejaht die Frage. Auf die weitere Frage: Haben Sie solche Nachweise schon gesehen? erfolgt die Antwort: Nein, ich selbst nicht, aber ich weiß, daß es geschieht — andre haben mir das gesagt. Zeuge giebt schließlich auch zu, daß so verfahren worden, wie die übrigen Zeugen schon bekundet, und daß infolge des Vonsystems Arbeiter oft mehrere Lohnstage nacheinander keinen Pfennig bar Geld bekommen haben, und daß Vons ausgegeben wurden auf Lohn, der noch gar nicht verdient war.

Zeuge Kraft bezeugt ebenfalls, daß der volle Betrag der Vons, ob dieselben verbraucht waren oder nicht, vom Lohn in Abzug gebracht wurde. Häufig erhielten Leute monatelang keinen Pfennig bar Geld.

Auch Direktor Leopold bezeugt, daß der volle Betrag der Vons, ob dieselben verbraucht waren oder nicht, vom Lohn in Abzug gebracht wurden. Nach der Rede des Angeklagten hat Zeuge mit dem Gewerbetat Rücksprache genommen, wobei dieser das vom Hörder Verein beliebte Vonsystem für ungeschicklich erklärte. Darauf ist sofort die Liquidation beschlossen worden.

Generaldirektor Zull behauptet, erst Kenntnis von dem Vonsystem erhalten zu haben, als er von der Rede des Angeklagten erfuhr. Er habe die Sache dann untersucht und gefunden, daß das Warenhaus und das Vonsystem eine Wohlfahrts-Einrichtung im besten Sinne des Wortes sei. Nachdem der Gewerbetat das System für ungeschicklich erklärt habe, sei das Warenhaus aufgehoben worden, aber nur zum Schaden der Arbeiter.

Es wird nochmals der Zeuge Heinze vernommen. Er giebt zu, daß auf Vons auch bar Geld, aber gegen Provision, ausgegeben worden ist. Das sei aber verboten gewesen. Es konnte auch auf Vons oder Gutscheine bei einem Regiermeister Fleisch geholt werden. Auf ein Pfund Fleisch wurden 2 oder 3 Pfennige Gewinn geschlagen.

Der Angeklagte konstatiert, daß also auf kreditierte Waren seitens noch anderweitiger Gläubiger ein Gewinn geschlagen wurde.

Letzte Zeugin ist Frau Pillath. Sie bekundet, daß ihr Mann monatelang keinen Pfennig bar Geld ausbezahlt bekommen hat. Ihr sind monatlich 15 bis 20 M. für „Stenern“ abgehalten worden, der Rechnungsführer hat ihr Aufforderung verweigert.

Die Verhandlung endete damit, daß die Anklage aus § 186 fallen gelassen, Düwells aber aus § 185 (formale Beleidigung) zu 75 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Die Gefegwidrigkeit des jahrelang geübten Verfahrens ist also in aller Form zugestanden, es ist infolge des Eingreifens des Genossen Düwells bestrafung worden, aber Düwells wird trotzdem bestraft, während man von einer Bestrafung der Unternehmer nichts hört.

Der Prügel in der Schule.

(Etwas vom Volksschullehrer und seinen Pflichten.)

Der Bremser Hemspe hatte gegen den Lehrer Lung in Gardsle die Eröffnung eines Strafverfahrens bewirkt, indem er geltend machte, der Lehrer habe, als er ein Mädchen schlug, seinen Sohn im Auge verletzt und dann durch Herausziehen eines vermeintlichen Splitters den Zustand des Auges noch verschlimmert, statt den Jungen sofort zum Arzt zu bringen. Das Strafverfahren wurde indessen bald eingestellt, mit der Begründung, es sei Herrn Lung weder eine vorfällige noch eine fahrlässige Körperverletzung vorzuwerfen. (Der Knabe sah während der Prügelei hinter dem Lehrer.) Hemspe verklagte nunmehr für seinen Sohn den Lehrer im Civilverfahren auf Schadenersatz. Er forderte als Heilkosten 247 M., als Schmerzensgeld 400 M. und als Abfindung ein Kapital von 5000 M. — Nach der Einleitung einer Verweiserhebung durch das Gericht erhob die Regierung in Arnberg zu Gunsten des Lehrers den Konflikt. Sie ging davon aus, daß auch das Civilverfahren auf Schadenersatz unzulässig sei, weil Lung eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse nicht zur Last falle. — Die Verhandlung

vor dem Ober-Verwaltungsgericht ergab folgenden Sachbestand: Am Unglückstage sah der Lehrer, in dem Längsgange zwischen der Abteilung der Mädchen und der der Knaben stehend, die Schülerin Täubner. Unmittelbar nach einem der Schläge fing der Knabe Hempe an zu weinen. Der Lehrer nahm ihn mit ans Fenster und zog aus dem Auge, das schmerzte, etwas heraus, was er für einen Splitter hielt. Der Arzt erachtete jedoch das Entfernen für ein Stückchen hervorgesprungener Regenbogenhaut. Es entwickelte sich in dem Auge ein sog. Verlethungsglas, zu dessen Behandlung (Aussaugung der Linse) der Schüler in eine Anstalt mußte. Die Linse ist zum größten Teil aufgefallen, die Sehschärfe erheblich herabgesetzt und der Junge muß eine Starbrille tragen, d. h. ein starkes, nach beiden Seiten in der Mitte erhabenes Glas, welches die im Auge verlorene, natürliche Linse zu ersetzen hat. Natürlich wird, wie auch der Kreisarzt begutachtet, dieser Zustand dem Jungen, wenn er in das Erwerbsleben eintritt, sehr hinderlich sein.

Das Ober-Verwaltungsgericht, achter Senat, erklärte unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Tschow den Konflikt der Regierung für nicht begründet, also hat der Zivilprozeß gegen den Lehrer seinen Fortgang zu nehmen. Begründend wurde ausgeführt: Der Senat hat nicht positiv feststellen können, daß die Verletzung, wie behauptet, durch einen ins Auge geflogenen, vom Stod abgesprungenen Splitter entstanden sei. Ob in einem solchen Falle von einer schuldhaften Verletzung könnte gesprochen werden, möge dahingestellt bleiben; jedenfalls sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Stod direkt ins Auge getroffen habe. Wenn dem aber so wäre, dann könnte der Lehrer nicht freigesprochen werden von dem Vorwurf, fahrlässig vorgegangen zu sein. Der Zwischenraum zwischen der Abteilung der Mädchen und der der Jungen, wo Lung beim Schlagen stand, sei nur 94 Centimeter breit gewesen, und hier habe der Lehrer mit einem mehr als meterlangen Stod umhergeschwungen und zum Schlagen ausgeholt; unter diesen Umständen hätte er sich sagen müssen, er könnte auch ein andres Kind treffen, als die Geschlagene. Das Ober-Verwaltungsgericht könne einen Beamten gegen eine civil- oder strafgerichtliche Verfolgung nur schützen, wenn es die volle Ueberzeugung davon gewonnen habe, daß positiv eine Amtverletzung nicht vorliege, ein bloßes non liquet reiche nicht aus. Darum könne der Konflikt nicht für begründet erachtet werden. Derselbe gelte von der Frage, ob nicht H. S. Zustand verschlimmert sei dadurch, daß der Lehrer in der Meinung, einen Splitter herauszu ziehen, in Wahrheit ein Stück von der Regenbogenhaut abgerissen habe. Dem gerichtlichen Verfahren sei somit weiterer Fortgang zu geben.

Die städtische Verkehrsdeputation

hat gestern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner das von der Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Nürnberg eingereichte Projekt einer Schwebebahn beraten. Die geplante Bahn soll von dem Gesundbrunnen nach Niddorf führen. In der mehrstündigen Diskussion berichteten die Mitglieder der Deputation über die vorgenommene Besichtigung der Elberfelder Schwebebahn und über die Anwendbarkeit dieses Systems für Berlin.

Allseitig wurde die Meinung ausgesprochen, daß die Schwebebahn ein für den Schnellverkehr sehr vorteilhaftes Verkehrsmittel darstelle, welches namentlich in breiten Straßen mit Mittelpromenaden das Straßenbild nicht so verunzere, daß man deswegen von der Errichtung absehen müsse. In schmalen Straßen belaste die Schwebebahn — durch die Pfeilerfundamente etc. — allerdings den Straßenkörper über Gebühr und es erscheine aus diesem Grunde zweifelhaft, ob sich die Anlage in solchen Straßen ausführen lasse. Abgesehen von kleinen Mängeln wurden die technischen Einrichtungen der Schwebebahn als ganz vorzüglich bezeichnet, ebenso befriedigte die Beförderungsweise und Betriebssicherheit vollkommen. Der neuliche Betriebsunfall in Elberfeld könne, so behauptete man, keinen Anlaß geben, dieses Verkehrsmittel grundsätzlich abzulehnen, da ähnliche Unglücksfälle auch bei anderen Verkehrs-systemen nicht ausgeschlossen seien.

Vorher jedoch eine auch nur grundsätzliche Genehmigung zur Errichtung von Schwebebahn ausgeprochen werden könne, müsse die Verkehrsdeputation, um ein sicheres Urteil über die Inanspruchnahme des Straßenkörpers, den Einfluß auf das Straßenbild, sowie die Wirkung auf die anliegenden Grundstücke — Geräusch, Lichtentziehung durch den in Höhe der zweiten Etage anzubringenden Bahnkörper etc. — zu erlangen, darauf dringen, daß die Gesellschaft auf ihre Kosten zwei Strecken von je 100 Meter Länge herstelle. Hierdurch werde auch dem Publikum Gelegenheit gegeben, dieses Verkehrsmittel und seine Wirkungen auf die diesigen Verhältnisse kennen zu lernen, was für die Entscheidungen der Gemeindebehörden von großer Bedeutung sei.

Von der allgemeinen Erörterung zu dem eingereichten Projekt übergehend, wurden gegen dieses eine Reihe technisch schwerwiegender Bedenken erhoben und dargelegt, daß einem so allgemein gehaltenen Plan gegenüber eine Zustimmung nicht erteilt werden könne.

Es fehle, so wurde ausgeführt, an verschiedenen Straßen der vorgezeichneten Trasse der Nachweis der technischen Ausführbarkeit; ebenso mangle es an Berechnungen, von deren Prüfung es abhängt, ob das Projekt ausführbar sei. Auch der Umfang, in welchem der Straßenkörper in Anspruch genommen werden soll, müsse genau angegeben werden, weil erst dann entschieden werden könne, ob das Straßenniveau sowie das Innere der Straßen die neue Belastung ohne Schädigung anderer wichtiger Interessen ertragen können. Schließlich wurde noch der Wichtigkeitspunkt zur Erörterung gebracht, daß als Voraussetzung für jede irgendwie geartete Verhandlung zu betrachten sei, daß die Gesellschaft sich bereit erkläre, im Falle der definitiven Genehmigung einer Schwebebahn finanzielle Gegenleistungen an die Stadt für die Benutzung der Straßen zu übernehmen.

Die Deputation beschloß mit großer Majorität die Gesellschaft aufzufordern, das eingereichte Projekt durch genau bezeichnete Spezialprojekte zu vervollständigen und ihr, unter Mitteilung, daß für eine etwaige Genehmigung, finanzielle, im einzelnen noch festzusetzende Gegenleistungen an die Stadt zu erfolgen haben, anheimzufallen zwei Probestrecken von je 100 Meter Länge zu errichten. Die weitere Beratung des Projekts wurde bis nach Eingang der Antwort der Gesellschaft verschoben. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Beratung über die geplanten städtischen Straßenbahnen im Süden der Stadt ebenfalls vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die sozialdemokratischen Wähler der ersten und zweiten Abteilung werden ersucht, in allen zur Wahl stehenden Bezirken ihre Stimmen auf den Genossen Paul Singer zu vereinigen.

Erster Wahlkreis. Heute, Mittwochabend 7 Uhr, Flugblatt-Verbreitung. Die Genossen wollen sich zahlreich in den Wahlstellen bei Glaue, Straußstr. 18, Wolf, Mauerstr. 50, Nagel, Dorotheenstr. 69, einfinden.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Mittwochabend 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung für die Stadtverordneten-Wahl statt. Treffpunkt: Samke, Bülowstr. 59 (Restaurant), Scholz, Jossenerstr. 1 (Restaurant).

Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei öffentliche Wähler-versammlungen statt und zwar bei Jähle, Dönnigstr. 13, und in Habels Brauerei, Auschank, Bergmannstr. 5-6. Die Genossen Em. Burm und Otto Antrich werden über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen sprechen. Zahlreichen Besuch erwartet.

Dritter Wahlkreis. Zur Agitation für die Kommunalwahl am 17. und 18. Bezirk findet morgen, Donnerstagabend 8 Uhr, im Apollo-Saal, Sebastianstr. 39, eine Kommunalwähler-Versammlung statt, in welcher der Genosse Stadt. Curt Freudenberg über

das Thema: „Auf zur Stadtverordnetenwahl“ sprechen wird. Außerdem Diskussion. Pflicht der Parteigenossen ist es, für guten Besuch der Versammlung zu agitieren. Ferner werden alle Parteigenossen, deren Verhältnisse es gestatten, ersucht, sich am Freitag früh um 9 Uhr in folgenden Lokalen den Wählern zur Verfügung zu stellen: für den 17. Bezirk: Restaurant Wolf, Prinzenstraße 29; Restaurant Kfm u. h., Prinzenstr. 39; für den 18. Bezirk: Restaurant Wendi, Alexandrinenstraße 39; Restaurant Reffel, Sebastianstraße 38. Die Parteigenossen aus andern Wahlkreisen, welche sich auch zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich nach der Centrale, Alexandrinenstr. 39, zu begeben. Die Vertrauensleute.

Vierter Reichstags-Wahlkreis Oden.

Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, findet für den 24., 25. und 28. Kommunal-Wahlbezirk eine Flugblatt-Verbreitung statt. Auch die Genossen, die an den Stadtverordnetenwahlen nicht beteiligt sind, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: für den 24. Bezirk bei B. Littin, Vorländerstr. 61 und bei D. Wanne, Stralauer Allee 31b; 25. Bezirk bei Otto Franke, Jorndorferstr. 8; 28. Bezirk bei Schulz, Weberstraße.

Vierter Kreis (Oden) und fünfter Kreis. Am Donnerstag finden im 24., 25. und 28. Kommunal-Wahlbezirk drei öffentliche Wähler-versammlungen statt. Näheres siehe Inserat.

Die Vertrauensleute.

Achtung! Sechster Wahlkreis!

Die Genossen, welche sich am Freitag bei der Stadtverordnetenwahl zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich morgen 8 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: 31. Bezirk: Behrend, Chornerstr. 7; Bernau, Schwedterstr. 23 (Amt III, 558); Fiedler, Saarbrückerstr. 6; 37. Bezirk: Koxff, Elisabethstr. 18; Weigmann, Bernauerstr. 94; Dieck, Adlerstr. 123 (Amt III, 5114); 39. Bezirk: Reiffen, Gartenstr. 101; Michaelis, Eichendorferstr. 21; J. Kaiser, Pflugstr. 6 (Amt III, 5423); 42. Bezirk: A. Streit, Kirchstr. 22; 43. Bezirk: A. Fischer, Bahstr. 8 (Amt II, 600); 47. Bezirk: August Döge, Müllerstr. 32a; Herm. Schwandt, Seestraße 25; Adolf Abendroth, Radstr. 42/43; Joh. Fride, Marxstr. 13b (Amt II, 3157).

Die Genossen, welche nicht den ganzen Tag helfen können, werden gebeten, sich wenigstens nachmittags in obigen Lokalen zur Verfügung zu stellen. Ferner bitten wir alle Genossen, denen es irgend möglich ist, ihr Wahlrecht schon im Laufe des Vormittags auszuüben.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Sechster Wahlkreis. 42. und 43. Kommunal-Wahlbezirk! Heute abend 8 1/2 Uhr findet für beide Kommunal-Wahlbezirke in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt, in welcher der Stadtverordnete Ferdinand Ewald einen Vortrag hält über „Die Sozialdemokratie und ihre Forderungen an die Stadtverwaltung“. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vertrauensmann.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Am Freitag, den 27. November, abends 8 Uhr, finden zur Verlesung des Resultats der Stadtverordnetenwahl in Berlin 11 Volks-versammlungen statt, und zwar in folgenden Lokalen: Industrie-Festhalle, Beuthstr. 20/21; Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7; Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96; Urania-Säle, Wrangeistr. 9/10; Königsdank, Große Frankfurterstr. 117; Schäfershaus, Linienstr. 5; Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148; Wille, Brunnensstraße 188; Schmidt, Gartenstr. 9; Lehmann, Schulstr. 29; Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49. Zahlreichen Besuch erwarten.

Die Vertrauensleute.

In Charlottenburg fällt die zum Donnerstag angelegte Wahlvereins-Versammlung aus.

Lokales.

Der Stadtverordneten-Wahlen wegen muß die juristische Sprechstunde am Freitagabend ausfallen.

„Weiße Raben“.

„Die freisinnige Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung!“ Wie oft haben sich — besonders wenn Stadtverordneten-Wahlen bevorstehen — die linksliberalen Mäler Berlins gegen diesen Ausdruck gewehrt! Freisinnig soll, so fragten sie, die Mehrheit dieser Körperschaft sein? Gewiß, sie selber nennt sich so, aber den wahren Freisinn, den echten Liberalismus hat sie nicht — oder zum mindesten zeigt sie ihn nicht. Was ihr an dieser Mehrheit fehlt, das ist eine Verwässerung und Verfälschung des Freisinn, das ist jene unglückselige Art, die man Kommunal-liberalismus genannt hat, weil sie überall da angetroffen wird, wo der Freisinn in der Kommune thätig ist. Der wahre und echte Freisinn wohnt nur bei einer kleinen Gruppe der Berliner Stadtverordneten, die sich abseits hält von dem Troß der Kommunal-freisinnigen, die wie ein Häuflein weiße Raben abfliehet von dem schwarzen Gewimmel.

Wer sich auf Untersuchungen über das Wesen des Freisinn einlassen will, der wird bald merken, daß die Sache eher umgekehrt liegt. Gerade im Kommunal-freisinn zeigt der Liberalismus sein wahres Gesicht. Gerade in seiner Stadtpolitik tritt seine soziale Rücksichtslosigkeit, sein antisozialer Grundzug klar zu Tage, klarer noch als in seiner Staatspolitik. Die Kommune als eine soziale Gemeinschaft aufzufassen, widerspricht durchaus den Anschauungen des Freisinn. Es ist kein Zufall, daß Herr Cassel, der Führer des eigentlichen Kerns der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit mit ihrer antisozialsten Gruppe, zu den Getreuesten von Herrn Eugen Richters Getreuen gehört. Und es ist nur folgerichtig, daß dieser Herr Cassel immer gerade dann, wenn unter seiner Führung der sogenannte Kommunal-freisinn sich wieder einmal in ganzer Glorie gezeigt hat, auf die „freisinnige Tradition“ hinweist, an der in der Kommunalverwaltung Berlins festgehalten werden müsse. Die paar Freisinnigen, die in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung dann und wann mal etwas soziales Empfinden bezeugt haben, die oben erwähnten „weißen Raben“, handelten gegen das freisinnige Prinzip. Es war daher ganz in der Ordnung, daß sie von ihren Parteifreunden lange Zeit sheel angesehen und von der „freisinnigen Zeitung“ des Herrn Richter wiederholt gerüffelt wurden.

Wieder stehen wir jetzt vor Stadtverordneten-Wahlen, aber keiner der „Radikalen“ des Freisinn schilt heute noch auf den „Raumweichen Kommunal-Liberalismus“, keiner von ihnen verwahrt sich noch dagegen, in der Stadtverordneten-Versammlung zur „freisinnigen Mehrheit“ gezählt zu werden. Sie sind jetzt ein Herz und eine Seele, die Freisinnigen aller Schattierungen. Warum auch nicht?! Bei den „weißen Raben“ ist in neuerer Zeit eine beträchtliche Nachdunkelung eingetreten, so daß die meisten von ihnen nun kaum mehr von den schwarzen zu unterscheiden sind. Und die schwarzen haben infolgedessen ziemlich aufgehört, nach ihnen zu blicken. Man sehe sich doch die „Neue Linke“ der Stadtverordneten-Versammlung an, die sich so lange gerühmt hatte, daß sie den Liberalismus in der Kommune anders betätigen wolle als die „Alte Linke“. Hat nicht in den letzten Jahren eine immer größere Zahl ihrer Mitglieder unbedenklich mitgemacht, was die um Cassel ihnen vornahm? Noch vor wenigen Wochen hat die „Neue Linke“ in ihrer Mehrheit mitgeholfen, daß für die Urwahlen zum Landtag gegen den Vorschlag der Social-

demokratie eine Tageszeit festgesetzt wurde, zu der zahlreichen Landtagswählern der dritten Abteilung die Beteiligung an der Wahl unmöglich war. Die Verdrüßung wird jetzt in den freisinnigen Bezirksvereinen, in den Wahlversammlungen des Freisinn besiegelt. Resolutionen werden angenommen, die den Wählern alles, was freisinniger Stadtverordneter ist, ohne Unterschied zur Wiederwahl empfehlen. Strapasselos wird der „wahre“ Liberalismus mit dem „falschen“ zusammen veramscht.

Nur einer der Freisinnigen, die sich den Kommunalwählern zur Wiederwahl präsentieren, genießt noch die Ehre, aus der Gemeinschaft der Cassel, Jabobi und Konforten ausgeschlossen zu sein, aber selbst dieser Eine scheint solche Ehre sich verschmerzen zu wollen. Was warf die Cassel-Jabobische Sippe ihm vor? Er habe in der Stadtverordneten-Versammlung „oft“ mit den Socialdemokraten gestimmt! Das ist sehr unangenehm für einen Freisinnigen, der vor seine Wähler tritt; aber der Angegriffene wachte Rat. Er setzte sich hin, zählte seine Abstimmungen zusammen und teilte dann seinen Wählern in öffentlicher Versammlung mit, daß er nur zweimal als einziger der Freisinnigen mit den Socialdemokraten gestimmt hat, und daß in einigen andern Fällen ein Teil seiner Fraktionsfreunde das Wagnis mitgemacht hat. Will selbst bei diesem „weihesten“ der „weißen Raben“ das Gesieder nachbunkeln? Dann kann es am Ende auch ihm noch einmal passieren, daß der Kreis der Cassel und Jabobi ihn in Gnaden aufnimmt.

Bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen macht der gesamte Berliner Freisinn gemeinsame Sache. Möge ihm die gewerbliche Bevölkerung Berlins, unzufrieden mit der freisinnig-kommunalen Wirtschaft, eine gemeinsame Niederlage bereiten! Die Wähler-schaft der dritten Abteilung summe am 27. November für die Sozialdemokratie, die allein willens und im Stande ist, eine vernünftige und gerechte Kommunalpolitik zu treiben.

Nachklänge von der Landtagswahl.

Wer den Schanden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Die Wahrheit dieses Sprichworts ist wohl selten jemand bitterer zu Gemüte geführt worden als unsern Liberalen, die Dank ihrer Feigheit bei der Letzter Landtagswahl wie die begoffenen Hunde abziehen mußten. Interessant ist, daß diesen Herren auch von den Leiborgan des Landrats v. Stubenrauch, dem „Teltower Kreisblatt“ schlecht für ihr Wohlverhalten, für ihre Rücksichtnahme nach oben, gedankt wird, die doch erst die Wiederwahl zweier Reaktionen ermöglichte. Freilich schimpft das Blatt auch vorwärtsmäßig auf die Sozialdemokratie. Aber dieser Wutausbruch, der sich bis zu Ausdrücken wie „bestialische Gemeinheit“ verheißt, hat seine Ursache in untrer Gefährlichkeit, in der konsequent legalen Art, mit der wir das Unrecht der Dreiklassenwahl von neuem der allgemeinen Verachtung preisgegeben haben. Unser pflichtgemäßes Verhalten entlockt dem Kreisblatt sogar den Stoßseufzer, daß es so nicht weiter gehen kann, ein Verzeichnis, das angeht die Unmöglichkeit, das Dreiklassenwahl-Unrecht noch erbärmlicher zu gestalten, doch den bei einem Amtsblatt immerhin anerkennenswerten Wunsch in sich schließen muß, diesem Unrecht wenigstens scheinbar einen Anstrich von Sittlichkeit zu verleihen. Ueber die freisinnige Feigheit spottet aber das Blatt des Herrn v. Stubenrauch:

Wo waren die liberalen Herren nach 1 Uhr? Die letzte Geltigkeit hatten die meisten nicht überwinden können: sie zogen das warme Bett der Verteidigung der nationalliberalen und freisinnigen Idee vor.

Das „Teltower Kreisblatt“ ist Amtsblatt und daher Organ der konservativen Partei. Als solches hat es selbstverständlich das Verhalten der Reaktionen über den grünen Klee zu loben; leider wird diese unter den preussischen Zuständen ja selbstverständliche Aufgabe von dem Blatt insoweit ungeschickt gelöst als es dabei Sentimentalität markiert. Unter andern rührenden Geschichten von dem Opfermut, mit dem die konservativen Wahlmänner der Gefährlichkeit unserer Parteigenossen gegenüber standgehalten haben, findet sich diese:

Ein schwerkranker, konservativer Wahlmann sah im Belz eingehüllt bis früh gegen 5 1/2 Uhr auf seinem Plage und ließ sich von seinem Dienstmädchen pflegen und dann nach Hause bringen. „Ich habe versprochen, als Wahlmann hier zu sein und wenn ich sterben sollte, ich halte aus!“, so rief der brave Mann, den man vergeblich hat, doch lieber nach Hause zu gehen.

Wenn unsere Parteigenossen diesem Wahlmann gegenüber den Boden des Gefeges anheimend verlassen haben, so geschah es unserer Meinung nach aus falscher Courtoisie, die sie davon abhielt, auf Ausweisung eines weiblichen Wesens zu bestehen. Besser wäre es gewesen, dem armen Mädchen die Kadstrübe zu verschaffen, die ihr „Herr“ ihr anscheinend recht rücksichtslos und unmitdriert geraubt hat. Denn man müßte doch an aller Menschlichkeit verzweifeln, wenn nicht ebenso gut wie das arme Dienstmädchen ein konservativer Wahlmann sich zur Pflege seines kranken Parteigenossen bereit gefunden hätte. Und wenn wirklich die konservative Hilfe verjagt hätte, so wären gewiß Socialdemokraten genug zum Samaritertwerk bereit gewesen; haben diese doch, humanen Geistes voll, sogar mit ihren politischen Gegnern die Butterkuchen geteilt. Siehe den Bericht des Herrn Trojan, den wir gestern im Auszuge wiedergegeben haben.

Aber nicht nur von den Gegnern sondern auch aus den eigenen Reihen müssen die Liberalen sich ihre Feigheit bestätigen lassen. In einer Rede, die Dr. Veruske in Montagabend im Poissdamer-Thor-Bezirksverein gehalten hat, sagte dieser Herr nach der „Volks-Zeitung“ u. a.:

Die (von den Freisinnigen) beleidigten Socialdemokraten hätten ausgeharrt mit ihren Schmalzflüssen, die Freisinnigen hätten sich nach ihrem heimatlichen Abendbrot geseht. Die Form des Protestes sei allerdings bei den Socialdemokraten nicht immer ganz der Art der gebildeten Leute entsprechend gewesen, aber kein Bürgerlicher hätte gleich gehandelt wie sie. Ihre Ausdauer bei der Wahl sei geradezu ein Heldentat gewesen.

Ähnlich sagt Reichstags-Abgeordneter v. Gerlach im „Tag“: Wer nicht blind ist oder sich blind stellt, muß doch sehen: die Schuldigen bei den so unendlich bedauerlichen Siegen der Reaktion in Breslau, Charlottenburg und Bielefeld sind allein die Liberalen. Die Socialdemokraten wären Karren gewesen, wenn sie anders gehandelt hätten, als sie gethan haben.

Und über die Wahlbeteiligung unserer Parteigenossen an sich fährt Herr v. Gerlach aus:

Man versehe sich nur einmal in die Seele eines Arbeiters, namentlich zu den Zeiten knapper Arbeitsnachfrage, der an den Wahltag treten soll, wo sein Arbeitgeber als Wahlvorsteher fungiert. Schlimmerweise hat man seinen eignen Werkmeister als konservativen Wahlmann aufgestellt. Unter den Augen seines „Vorgesetzten“ soll er gegen seinen unmittelbaren Vorgesetzten stimmen. Er hat Frau und Kinder zu ernähren. Alles steht er aufs Spiel, wenn er nach seiner Ueberzeugung stimmt. Heroismus gehört in solchem Falle dazu, socialdemokratisch zu wählen. Daß die Socialdemokratie unter solchen Umständen Hunderttausende an den Wahltag bringt, das scheint mir fast ein größerer Triumph als alle ihre Reichstagsstiege. Eine Unsumme von Disziplin, von Begeisterung und von Tapferkeit siedt in den Tausenden von Wahlmännern der Socialdemokratie.

Und über unser Verhalten am Wahltag:

Erstauslich genug ist es, wie die Socialdemokratie der technischen Schwierigkeiten schon jetzt so Herr geworden ist, daß mancher Verwaltungsbeamte von ihr lernen könnte. Man las in diesen Tagen in der bürgerlichen Presse bis weit in die Kreise der „liberalen“ Blätter hinein zahllose Beschwerden über das Verhalten der socialdemokratischen Wahlmänner. Mag sein, daß man da und dort über das Ziel hinausgeschossen ist. In der Mehrzahl der Fälle haben die Socialdemokraten jedenfalls weiter nichts gethan, als auf strikte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zu bestehen. Das war nicht nur ihr gutes Recht, sondern sogar ihre Pflicht, so unangenehm es für alle beteiligten Wahlmänner auch sein mochte. Einem in seiner Grundlage so schändlichen und in seiner Ausführung so schändlichen Gesetz gegenüber, wie es die preussische Dreiklassenwahl ist, ist jede gesetzliche Befämpfung und Diskreditierung verdienstvoll. Was man thun kann, um es den herrschenden Klassen zu vererben, muß man thun. Wirklich liberale Männer sollten in jedem solchen Fall den Socialdemokraten beistehen. Aber wer ist denn noch wirklich liberal? Der 12. und der 20. November haben gezeigt, daß der Liberalismus moralisch noch schwächer ist als ziffernmäßig.

Mit diesen Urteilen ihrer Gegner kann die Socialdemokratie zufrieden sein. Der Liberalismus aber hat selbst nach der Bekundung aus dem eignen Lager bei den Landtagswahlen den Rest auch der Selbstachtung verfehrt. Sache unsrer Parteigenossen in Berlin ist es, bei den

Stadtverordneten-Wahlen

am 27. November mit der freisinnigen Erbärmlichkeit von neuem Schranke zu machen!

Die Abgeordnetenwahl für Nieder- und Oberbarnim hat bekanntlich in Bernau in der dortigen Kirche stattgefunden. Ueber die Vorgänge bei der Wahl bringt der orthodox-konservative „Reichsbote“ ein Bild, das des Schauerlichen gar viel enthält. Das fromme Blatt schreibt:

Hier protestete ein junger Mensch von der Kanzel herab mit der Schnapsflasche, und mit Geheule wurde dieser „Witz“ quittiert, dort wankte ein Betruener zum Altar und glüdete unverdrossen die großen Kerzen an, wie oft sie auch von andern wieder ausgelöscht wurden; dort am Altar hatte sich eine Schar ebenfalls junger Leute zu einem „Rauchverein“ zusammengethan, es wurde tapfer dem Schnaps zugesprochen, die Unterhaltung läßt sich nicht wiedergeben. Jetzt hatten sechs Mann die Kanzel erklommen, und während einer von ihnen einen Prediger nachzuweisen suchte und die Hände wie zum Segnen erhob, amüsierten sich die andern darüber; einer hatte sogar eine brennende Cigarre dabei im Munde. Der Herr selbstretende Wahlkommissar wurde auf diesen Aergernis erregenden Anlauf aufmerksam gemacht und auf sein mehrmaliges Bitten wurde die Kanzel widerwillig geräumt. Doch schon nach kurzer Zeit betrat sie wiederum ein junger Mensch, um von dort aus mit einer brennenden Stalllaternen, die er bei sich führte, seinen Parteigenossen gewisse Zeichen zu geben. Diese Zeichen wurden auch verstanden, und der ganze Schwarm zog lachend, rauchend, lärmend hinter dem Laternenträger her zum Altarraum, woselbst die Genossen Posto fachten, um geschlossenen den Ausfall der Wahl abzuwarten.

Verärgerte Schredensbilder muß man, wenn sie von interessierter Seite an die Wand gemalt werden, sehr vorsichtig bewerten. Den Frommen mag es schon ein Greuel sein, wenn während der auf viele Stunden berechneten Wahlhandlung von eifrigen Wahlmännern der sich erklärlichweise auch in einer Kirche einstellende Hunger gestillt wird. Auch kann man in Handlungen und Gebarden, die nichts weniger als ungebührlich sind, mit Voreingenommenheit und bösem Willen gar viel Abscheuliches hineinbringen; vernünftige und vorurteilsfreie Leute dagegen werden, auch wenn sie der Socialdemokratie nicht angehören, sich sagen, daß man auch in einer Kirche profane Handlungen ertragen muß, wenn dieser Raum wie gegeben für profane Zwecke hergegeben wird. Immerhin stehen wir gar nicht an zu erklären, daß wir es ungebührlich und verächtlich finden, wenn die Gefühle Andersdenkender mutwillig verletzt werden; und haben Parteigenossen von uns sich wirklich der geschuldeten Anziemlichkeit schuldig gemacht, so erscheint uns dies doppelt bedauerlich. Es war Pflicht und Schuldigkeit der socialdemokratischen Wahlmänner, das Dreiklassen-Wahlrecht durch rücksichtslose Anwendung aller im Gesetze nur irgendwie zulässigen Mittel der allgemeinen Verachtung preiszugeben. Aber dahin gehört nicht die mutwillige Verletzung religiöser Empfindens. Diese läßt sich auch nicht durch die bedauerliche Thatsache rechtfertigen, daß die Gegner vielfach unsre Ideale in den Kot zerren; in solchem Falle sollen wir zu hoch stehen, um Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Dies im allgemeinen. Aber vorläufig fällt es uns, wie gesagt, gar nicht ein, auf den Schauerbericht des „Reichsboten“ Stein und Bein zu schwören.

Bezirksvorsteher als freisinnige Agitatoren. Es finden sich in Berlin Bezirksvorsteher, die ihren Amtsstempel in den Dienst freisinniger Bahngatation stellen. Uns gelangt ein vom 19. d. M. datierendes Schreiben dieses Inhalts zur Kenntnis:

„Gechter Herr! Auf beifolgender Liste begeben Sie die freisinnigen Wähler ihres Hauses mit einem P zu bezeichnen und die nähere Wohnungslage anzugeben. Im voraus bestens dankend zeichne mit freundlichem Gruß...“ (folgt Name und Zusatz: Bezirksvorsteher.)

Wenn die Freisinnigen die Ausforschung der Hausbewohner auf ihre Zugehörigkeit zu ihrer Partei betreiben, so ist es doch keinesfalls unangenehm, daß das kommunale Amt für die Beförderung dieser Parteibestrebungen eingesetzt wird.

Russische Polizei in Charlottenburg. Die Charlottenburger Polizeibehörde erweist sich bereits wieder hilfreich den russischen Wünschen. Am Montagnachmittag wurde bei dem Arbeiter Ehrenpfort in der Kantstr. 108 eine Hausdurchsuchung abgehalten. Die Hausdurchsuchung dürfte lediglich mit der Thatsache in Verbindung stehen, daß bei demselben früher Russen gewohnt haben.

Polizeilich inhaftiert wurde zum Teil ein am letzten Sonnabend von der freizeidigen Gemeinde in Kellers Festivals veranstaltetes Festvortrag. Es war die Aufführung eines Theaterstücks geplant worden, doch wurde diese sowie auch der im Programm angelegte Ball von einem im Saal erschienenen Polizeibeamten unterjagt. Das Vergnügen war nämlich nach der Argumentation dieses Herrn ein öffentliches, und zwar deswegen, weil ein Kriminalbeamter nach einem Sonntags-Vortrag in der Gemeinde eine Eintrittskarte gekauft habe. Immerhin konnte das Theaterstück trotz des Verbotes ausgeführt werden, während der Ball unterbleiben mußte; hatte doch der Beamte gedroht, den Saal mit Gewalt räumen zu lassen, wenn gelangt würde. In der wohl ohne Zweifel stattfindenden Gerichtsverhandlung wird sich herausstellen, ob der Kriminalbeamte sich als Mitglied der Gemeinde ausgegeben hat, als er das Billet kaufte, oder ob er den Assistenten des in Gedränge wider dessen Willen zum „unrechtmäßigen“ Verkauf einer Karte zu veranlassen wußte. Immerhin bleibt dieser Fall für die Wirksamkeit der Polizei charakteristisch.

Ein großer Brand kam in der letzten Nacht in der Brangelstraße 70 an der Cuvrystraße aus unbekannt gebliebener Ursache zum Ausbruch. Als die Feuerwehr, von drei Seiten alarmiert, an der Brandstelle erschien, hatten die Flammen, vom Sturme gepeitscht, schon den Dachstuhl des Vorderhauses erfaßt. Ueber die verqualmten Treppen und eine große, an der Front des Hauses aufgerichtete mechanische Leiter wurde unter der Leitung des Brandinspektors Transferteil mit gewohnter Bravour vorgegangen. Aus vier Schlauchleitungen von Dampfstrahlen wurde kräftig Wasser gegeben und dadurch die Flammen auf den einen Dachstuhl, der mit dem Inhalt der Bodenkammern ausgebrannt ist, zu beschränken. Der Schaden ist sehr bedeutend, leider sind auch einige Mieter, die nichts verschifft haben, hart betroffen. Ferner mußte gestern Abend in der Andreasstr. 48 ein Schaufensterbrand

und in der Andreasstr. 32 ein Feuer in einer Bäckerei gelöscht werden. Papier u. a. brannte in der Dresdenerstraße 133 und Dresdenerstr. 79 im Erdgeschoß auf dem zweiten Hofe eine Buchdruckeri. Gummischläuche an einem Gasmotor und Gas brannten dort. Wohnungsbrände wurden aus der Pantstr. 50 und Schönhäuser Allee 33/34 gemeldet.

Durch einen Sturz in den Fahrstuhl ist der 32 Jahre alte Hausdiener Max Priemer aus der Blicherstr. 35 gestern Abend tödlich verunglückt. Priemer war im „Buchhändlerhof“ zwischen der Mauer- und Wilhelmstraße angestellt und fuhr dort gestern Abend um 8 1/2 Uhr in den vierten Stock hinauf, um einen Saal auszufegen. Oben angekommen, veräuerte er es, den Fahrstuhl gehörig einzuschalten. Während er nun bei der Arbeit war, senkte sich der Stahl langsam und geräuschlos, so daß er es nicht merkte. Mit dem Ausfegen nach einer Viertelstunde fertig, ging Priemer zum Schacht zurück und that in der Meinung, daß der Stahl noch oben stehe, einen Schritt vorwärts und stürzte nun halbtot in die Tiefe hinab. Mit zerstückelten Gliedmaßen und unzähligen Verletzungen blieb er unten liegen. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schanzenweg gebracht. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Diebstahl im Central-Hotel. Verschiedene Fremde im Central-Hotel machten gestern die unliebsame Entdeckung, daß ihre Zimmer von einem Diebe heimgesucht waren. Während sie sich an der Mittagstafel befanden, hatte der Dieb vom Dache aus sich Eingang nach dem dritten Stock über den Wintergarten verschafft und hier fünf Zimmer geöffnet. Er hatte dann mit einem scharfen Instrumente die Lederkoffer und -Taschen der Hotelgäste aufgeschlitten und die darin befindlichen Wertgegenstände mit sich gehen lassen. In einem Zimmer erbeutete er mehrere Tausend Rubel in russischen Papieren. Ueber die Höhe der Beute ist sichere Auskunft nicht zu erlangen, da die Hotelgäste von der Verwaltung stets aufgefordert werden, ihre Schmuckstücke und sonstigen Wertgegenstände zur Aufbewahrung abzugeben. Dieses geschieht jedoch in vielen Fällen nicht. Der benachrichtigten Kriminalpolizei ist es noch nicht gelungen, des Diebes habhaft zu werden.

Ein junger Taschendieb, der der „Schule“ des galizischen „Meisters“ Feldbaum entstammt, ist jetzt zum drittenmal der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Der jetzt erst 16 1/2 Jahre alte Handwerkerlehrling Jakobowicz wurde von dem internationalen Taschendieb Feldbaum aus Galizien hierher gebracht und in die Kunst des Taschendiebstahls theoretisch und praktisch eingeführt. Schon bei den ersten selbständigen Versuchen erwischte, kam er bald nach Plöngensee. Nach Verbüßung der Strafe nahm sich der Meister seiner wieder an, d. h. er mußte ihn weiter aus, um sich von ihm die gefüllten Geldbörsen anderer Leute zutragen zu lassen, während er sich selbst im sicheren Hintergrunde hielt. Das zweite Mal gefaßt, erhielt der junge Dursche ein halbes Jahr Gefängnis. Als er nun wieder entlassen wurde, trennte er sich von seinem Lehrmeister und verband sich mit einem gewissen Hamburger, einem jungen Menschen von 19 Jahren, ebenfalls einen Schüler Feldbaums. Diese beiden machten jetzt auf eigene Faust die Bahnhöfe unsicher. Auf dem Schlesischen Bahnhof sah jüngst ein Kriminalbeamter, wie Jakobowicz sich unter Auswanderer mischte, und einem, der auf einer Bank eingenickt war, das Portemonnaie wegnahm. Bevor der Beamte zugreifen konnte, war der behende Epithese verschwunden. Jetzt aber erwiderte ihm auf dem Bahnhof Friedrichstraße sein Geschick. Der Kriminalpolizei zugeführt, nannte er sich hartnäckig Jurasski. Auch als man ihm aus dem Verbrecheralbum seine eigene Photographie vorlegte, bestritt er noch, Jakobowicz zu sein. Erst als man ihm das gestohlene Portemonnaie aus dem Versteck in den Kleidern herausholte, gab er es zu. Wie alle Taschendiebe, die gefaßt werden, wollte er gerade erst in Berlin angekommen sein. Nach dem Schema der Feldbaumschule will er der Kriminalpolizei vortreiben, daß er seine nach London auswandernde Schwester von der galizischen Heimat bis Berlin begleitet habe.

Ueber die Thätigkeit der Kriminalpolizei berichteten wir gestern mit einer Anzahl Berliner Blätter nach einer Korrespondenz anlässlich der Verhaftung des Schlossermeisters Adolf Schallhammer in der Freienwalderstraße 30. Danach sollte Schallhammer wegen Betruges, Urkundenfälschung und Körperverletzung seit drei Jahren von mehreren Staatsanwälten verfolgt und von der hiesigen Kriminalpolizei gesucht werden. Das ist aber irrig. Schallhammer ist vielmehr im Dezember 1901 in Eberstadt wegen Verleumdung und Freiheitsberaubung, die er sich in einem Streite mit einem Gerichtsvollzieher schuldig machte, zu einer Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dem Antritt der Strafe hatte er sich bisher entzogen, weil er seine starke Familie, Frau und sechs Kinder, nicht ohne Ernährer lassen wollte. Uebrigens ist auch die Verhaftung bereits am 9. November erfolgt.

Beim Stiftungsfest des Wahlvereins in der Neuen Welt ist ein Ohring gefunden worden, der bei Stieler, Prinz Handjerystr. 43, I, abgeholt werden kann.

Theater. Der nächste Londächter-Abend des Schiller-Theaters, der Sonntag, den 29. d. M., im Bürgerlaale des Rathauses stattfindet, bietet eine Wiederholung des Johann Sebastian Bach-Abends. — Im Residenz-Theater findet heute die Erstaufführung des französischen Schantes: „Ein Seitensprung“ („La Carotte“) von G. Verr, Desbrie und Guillemand statt, dem das einaktige Lustspiel: „Der zündende Funke“ von Ed. Pauleton vorangeht. Beginn 7 1/2 Uhr. — Die 258. Versammlung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, im Schiller-Theater O. statt. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Der Talsman“ von Ludwig Fulda. — Central-Theater. Am Mittwoch finden zwei Vorstellungen statt; nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen die Kinder-Vorstellung: „Der gestiefelte Kater“. Jeder Erwachsene kann ein Kind frei einführen. Am Abend wird „Der Kaiserhinder“ wiederholt.

Auf Veranlassung des „Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin“, e. V., und des „Zweigvereins Berlin des Vaterländischen Frauenvereins“ spricht Freitag, den 27. November 1903, abends 8 Uhr, im Bürgerlaale des Rathauses Herr Sanitätsrat Professor Dr. Lazarus über: „Das Herz in seiner Bedeutung für Leben und Arbeit“. Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Socialdemokraten haben bei den Stadtverordnetenwahlen einen schönen Erfolg errungen; aber unsre Genossen dürfen auf ihren Lorbeeren nicht ausruhen, sie müssen sich vielmehr zu neuen Kämpfen rüsten. Unter den Gewählten befinden sich nämlich die Genossen Girsch und Vogel, die beide bereits Stadtverordnete sind und deren Mandate erst nach zwei bzw. vier Jahren ablaufen. Die Genannten sind also zur Zeit „doppelte“ Stadtverordnete. Natürlich müssen sie sich entscheiden, ob sie die neue Wahl annehmen oder ihre jetzigen Mandate niederlegen wollen. In beiden Fällen haben zwei Bezirke demnächst Neuwahlen vorzunehmen. Der Grund der Kandidaturen Girsch und Vogel ist darin zu suchen, daß im ersten, zweiten und achten Bezirk je ein Hausbesitzer gewählt werden mußte. Parteigenossen, die im glücklichen Weinbesitz eines Hauses sind, zählen wir in Charlottenburg nicht allzu viel, und so mußten denn unsre eignen „Hausagrarien“ in die Schranken springen, um zu verhindern, daß uns gehörige Bezirke den Gegnern ausgeliefert werden. Lieber mögen diese Bezirke unvertreten bleiben, als daß ein Anhänger der Bourgeoisie von ihnen ins Stadtparlament entsandt wird. Durch diese Taktik erhebt die Socialdemokratie gleichzeitig Protest gegen das unsinnige Privileg der Hausbesitzer.

Von den Bezirken, in denen wir streiten, waren vier bereits in unsrem Besitz. Neu erobert haben wir die Bezirke 1 und 6, letzteren

allerdings mit knapper Mehrheit. Besonders erfreulich ist der Sieg im ersten Bezirk (Westend), der bisher stets durch erzkonservative Stadtverordnete vertreten war. Daß diese Hochburg der Konservativen von uns mit Erfolg bestürmt ist, ist ein erfreuliches Zeichen der wachsenden Macht der Socialdemokratie Charlottenburgs.

Im siebenten Bezirk kommt unser Kandidat mit dem Liberalen Dr. Spiegel in Stichwahl. Genosse Rosenkhat hat hier 411, Dr. Spiegel 412 Stimmen erhalten, 2 Stimmen waren zerstückelt. Unsre Auswärtigen sind also auch hier recht günstige.

Selbst im achten Bezirk, der sich von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisstraße bis zum Kollendorferplatz erstreckt, hat sich unsre Stimmenzahl über Erwarten vermehrt, sie ist von 125 auf 202 gestiegen. Hier findet Stichwahl zwischen einem Freisinnsmann und einem „Unpolitischen“ statt. Das Verhalten der Liberalen bei der Landtagswahl hat unsre Genossen veranlaßt, für die Stichwahl Stimmenthaltung zu proklamieren. Mögen die bürgerlichen Parteien den Kampf allein ausfechten!

Schöneberg. Der Stadtverordneten-Versammlung lag am Montag nur eine wenig umfangreiche Tagesordnung vor. Der wichtigste Punkt war jedenfalls die vom Magistrat eingebrachte Vorlage betreffend Einsetzung einer gemischten Deputation zur Vorbereitung der Einstellung eines automobilen Löschzuges. Erforderlich gemacht haben soll sich ein solcher Zug aus Anlaß eines kürzlich in der Hamburgerstraße stattgefundenen Brandes, bei dem die hiesige Feuerwehr infolge der zu weit Entfernung nur verspätet hat eingreifen können. Das Projekt einer im Berliner Ortsteil zu errichtenden Feuerwehr ist bereits in Vorbereitung. Die aus zwei Magistratsmitgliedern und vier Stadtverordneten bestehende Deputation soll umgehend gebildet werden, um die erforderlichen Erhebungen anzustellen. — Sodann stimmte die Versammlung der Errichtung einer Elementarlehrerstelle an der Realschule, sowie der endgültigen Regulierung eines Teils der Speicher- und Barbarossastraße zu und bewilligte 500 M. für Abtretung des Vorgartenlandes vor dem Grundstück Hauptstr. 25 (neben dem Hauptpostamt). — Zur Regulierung der Baumpflanzungen der Straßen im Friedenauer Ortsteil werden sodann noch 1550 M. zur Verfügung gestellt.

Vermischtes.

Eine „Ehe-Trrung“ spielt in der bürgerlichen Presse eine beträchtliche Rolle. Verschiedenen Blättern zufolge soll die Prinzessin Friedrich Ernst von Schönburg-Waldenburg seit 14 Tagen mit ihrem Kutscher verschwunden sein. Anbauende Nachforschungen haben noch keine Anhaltspunkte über ihren gegenwärtigen Aufenthalt ergeben. Die im 28. Lebensjahre stehende Prinzessin Alicia, die jüngste Tochter des Prinzen Carlos von Bourbon, ist seit 1897 mit dem Prinzen Friedrich Ernst von Schönburg-Waldenburg vermählt. Dieser Ehe ist im Vorjahre ein Sohn entsprossen. Es wird bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß vor Jahren eine andre Tochter des Prinzen Carlos, die Prinzessin Elvira, durch ihre Flucht mit dem Maler Jolahi ebenfalls sensationelles Aufsehen hervorgerufen hat.

Eigentlich sollten diese Dinge niemand etwas angehen, und man würde wohl auch kaum Notiz von der Angelegenheit genommen haben, wenn eine Kommerzienrätsgattin oder Schustersfrau mit einem Kutscher durchgegangen wäre. Rahgebend dafür, ob ein solcher Fall in der Deffinitivität breitgetreten werden soll, ist da der Zufall der Geburt. Wir erinnern uns, daß vor jetzt elf Jahren ein großes Geschrei über journalistische Sittenverwilderung erhoben wurde, als das allerdings sehr sensationellste „Berliner Tageblatt“ von der Tochter eines in Brandenburg lebenden Generals die zwar unwaare, aber an sich ja gar nicht einmal beleidigende Mitteilung gebracht hatte, daß sie einen einfachen Soldaten in ihr Herz gefaßt hätte. Der Redakteur Darich wurde damals wegen dieser Meldung zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt, obendrein beging der General auf der Redaktion einen Mordversuch an dem Armen. Diese eigentümliche Selbsthilfe wurde von vielen Blättern gebilligt oder doch entschuldigend. Eine Generalstochter konnte also wenigstens damals ansehend noch nicht auf den Vorzug Anspruch machen, als öffentliche Angelegenheit zu gelten. Wie nun, wenn auch im Falle der Prinzessin v. Schönburg der Gatte oder auch der Kutscher wegen der Publikation dieser Privatangelegenheit Selbsthilfe verübt? Ob dann auch über Verwilderung nicht des Prinzen oder des Kutschers, sondern der Presse gellacht würde?

Ueber Stürme, Hochwasser und Schiffsunfälle liegen auch heute eine Reihe Nachrichten vor:

Breslau, 21. November. Das Hochwasser, welches infolge der im Miesengebirge und im Hirschberger Thale niedergegangenen gewaltigen Schneemengen eingetreten war, fällt wieder langsam. Gestern nachmittags 5 Uhr betrug der Wasserstand 5,13, heute früh 5,10 Meter.

Stolz in Pommern, 21. November. Im Stolzmlinder Hafen schlug der Sturm das Motorboot der Hafenverwaltung um, wobei ein Mann der Besatzung ertrank.

Ostende, 21. November. Die auf der Fahrt von London nach Friedrichshall (Norwegen) begriffene norwegische Post „Standley“ wurde am Sonntag in der Nähe des hiesigen Hafens von einem Sturm erfaßt und legte sich infolge dessen auf die Seite. Die aus zehn Mann bestehende Besatzung rettete sich an Bord einer in der Nähe befindlichen Barkasse, welche die Mannschaft in Ostende ans Land setzte. Einige Stunden danach trafen mehrere Ostender Fischerboote die „Standley“ und entsandten sechs Mann zu derselben, um sie wieder in ihre natürliche Lage zu bringen. Hierbei schlug die Bark um und sank Fischer ertranken.

Stavanger, 21. November. Gestern Abend gegen 11 Uhr strandete an der hiesigen Küste ein großer Dampfer, wahrscheinlich die der Norden Hjalöle Dampfschiffahrt gehörende „Victoria“. Rettungsversuche sind infolge des herrschenden Sturmes unmöglich. Fünf Leichen sind bereits an Land getrieben; mehrere Personen hängen noch in den Masten.

Ein furchtbarer Arbeitsunfall hat sich in Dortmund ereignet. Der Dortmundener Zeitung zufolge wurden auf der Dortmundener Union gestern beim Reinigen eines Gastroges zwölf Arbeiter betäubt. Drei von ihnen konnten nicht wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Eine Demonstration der Geschwornen. Aus Halle a. S. wird uns vom Montag berichtet: In der heutigen Schwurgerichtssitzung, in der gegen den Knecht Franz Plättner aus Reinshald wegen Weineids verhandelt wurde, kam zur Sprache, daß seitens des Anklägers Böhm, vor dem der Angeklagte im Amtsgericht zu Ermessen den Weineid geleistet hatte, eine Unvorsichtigkeit begangen worden sei. Der Angeklagte, der verheiratet ist, hatte mit einem Dienstmädchen geschlechtlichen Umgang gehabt und dieses in einem Alimentationsprozeß, um dem Mädchen beizuhelfen, eidlich in Abrede gestellt. Seitens des Richters lag nun insofern ein Versehen vor, daß P. damals nicht darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß er auf Grund der Selbstbezeugung wegen Gebrauchs berechtigt gewesen war, sein Zeugnis zu verweigern. Nachdem der Obmann der Geschwornen das Schuldig ausgesprochen hatte, hielt er eine längere Rede gegen den Amtsrichter Böhm und erklärte, er sei von sämtlichen Geschwornen beauftragt, den Angeklagten der ganz besonderen Milde des Gerichts zu empfehlen. Die Geschwornen mußten sich darauf noch einmal zurückziehen und der Angeklagte erhielt neun Monate Gefängnis.

Zur Auffindung der Nordenskjöld'schen Expedition wird weiter berichtet: Es sieht jetzt fest, daß Charcot seine Expedition nicht unterbrochen wird. Charcot hat seine Freude darüber ausgedrückt, daß Nordenskjöld und seine Begleiter gefunden sind. Die Expedition wird sich nun selbst wissenschaftlichen Forschungen widmen und so bald als möglich nach Grahamstown abgehen.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. November 1903. Kälter, teilweise heiter, jedoch unbeständig mit geringen Niederschlägen und häufigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verfammlungen.

Für den zweiten Kommunal-Wahlbezirk fand am Montag im Markgrafenkino in der Markgrafenstraße eine Wählerversammlung statt, die recht gut besucht war. Der Kandidat des Wahlbezirks, Genosse Valdek Manasse, beleuchtete die Mißstände, die auf den verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung herrschen, rügte zumeist die großen Mängel unseres Gemeindefinanzwesens und zeigte, wie es einzig und allein der Socialdemokratie vorbehalten ist, alle diese großen und wichtigen Kultur- aufgaben, die die Vertreter des reaktionär gewordenen Freisinn vernachlässigen, zu lösen. Der Redner wies ferner darauf hin, daß unsere Vertreter, trotzdem sie infolge des schändlich ungerechten Wahlsystems nur eine Minderheit im Stadiparlament bilden, schon manchen Vorteil erzielt haben und gleichsam zum Gewissen der Stadtverordneten-Versammlung geworden sind. Zum Schluß forderte der Redner die Parteigenossen auf, nicht nur ihre Stimme abzugeben, sondern sich alle erdenkliche Mühe zu geben, auch die noch fernstehenden und Gleichgültigen zu gewinnen und aufzuklären. Dieser Mahnung schloß sich der Vorsitzende, Genosse Dypel an und machte noch besonders darauf aufmerksam, daß die bevorstehende Wahl, am 27. November von morgens 9 bis abends 8 Uhr dauert, es den Wählern also möglich gemacht ist, ohne Arbeitszeitverlustrum ihre Stimme abzugeben. Der Vorsitzende forderte ferner zum Besuch der noch bevorstehenden Wählerversammlungen, sowie zu regen Beteiligungen der Flugblattverbreitung auf.

Die Kommunalwähler-Versammlung, die am Montag in der Kronenbrauerei in Moabit tagte, war gut besucht. Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden dem Vortrage des Genossen Fannkusch, welcher die Mängel aufzeigte, die auf dem Gebiete des Schulwesens, der Krankenhäuser und anderer Zweige der städtischen Verwaltung bestehen. Der Freisinn, welcher unfähig ist, eine großzügige Kommunalpolitik zu treiben, wie sie das Interesse des Gemeinwohles erfordert, muß wenigstens aus der Vertretung der dritten Wählerklasse vertrieben werden. Die Parteigenossen müssen auch bei diesen Wahlen dahin wirken, daß die Zahl der Vertreter der Socialdemokratie in der Stadtverordneten-Versammlung vermehrt und unsere Fraktion dadurch in den Stand gesetzt wird, die Interessen der Arbeiterklasse im Stadiparlament noch erfolgreicher als bisher zu vertreten und die rücksichtslosen Anschauungen und Bestrebungen der Gegner zu bekämpfen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage richtete der Vertrauensmann Fischer an die Versammlung eine Aufforderung zur regen Beteiligung an den Wahlarbeiten. Jeder Genosse möge unsere Agitation mit aller Kraft unterstützen. Den 43. Wahlbezirk, der bereits in unserem Besitz ist, muß auch bei dieser Wahl in unseren Händen bleiben. Ferner ist es unsere Aufgabe, den 42. Bezirk den Gegnern zu entreißen und ihn für unsere Partei zu erobern, damit wir alle vier Moabiter Bezirke der dritten Abteilung zu unserem Besitzstand zählen können. Nicht nur die Parteigenossen der beiden zur Wahl stehenden Bezirke, sondern auch die aus den anderen Bezirken müssen sich für die Wahlarbeiten zur Verfügung stellen, denn es gilt, auch den letzten Moabiter Bezirk den Gegnern abzunehmen.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter (Sektion des Holzarbeiter-Verbandes) hatten zum Montag nach dem Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Bericht über die Lohnbewegung und das Verhalten der Leitung des Fachvereins dazu. Wie zu erwarten, hielten sich die Mitglieder des lokalen Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter in der Versammlung ebenfalls sehr zahlreich eingefunden. Gleich zu Anfang kam es zu erregten Geschäftsordnungsdebatten über die Bewegung des Bureau, das schließlich auf paritätischer Grundlage gebildet wurde. Hierauf hielt Siefeld, Branchenvertreter der Sektion, das einleitende Referat, in dem er

folgende Sachdarstellung gab: Am 12. Oktober hat eine öffentliche Versammlung der Branche stattgefunden, wofür auch Vertreter des Fachvereins zugegen waren. Es wurde damals gegen etwa 10 Stimmen beschlossen, zwecks Erringung der 52-stündigen Wochenarbeitszeit und eines Aufschlags auf verschiedene Artordräge in eine partielle Lohnbewegung einzutreten. Es fanden auch für 27 Betriebe Werkstattbesprechungen statt; in dreien dieser Betriebe waren die Fachvereinsmitglieder in der Mehrheit, in den anderen Betrieben dominierten die Verbandsmitglieder. In 14 Betrieben brachten es die Arbeiter durch ihr gemeinsames Vorgehen auch zu einem teilweisen Erfolg. Der Leitung des Fachvereins wurde nun der Vorwurf gemacht, aus Antipathie gegen den Verband und aus Mangel darüber, daß der Verband die Initiative zur Lohnbewegung ergriffen hätte — während der Fachverein die günstige Konjunktur thatenlos habe verstreichen lassen — die Ausdehnung und sachgemäße Durchführung der erfolgversprechenden Lohnbewegung durch unsozialistische Luertreiberei und Gegenagitation unter den Kollegen der verschiedenen Werkstätten derartig behindert zu haben, daß die Bewegung nach kurzer Zeit im Sande verlief. Die Beschuldigungen belegte der Referent durch Mitteilungen über Einzelvorgänge, die sich infolge des Eingreifens von Kommissionsmitgliedern bei den Werkstattbesprechungen in mehreren Betrieben abgespielt hatten, und ferner durch folgende Resolution, die am 19. Oktober von einer Generalversammlung des Fachvereins angenommen worden ist:

„In Erwägung, daß die Lohnverhältnisse in unserem Berufe besonders seit Einführung der ausgedehnten Teilarbeit schon seit langer Zeit verbesserungsbedürftig sind, erklärt sich die heutige Generalversammlung im Prinzip mit der Lohnbewegung einverstanden. In Erwägung jedoch, daß die Lohnbewegung einseitig inszeniert, ohne mit dem Fachverein vorher Beratungen gepflogen zu haben, der doch die einzige Gewähr für ein erfolgreiches Vorgehen geboten hätte, und da infolgedessen jede Vorbereitung, vor allem eine den Forderungen entsprechende Agitation unterließ, da ferner das Verhalten des Holzarbeiterverbandes bei allen Lohnstreitigkeiten in unserem Berufe der letzten Jahre ein solches war, das niemals darauf schließen läßt, daß es dem Verband mit seinem Vorgehen ernst ist, erklärt die heutige Versammlung die einseitige Lohnbewegung für ein Scheinmanöver, einseitig, nicht um die Lage der Berliner Berufsgenossenschaft ernsthaft zu heben, sondern um den Fachverein zu überrumpeln und in seiner Fortentwicklung zu schädigen. Die Versammelten erklären, wie bisher der Kleinstrieg im Berufe auch ferner weiterzuführen und zur gegebenen Zeit eine allgemeine Lohnbewegung, die sich auf alle Betriebe zu erstrecken hat, zu veranlassen. Wir sprechen jeder anderen Vereinigung das Recht ab, ohne unsere Organisation zu Rate zu ziehen, öffentlich Beschlüsse zu fassen, deren Durchführung den gesamten Berliner Musikinstrumentenarbeitern obliegt.“

Ein Bericht über die Versammlung, in der vorstehende Erklärung angenommen wurde, ist, so bemerkt der Referent weiter, in keinem Arbeiterorgan erschienen, wohl aber in dem Fachorgan der Arbeitgeber, der „Musik-Instrumenten-Zeitung“, und dies Blatt hat nun die Gelegenheit benützt, den Zwist der beiden Organisationen in geschickter Weise zu Gunsten der Arbeitgeber auszunutzen, indem es in einem Artikel den gesunden Sinn, die Einfachheit und Intelligenz des Fachvereins gegenüber der aufstrebenden Tätigkeit des machtlustigen Holzarbeiterverbandes rühmend hervorhob. Auf dieses bedenkliche Lob des Arbeitgeberorgans hat der Fachverein volle drei Wochen geschwiegen, erst in der letzten Nummer der „Einigkeit“ findet sich eine abweisende Erklärung dazu. Nach Meinung des Referenten sei die Erklärung endlich wohl nur deshalb erfolgt, weil bekannt war, daß sich die heutige Versammlung auch mit diesem dem Fachverein in so reichem Maße von den Arbeitgebern zu eil gewordenen Lobpreisungen beschäftigen würde. Redner bezeichnete den Inhalt der vorerwähnten Fachvereins-Resolution teils als eine über den Holzarbeiter-Verband ausgestreute bewusste Unwahrheit, teils

als eine verächtliche Denunziation dem Scharfmachertum gegenüber. Durch ein derartiges Verhalten habe sich der Fachverein zwar den ausgiebig gespendeten Dank des Unternehmertums reichlich verdient, sich selbst jedoch ein sehr unruhiges Denkmal gesetzt.

War es schon während der Rede Siefelds zu hitzigen Unterbrechungen gekommen, so gab es während der Diskussion geradezu tumultuarische Ausbrüche, so daß die einzelnen Redner mehrfach am Weiterreden gehindert wurden. Piepenhagen, Vertreter des Fachvereins, wies darauf hin, daß Lohnbewegungen, wie die in Frage stehende, tagtäglich ausgefochten würden, es dazu aber keiner Aktion des Verbandes bedürftig hätte. Zu einer größeren Lohnbewegung sei die Zeit aber schon zu weit vorgerückt gewesen. Eine Verweigerung aber sei es, einseitig Lohnbewegungen für einen ganzen Versuch zu inszenieren, ohne sich mit der anderen in Betracht kommenden Organisation vorher in aller Form zu verständigen. Die Einladung zu einer öffentlichen Versammlung könne als solche Verständigung nicht angesehen werden. Er bleibe dabei, dem Verbands sei es bei dem als Lohnbewegung bezeichneten Scheinmanöver nur darauf angekommen, dem Fachverein eins zu verlesen und für sich und seine Organisation Stimmung zu machen. Eine derartige Arroganz des Verbandes werde man sich niemals gefallen lassen. Was nun die Veröffentlichung der bezüglichen Resolution in dem Arbeiter-Organ anbelange, so rühre diese wahrscheinlich von einem bürgerlichen Verichteratter her. Es sei in jener Versammlung zwar auch ein Verichteratter des „Vorwärts“ anwesend gewesen, doch dieser habe sich infolge einer hingeworfenen Bemerkung eines Mitgliedes in überempfindlicher Weise getränkt gefühlt und darauf das Lokal verlassen. Die Bemerkung über den „Vorwärts“ sei übrigens gar nicht so unangebracht gewesen, weil es doch auffallen müsse, wenn für gewöhnlich die Aufnahme der Berichte des Fachvereins abgelehnt würden, nun mit einem Mal, wo über die Lohnbewegung gesprochen werden sollte, auch ein Verichteratter des „Vorwärts“ erscheine. Es sprachen noch Leopold vom Verband und Meyer und Haffner vom Fachverein. Während der Ausführungen des letztgenannten Redners kam es zu einem derartigen Tumult, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste.

(Die Ueberempfindlichkeit, von der Genosse Piepenhagen als bei einem Verichteratter des „Vorwärts“ vorhanden sprach, liegt wohl auf Seiten der Mitglieder des Fachvereins. Derselbe teilt nämlich mit allen Organisationen in Berlin und Umgegend das Schicksal, daß „für gewöhnlich“ die Aufnahme seiner Berichte abgelehnt wird, daß aber, „wo über die Lohnbewegung gesprochen werden sollte“, ein Verichteratter des „Vorwärts“ erscheint. Soll der Verichteratter vielleicht „gewöhnlich“, bei Lohnbewegungen aber nicht erscheinen? — Bei dem moralischen Hinanswurf unfreies Verichteratters handelte es sich übrigens keineswegs um „eine hingeworfene Bemerkung eines Mitgliedes“, sondern um eine regelrechte Debatte über die Frage, ob man denselben zulassen oder hinausweisen solle. Und das in Gegenwart eines bürgerlichen Verichteratters, an der niemand Anstoß nahm. Daß unser Verichteratter das Ende einer solchen Debatte nicht erwartete, sondern hinausging, ist wohl selbstverständlich, und daß wir im Interesse des Fachvereins in dieser Angelegenheit vor der Öffentlichkeit bisher geschwiegen haben, zeugt wohl von allem andern, nur nicht von Empfindlichkeit. R. d. „V.“)

Französisch-Buchholz. Am Dienstag, den 17. d. M. fand die Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins in Köhnes Lokal statt. Herr Zahndreher Gebide-Berlin hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: Die Zähne, ihre Krankheiten und Pflege. — In der darauf folgenden Renewahl des Vorstandes wurden zum Vorsitzenden Genosse Ernst Gottlieb, Hauptstraße 62, und zum Kassierer August Pohl, Gravensteinstraße 4, gewählt.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 25. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyrenhaus. Die Raubritze. Schauspielhaus. Im stillen Wäghen (Quality-Suot.) Deutsches. Rok Brand. Berliner. Ueber unsre Kraft (Erster Teil.) Festung. Kaptenreich. Westen. Dr. Wrisanerin. Neues. Salome. Vorher: Der Kammerjäger. Residenz. Ein Seltenesprung (La Carotte.) Vorher: Der zündende Funke. Central. Der Kastelbinder. Nachmittags: Der gestiefelte Kater. Thalia. Der Hochtourist. Casino. Ein edles Weib. Hotel Allegrebusch. Metropol. Durchlaucht Radieschen. Apollo. Frühlingstanz. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Stützen der Gesellschaft. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Diebelei. Hieran: Alexander. Belle-Alliance. Der Renommist. Carl Weiss. Die Toten leben. Luise. Die Logenbrüder. Kleines. Radstahl. Trianon. Biscotte. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Palast. Witterlegen. Winter-Garten. Specialitäten. Passage-Theater. Specialitäten. Reichshallen. Sittlicher Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Invalidenstrasse 57/62. CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 165. Indianer-Riese Manko Karoo. Die zusammenge wachsenen Leber. Schwestern! Leber. Boeren-Riese Andries Venter, ehemal. Leibsoldat des Präsidenden Paul Kräger von Transvaal. Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Salome. Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr. Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Elektra. Metropol-Theater. Durchlaucht Radieschen! Barleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz. Im 4. Bilde: Grosses Ballett Wie damals im Monat Mai. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Invalidenstrasse 57/62. CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 165. Indianer-Riese Manko Karoo. Die zusammenge wachsenen Leber. Schwestern! Leber. Boeren-Riese Andries Venter, ehemal. Leibsoldat des Präsidenden Paul Kräger von Transvaal.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Salome. Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr. Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Elektra. Metropol-Theater. Durchlaucht Radieschen! Barleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz. Im 4. Bilde: Grosses Ballett Wie damals im Monat Mai. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Salome. Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr. Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Elektra. Metropol-Theater. Durchlaucht Radieschen! Barleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz. Im 4. Bilde: Grosses Ballett Wie damals im Monat Mai. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet.

Metropol-Theater. Durchlaucht Radieschen! Barleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz. Im 4. Bilde: Grosses Ballett Wie damals im Monat Mai. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr. Die Logenbrüder. Morgen: Der Verschwenker. Freitag: Der Silberpustigen Jähmung. Samstag: Die Jungfrau von Orleans. Sonntagnachmittag: Der Silberpustigen Jähmung. Abends: Der Verschwenker. Montag: Die Logenbrüder.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Das grosse Geheimnis. Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff. Samstagabend zum erstenmal: Ein Zeitensprung (La Carotte). Schwanz in 3 Akten von Georges Feytaud. Dehère u. Gullemand. Deutsch von Max Schwan. Vorher: Der zündende Funke. Lustspiel in 1 Akt von Ed. Gullerue.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7-8. In Vertretung. Ein Soldatenjüngling in 3 Akten von Heinz Gordon. Anfang 8 Uhr. Donnerstag zum erstenmal: Vos vom Manne! Schwanz in 3 Akten von E. Jacoby und A. Lindsch. Freitag bis Montag: Vos vom Manne! Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Doktor Weepe.

Reichshallen Stettiner Sänger. Anfang: 8 Uhr. Beginn: 7 Uhr.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 25. November cr., abends 7 1/2 Uhr: Ritter von Renoff, Schutzeiter. Herr Gustav Goebel aus Berlin als Schutzeiter, Schüler des berühmten James Mills. Rabemoiselle Adrienne de Holstein, Schutzeiterin. Die neueste Sensation Berlins: Mr. Eclair im Teufelsrad. Nur noch kurze Zeit: Auftreten der Heliot, Löwenbraut. Nur noch kurze Zeit: Paul Müldners Todessprung durch den ganzen Cirkus und über eine ganze Herde Elefanten. Berliner Winterfreuden humorist. Manège-Schauspiel.

Zum 88. Male

Deutsch-Amerikanisches Theater 67 Köpnickstr. 68. Ueber'n grossen Teich Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurtstr. 132. Abends 8 Uhr: Der Fehltritt einer Frau. Berliner Stützenbild in 5 Akten von Herrn Werner. Morgen: Der Fehltritt einer Frau. Freitag: Die Schule des Lebens. Samstagabend: Der Waldmeister. Sonntagnachm.: Der Trompeter von Säckingen. Samstagabend 8 Uhr: Maria Theresia und ihr Hof! oder Gute Nacht, Händchen!

Königstadt-Kasino

Golzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstraße. Täglich: Franz Sobanski, Gosch, Lehmann, C. Groth, L. Oursand, La Traviata, Lesardo and Trepp. Jam Schüh: Ein Goldfuchs.

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung

LEIPZIGER-STRASSE 12. Taglich geöffnet 10-8. Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Preciosa. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Extra-Elitenorstellung. Hamlet, Prinz von Dänemark.

Casino-Theater.

Lohngängerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2. Letzte Woche: Berliner Nachtasyl. Letzte Woche: Kapitän Marcus etc. Letzte Woche: Hotel Klingebusch. Sonntagnachm. 4 Uhr: Ein edles Weib.

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22. Anhaltender Erfolg! Das Liebesparadies Gesangs-Burleske in 3 Akten von W. Gerde. Das ideale November-Programm. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Freitag, den 27. November 1903: Mutter und Sohn.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße. Biscotte. Anfang 8 Uhr. Sonntagnachmittag: Die Rotbrücke.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58. Mittwoch, den 25. November 1903: Zur Feier des 20-jährigen Bühnen-Jubiläums des Direkt. Bernhard Rose Wilhelm Tell. Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Wilhelm Tell... Bernhard Rose. Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Jeden Mittwoch 8 Uhr: Grosser Extra-Spielabend der beliebten Gimmernmanns Norddeutsche Sänger. Nach der Vorstellung: Frei-Tanz. Eintritt inkl. Tanz 30 Pf. Sonntag von 5-10 Uhr: Norddeutsche Sänger. Nach der Vorstellung 10 Uhr: Gr. Extra-Ball. Montag: Goethe-Ensemble. Dienstag: Städtebund-Theater.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der S-Bahn. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Sonnabend, 28. November: Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten einer Weihnacht-Bescherung armer Kinder. Nach der Solire Tanztrümpchen. Kaffeepause. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer U. Stralsunderstr. 1.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).

Mittwoch abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten von Demit
Schauspiel. Deutsch von Wilhelm Lange.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Liebelel. Hierauf: Litteratur.
Freitag abends 8 Uhr:
Liebelel. Hierauf: Litteratur.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Mittwoch abends 8 Uhr:
Liebelel.
Schauspiel in 3 Akten von Arthur
Schnitzler.
Hierauf: Litteratur.
Lustspiel in 1 Akt v. Arthur Schnitzler.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Zum erstmalig: Vasantasana.
Freitag abends 8 Uhr:
Die Ehre.

Cirkus Schumann.

Heute, Mittwoch, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr:
Die grösste Attraktion der Gegenwart.
Um 9 Uhr: „La Flèche Humaine“ (das Original).
Rekordsprung von 50 Fuss = 15 Meter
ausgeführt von Mlle. Hélène Dutrieu,
die Erfinderin dieses Pfeilsprunges mit dem Fahrrad.
Aufgeben: 25 männl. Kaiser-Löwen u. das Riesenprogramm.

Voranzeige.

Zu der am Freitag, den 27. November 1903, abends 7 1/2 Uhr, im
Cirkus Schumann zum Besten der unterzeichneten

**Krieger-Sanitäts-Kolonie vom
Roten Kreuz, Berlin und des
Preussischen Landes-Vereins
vom Roten Kreuz**
stattfindenden grossen ausserordent. Gala-Vorstellung ladet er-
geblich ein
Der Vorstand der Krieger-Sanitäts-Kolonien vom Roten Kreuz, Berlin.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.

Die 1. Excentric-Tänzerin der Welt

Pertina

Die Berliner Presse stellt sie ein-
stimmig an die Spitze aller bisher
in Berlin gesehenen Tänzerinnen.

Das Moto-Mädchen

Wenig oder Nichts?
Das neue Rätsel für Berlin.
14 glänzende Nummern.

Germania-Prachtsäle

Charlottenstr. 103. Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:



Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Vorzugsarten gelten.

WINTERGARTEN

Nur noch wenige Tage:

Saharel australische Tänzerin.
Emil Sondermann Humorist vom
Central-Theater, Berlin.
Lucia Krall Bravoursängerin.
Ida Fuller in ihrer elektr. Sensat.
„Feuer und Wind“.

Urban u. Sohn Gymnastiker.
Lamborg Klavierhumorist.
Little Fred Hunde-Dressour.
Les Agostas Humorist. Jongleure.
Hadj Abdallah Arab. Gymnastiker.
Egger-Rieser Tyrol. Gesangstruppe.
O. K. Sato Komischer Jongleur.
„Pariser Luft“ Ballett.
Der Biograph.

Nur

in der Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C. Köpstr. 2.
Koch & Seeland
enorm billige

Reste

für Herren-Anzüge, Winter-Paletots,
Hosen, Kinder-Anzüge usw.
Damen-Tücher.

Gewerkschafts-Kartell

für Berlin und Umgegend.
Bureau: C. 54, Dragonerstr. 15. Telefon: Amt III, 5028.

Donnerstag, den 26. November cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Patt,
Dragonerstrasse 15:

Delegierten - Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal 1903 und Revisionsbericht. 2. Ab-
rechnung vom Kommiss. 3. Kartellangelegenheiten. 202/14
Das Erscheinen sämtlicher Delegierten ist dringend erforderlich.
Der Ausschuss.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Filliale Berlin.
Donnerstag, den 26. November 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Stellmacher
bei P. F. F. Köpfer, Köpferstr. 57.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchen-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu er-
scheinen. 90/1

I. Wahlkreis (2. Kommunal-Wahlbezirk).

Donnerstag, den 26. November 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Grosse öffentliche Wähler-Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstrasse 20.
Tages-Ordnung: 1. Auf zur Stadtverordneten-Wahl. Referent: Stadtv.
Dr. Karl Liebknecht. 2. Diskussion. 208/13
Ansprache des Kandidaten **Waldeck Manasse.**
Zahlreichen Besuch (Männer und Frauen) erwarten. Die Vertrauensleute.

Zweiter Wahlkreis.

Donnerstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr:
2 öffentl. Wählerversammlungen
1. in Bühlkes Salon, Dennewitzstr. 13. Referent Reichstags-
Abgeordneter **E. Wurm.**
2. in Habels Brauerei-Ausschank, Bergmannstr. 5/7. Referent
der Kandidat **O. Antrick.**
Tagesordnung: 1. Die Stadtverordneten-Wahlen und die Sozialdemokratie. 210/18
2. Freie Diskussion. Das Wahlkomitee.
Zahlreichen Besuch erwartet.

3. Reichstags-Wahlkreis

Kommunalwahl im 17. und 18. Bezirk.
Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Apollo-Saal, Sebastianstrasse 39:

Kommunalwähler-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Auf zur Stadtverordnetewahl. Referent:
Stadtv. Dr. Curt Freudenberg. 2. Diskussion. 212/17
Regen Besuch erwarten. Die Vertrauensleute.

Vierter Wahlkreis (Süd-Ost).

Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr:
Zwei öffentliche Wähler-Versammlungen
in den Lokalen: Urania, Brangelstr. 10/11; Zur Drachenburg, Vor dem Schlesischen Thor 2.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 2. Diskussion. 215/7
Referenten: Die Reichstags-Abgeordneten **Paul Singer, Arthur Stadthagen.**
Alle Wähler sind hiermit freundlichst eingeladen. Das Wahlkomitee.

Achtung! 4. und 5. Reichstags-Wahlkreis!

Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr:
3 öffentl. Kommunalwählerversammlungen
24. Bezirk: bei Herzog, Memelerstrasse 67,
Referenten: Stadtverordneter **Adolf Hoffmann** und der Kandidat **Paul Schneider.**
25. Bezirk: in der Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 53.
Referenten: Stadtverordneter **H. Heimann** und der Kandidat Stadtverordneter **B. Bruns.**
28. Bezirk: Altes Schützenhaus, Linienstrasse 5.
Referenten: Stadtverordneter **Dr. Weyl** und der Kandidat **Franz Kolzke.**
Tagesordnung in allen Versammlungen: 215/6
1. **Nieder mit dem Kommunalfreisinn.**
2. Diskussion. Die sozialdemokratischen Wahlkomitees.

VI. Wahlkreis.

Mittwoch, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentl. Wähler-Versammlung
in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Ewald: „Die Sozialdemokratie
und ihre Forderungen an die Stadtverwaltung.“** 2. Freie Diskussion. 220/19*
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein. Der Vertrauensmann.

Sechster Wahlkreis!

Donnerstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr:
Sechs öffentl. Wähler-Versammlungen
in folgenden Lokalen:
Sprehallen, Kirchstrasse 13.
Feldschlösschen, Müllerstrasse 142.
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11.
Marienbad, Badstrasse 35/36.
Hirthe, Elisabethkirchstrasse 14.
Schmidt, Gartenstrasse 9.
Tages-Ordnung:
1. Auf zur Stadtverordneten-Wahl. 2. Freie Diskussion.
Referenten: Genossen **Borgmann, Ewald, Dr. Friedeberg, Katzenstein,**
Waldeck Manasse, Br. Poersch, Fr. Zubeil. 220/10
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein. Das Wahlkomitee.

Allen Freunden Bekannten und
Kollegen die traurige Nachricht,
dass mein lieber, unvergesslicher
Vater, der Arbeiter
Karl Schulz
nach längerem Krankenlager ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 25. November, nach-
mittags 3 Uhr, vom Elisabeth-
Strassenhaus, Löhroffstrasse, nach
dem Schönberger Friedhof, Rar-
strasse, aus statt. 3454b
Die trauernde Witwe Frau Schulz
nebst Kindern.

Centralverband der Handels-,
Transport- u. Verkehrsarbeiter
Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin I.
Hierdurch diene zur Nachricht,
dass unser langjähriges Mitglied
Ferdinand Fischer
Rixdorf, 71/3
am 23. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser langjähriges Mitglied,
der Kaufherr
Ferdinand Fischer
(3. Bezirk)
am 22. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstagnachmittag 2 1/2 Uhr
vor der Leichenhalle des alten
Rixdorfer Kirchhofes (Fudower-
strasse) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 23/10

Allen Freunden und Bekannten
meinen tiefgefühlten Dank für die
rege Teilnahme und Unterstützung
bei der Beerdigung meiner lieben
Frau, speziell meinen Mitarbeitern
der Firma Holzerbaum und Schmidt
und dem Kollerte-Verein Wiesenburg.
Der betrubte Gatte
Ernst Rudolf.

Konsum-Verein

eingetragene Genossenschaft m. b. H.
Charlottenburg.

Am 2. Dezember 1903, abends
8 Uhr, im Volkshaus, Kolonnenstr. 2:
General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes;
2. Beschlussfassung über Entlastung des
Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Gewinn-
verteilung.
4. Statutenänderung, § 76, den Schluss
des Geschäftsjahres auf den 30. Juni
zu verlegen.
5. Wahl eines turnusmäßig aus-
scheidenden Vorstandsmitgliedes,
sowie dreier Aufsichtsratsmitglieder.
6. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen wird ge-
beten.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.
Rax, Anst. 295/3
1. Vorsitzender des Aufsichtsrats.

**Siehlings
Damen-
Konfektion**
Grosse
Frankfurterstr. 102
3. Etage.
Reine hohe Damen-
miete, daher bil-
ligste Bezugs-
quellen. Jacketts
Paletots, Capes,
Hüte.
Gelegenheitskauf: Lange Paletots
7 1/2 - 10 Mark.

**Dur Probe! Beste Rasiermesser
der Welt!**
empf. gegen Zahlung od. vorh. Reha:
Seit Hammerfabr. Gode, Göttingen,
Stahlwarenfabr. und Versand,
Diamantfabr.-Rasiermesser Nr. 2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27-28-29-30-31-32-33-34-35-36-37-38-39-40-41-42-43-44-45-46-47-48-49-50-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100-101-102-103-104-105-106-107-108-109-110-111-112-113-114-115-116-117-118-119-120-121-122-123-124-125-126-127-128-129-130-131-132-133-134-135-136-137-138-139-140-141-142-143-144-145-146-147-148-149-150-151-152-153-154-155-156-157-158-159-160-161-162-163-164-165-166-167-168-169-170-171-172-173-174-175-176-177-178-179-180-181-182-183-184-185-186-187-188-189-190-191-192-193-194-195-196-197-198-199-200-201-202-203-204-205-206-207-208-209-210-211-212-213-214-215-216-217-218-219-220-221-222-223-224-225-226-227-228-229-230-231-232-233-234-235-236-237-238-239-240-241-242-243-244-245-246-247-248-249-250-251-252-253-254-255-256-257-258-259-260-261-262-263-264-265-266-267-268-269-270-271-272-273-274-275-276-277-278-279-280-281-282-283-284-285-286-287-288-289-290-291-292-293-294-295-296-297-298-299-300-301-302-303-304-305-306-307-308-309-310-311-312-313-314-315-316-317-318-319-320-321-322-323-324-325-326-327-328-329-330-331-332-333-334-335-336-337-338-339-340-341-342-343-344-345-346-347-348-349-350-351-352-353-354-355-356-357-358-359-360-361-362-363-364-365-366-367-368-369-370-371-372-373-374-375-376-377-378-379-380-381-382-383-384-385-386-387-388-389-390-391-392-393-394-395-396-397-398-399-400-401-402-403-404-405-406-407-408-409-410-411-412-413-414-415-416-417-418-419-420-421-422-423-424-425-426-427-428-429-430-431-432-433-434-435-436-437-438-439-440-441-442-443-444-445-446-447-448-449-450-451-452-453-454-455-456-457-458-459-460-461-462-463-464-465-466-467-468-469-470-471-472-473-474-475-476-477-478-479-480-481-482-483-484-485-486-487-488-489-490-491-492-493-494-495-496-497-498-499-500-501-502-503-504-505-506-507-508-509-510-511-512-513-514-515-516-517-518-519-520-521-522-523-524-525-526-527-528-529-530-531-532-533-534-535-536-537-538-539-540-541-542-543-544-545-546-547-548-549-550-551-552-553-554-555-556-557-558-559-560-561-562-563-564-565-566-567-568-569-570-571-572-573-574-575-576-577-578-579-580-581-582-583-584-585-586-587-588-589-590-591-592-593-594-595-596-597-598-599-600-601-602-603-604-605-606-607-608-609-610-611-612-613-614-615-616-617-618-619-620-621-622-623-624-625-626-627-628-629-630-631-632-633-634-635-636-637-638-639-640-641-642-643-644-645-646-647-648-649-650-651-652-653-654-655-656-657-658-659-660-661-662-663-664-665-666-667-668-669-670-671-672-673-674-675-676-677-678-679-680-681-682-683-684-685-686-687-688-689-690-691-692-693-694-695-696-697-698-699-700-701-702-703-704-705-706-707-708-709-710-711-712-713-714-715-716-717-718-719-720-721-722-723-724-725-726-727-728-729-730-731-732-733-734-735-736-737-738-739-740-741-742-743-744-745-746-747-748-749-750-751-752-753-754-755-756-757-758-759-760-761-762-763-764-765-766-767-768-769-770-771-772-773-774-775-776-777-778-779-780-781-782-783-784-785-786-787-788-789-790-791-792-793-794-795-796-797-798-799-800-801-802-803-804-805-806-807-808-809-810-811-812-813-814-815-816-817-818-819-820-821-822-823-824-825-826-827-828-829-830-831-832-833-834-835-836-837-838-839-840-841-842-843-844-845-846-847-848-849-850-851-852-853-854-855-856-857-858-859-860-861-862-863-864-865-866-867-868-869-870-871-872-873-874-875-876-877-878-879-880-881-882-883-884-885-886-887-888-889-890-891-892-893-894-895-896-897-898-899-900-901-902-903-904-905-906-907-908-909-910-911-912-913-914-915-916-917-918-919-920-921-922-923-924-925-926-927-928-929-930-931-932-933-934-935-936-937-938-939-940-941-942-943-944-945-946-947-948-949-950-951-952-953-954-955-956-957-958-959-960-961-962-963-964-965-966-967-968-969-970-971-972-973-974-975-976-977-978-979-980-981-982-983-984-985-986-987-988-989-990-991-992-993-994-995-996-997-998-999-1000-1001-1002-1003-1004-1005-1006-1007-1008-1009-1010-1011-1012-1013-1014-1015-1016-1017-1018-1019-1020-1021-1022-1023-1024-1025-1026-1027-1028-1029-1030-1031-1032-1033-1034-1035-1036-1037-1038-1039-1040-1041-1042-1043-1044-1045-1046-1047-1048-1049-1050-1051-1052-1053-1054-1055-1056-1057-1058-1059-1060-1061-1062-1063-1064-1065-1066-1067-1068-1069-1070-1071-1072-1073-1074-1075-1076-1077-1078-1079-1080-1081-1082-1083-1084-1085-1086-1087-1088-1089-1090-1091-1092-1093-1094-1095-1096-1097-1098-1099-1100-1101-1102-1103-1104-1105-1106-1107-1108-1109-1110-1111-1112-1113-1114-1115-1116-1117-1118-1119-1120-1121-1122-1123-1124-1125-1126-1127-1128-1129-1130-1131-1132-1133-1134-1135-1136-1137-1138-1139-1140-1141-1142-1143-1144-1145-1146-1147-1148-1149-1150-1151-1152-1153-1154-1155-1156-1157-1158-1159-1160-1161-1162-1163-1164-1165-1166-1167-1168-1169-1170-1171-1172-1173-1174-1175-1176-1177-1178-1179-1180-1181-1182-1183-1184-1185-1186-1187-1188-1189-1190-1191-1192-1193-1194-1195-1196-1197-1198-1199-1200-1201-1202-1203-1204-1205-1206-1207-1208-1209-1210-1211-1212-1213-1214-1215-1216-1217-1218-1219-1220-1221-1222-1223-1224-1225-1226-1227-1228-1229-1230-1231-1232-1233-1234-1235-1236-1237-1238-1239-1240-1241-1242-1243-1244-1245-1246-1247-1248-1249-1250-1251-1252-1253-1254-1255-1256-1257-1258-1259-1260-1261-1262-1263-1264-1265-1266-1267-1268-1269-1270-1271-1272-1273-1274-1275-1276-1277-1278-1279-1280-1281-1282-1283-1284-1285-1286-1287-1288-1289-1290-1291-1292-1293-1294-1295-1296-1297-1298-1299-1300-1301-1302-1303-1304-1305-1306-1307-1308-1309-1310-1311-1312-1313-1314-1315-1316-1317-1318-1319-1320-1321-1322-1323-1324-1325-1326-1327-1328-1329-1330-1331-1332-1333-1334-1335-1336-1337-1338-1339-1340-1341-1342-1343-1344-1345-1346-1347-1348-1349-1350-1351-1352-1353-1354-1355-1356-1357-1358-1359-1360-1361-1362-1363-1364-1365-1366-1367-1368-1369-1370-1371-1372-1373-1374-1375-1376-1377-1378-1379-1380-1381-1382-1383-1384-1385-1386-1387-1388-1389-1390-1391-1392-1393-1394-1395-1396-1397-1398-1399-1400-1401-1402-1403-1404-1405-1406-1407-1408-1409-1410-1411-1412-1413-1414-1415-1416-1417-1418-1419-1420-1421-1422-1423-1424-1425-1426-1427-1428-1429-1430-1431-1432-1433-1434-1435-1436-1437-1438-1439-1440-1441-1442-1443-1444-1445-1446-1447-1448-1449-1450-1451-1452-1453-1454-1455-1456-1457-1458-1459-1460-1461-1462-1463-1464-1465-1466-1467-1468-1469-1470-1471-1472-1473-1474-1475-1476-1477-1478-1479-1480-1481-1482-1483-1484-1485-1486-1487-1488-1489-1490-1491-1492-1493-1494-1495-1496-1497-1498-1499-1500-1501-1502-1503-1504-1505-1506-1507-1508-1509-1510-1511-1512-1513-1514-1515-1516-1517-1518-1519-1520-1521-1522-1523-1524-1525-1526-1527-1528-1529-1530-1531-1532-1533-1534-1535-1536-1537-1538-1539-1540-1541-1542-1543-1544-1545-1546-1547-1548-1549-1550-1551-1552-155

Warenhaus A. Wertheim Bücher

Soeben erschienen: **Globus Jahrbuch 1904** mit zahlreichen unterhaltenden u. belehr. Beitr., reich illustr., 48 S. E. ausserord. prakt. Nachschlagebuch 50 Pf.

Soeben erschien: **Dr. L. Slaby, Aus Natur und Leben**, 2.25 Mk. Naturwissenschaftliche Streifzüge, reich illustriert, eleg. geb.

Kinder-Kalender 1904

m. zahlreich. Beiträgen für Kinder von 7-12 Jahren von M. v. Biebler, P. Döbberck, D. Haack, Dr. L. Staby, R. Zozmann, R. Reichardt. Reich illustriert nebst einer Spielbeilage „Der Mückenlanz“ 65 Pf.

Abreisskalender 1904

Die Kalenderblocks sind mit Sprüchen u. praktischen Küchzetteln versehen.

Farb. Kalender mit Frauenkopf 18 Pf.

Farb. Kalender Kopf nach van Dyck in Gravüre ausgeführt 28 Pf.

Bauernhaus vielfarb. Ausführung 55 Pf.

durch elektr. Trockenbatt. innen erleuchtet 1.20

Mit Spiegel u. Pendeluhr gutgehend, farbige Ausführung, im Karton 1.35 Mk.

Beyerlein, Jena oder Sedan unverkürzte Volks-Ausgabe 2 Mk., gebunden 3 Mk.

Von folgenden Werken bringen wir, solange der Vorrat reicht, antiquarische, sowie Gelegenheits-Posten zu bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

Lohmeyer, Deutsche Jugend 3 verschied. Bde., früh. 6 Mk. jetzt à 2.25
Fürst Bismarck's Ges. Reden 3 Bände in 1 Band geb. früh. 4 Mk. 1.50
Kohl, H., Bismarckbriefe (1896-70) m. Pastell v. Lenbach, früh. 6 Mk. 2.90
Heiderich, Dr. Fr., Die Erde Allg. Erd- u. Völkerkunde, früh. 20 Mk. 6.25
Hiltl, G., D. franz. Krieg 1870-71 m. Ill. v. W. Friedrich u. A. früh. 15 Mk. 7 Mk.
Junge Mädchen Almanach v. Cl. Helm u. Fr. Schanz, früh. 8 Mk. 4.50
Bulle, Geschichte d. neuest. Zeit 1815-85 4 Bde. i. 2 Bde. eleg. geb. früh. 14 Mk. 3.85
Schaubeks Briefmark.-Alb. M. 1397 Abb. 2200 leeren Markenfeldern. Auf Grund v. Senis ill. Postwertz.-Katal. bearb. 75 Pf.

Ueber Land und Meer Beitrag v. Achleitner, v. d. Elbe u. A. geb. 2.25
Schanz, Frida 101 neue Fabeln m. 82 Bild. v. F. Flinker, 5 Aufl., früh. 5 Mk. 2.25
Auerbach, Illustr. Volksbücher m. 400 Bild. n. Original, 3 Bde., früh. 12 Mk. 3.90
Bodenstedt, Ges. Schriften 12 Bde. in 4 Bden. eleg. geb. früh. 36 Mk. 9 Mk.
Lindenberg, P., Um d. Erde in Wort u. Bild, 287 Illustr., früh. 16 Mk. 6 Mk.
Cervantes, Don Quijote reich illustr. von Doré, früh. 60 Mk. 16 Mk.
Lützwow, Die Kunstschätze Italiens, m. viel Abb., früh. 60 Mk. 37.50
Heyse, Fremdwörterbuch m. 50 000 Worterkklärung, nach neuester Orthographie, früher 6 Mk. 2.90

Nascher, Handbuch d. Gesch. d. Weltlitt., m. 80 Tafeln, früh. 18 Mk. 6.25
Heine, Sein Leben in 8 Liedern eleganter Geschenkbund, früh. 7.50 Mk. 1.90
Rose, Neues Wörterbuch d. franz.-deutsch. Sprache, früh. 5 Mk. 3 Mk.
Gerstäcker, Ges. Schriften 7 verschied. Bände à Band Gold - Unter dem Äquator. - General Franco - Tahiti. - Der Kunstzeiter. - Die Regulatoren v. Arkansas. - Die beiden Sträflinge. 1.25
Velhagen & Klasing's Jugendbibliothek 4 Bände, eleg. gebunden früh. 10 Mk., jetzt 1. Bd.: Zobelitz, Der Kurier des Kaisers - 2. Bd.: Aus aller Zeit - Aus aller Welt. - 3. Bd.: Meister, Die 3 Kapitäne. - 4. Bd.: Spiel u. Sport. 5.25
Schiller & Goethe's Briefwechsel 3 Bde. in 1 Bd. früh. 10 Mk. 3.85
Hey, Ausgew. Sagen d. Altertums m. vielen Illustrationen in Farbendruck 2.85

Sienkiewicz, Quo vadis? Roman früher Preis 2 Mk., jetzt 85 Pf.
Gartenlaub.-Kalender 22 Pf. Verschied. Jahrgänge, früh. 1 Mk.
Kretzer, Der Holzhändler, Roman 2 Bde., eleg. geb. früh. 6 Mk., jetzt 1.90
Rückert, Liebesfrühling Frachtausgabe, früher Ladenpreis 10 Mk. 3.25
Tennyson, Enoch Arden m. Illustr. v. Walt. Kupfer, früh. 6 Mk. 3.25
Goethe, Faust I. Teil Frachtbd., mit viel Illustrat., früh. 8 Mk. 3.25
Chamisso, Frauenliebe u. Leb. Frachtbd., m. viel Illustrat., früh. 7 Mk. 3.25
Meyers Konvers.-Lexikon 17 Bde., 5. Aufl., Orig.-od. Lux.-Ausg. (antiquarisch) früh. Laden 170 Mk. 70 Mk.

Engelhorn's Romanbibliothek antiquarisch, Ladenpreis 50 u. 75 Pf., brosch. 28, gebunden 42 Pf.
Daheim-Kalender verschiedene Jahrgänge, 1899, 1901, 1902, früher 1.50, jetzt à 28 Pf.

Jules Verne Reiseromane 82 versch. Bände, rechtmässige Ausgabe brosch. 38, geb. 70 Pf.
Tolstoi, Auferstehung. Roman. 688 Seiten stark, früher 1.50, jetzt 90 Pf.

Max Kliems Fest-Säle
Hasenheide 11-13.
Jeden Mittwoch im neuen Saale:
Grosses Militär-Konzert.
Jeden Sonntag in allen Sälen: **Grosser Ball**
Max Kliem.
Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.

Engros-Haus
Simon Westmann
Damenmäntel, Jacketts, Röcke, Kostüme
Haupt-Geschäft: W., Mohrenstrasse 37a, an der Jerusalemstrasse.
Filiale: O., Grosse Frankfurterstrasse 115, an der Andreasstrasse.
verkauft, soweit der Vorrat reicht, ihre berühmten Fabrikate, im Haupt-Geschäft sowie Filiale, von einfachsten bis zu eleganten Genres in Jacketts, Capes, Paletots, Kostüme, Abendmäntel, Modelle, Reismuster und Kopien jetzt nach beendeter Engros-Saison an das werthe Publikum zu 6, 8, 9, 10, 12, 15, 18, 20, 22, 24, 30, 35, 40-156 Mk., welche früher weit über das Doppelte gekostet haben.
Für starke Damen
elegante Frauenmäntel in Zibeline, Eskimo u. Seidenplüsch
weit unter Preis!
In der Trauer-Abteilung: Grosse Auswahl in Kleidern, Hüten, Röcken, Kostümen etc. zu sehr billigen Preisen.
Ohne irgend welche Kaufverpflichtung ersuche ich höflichst mein Angebot zu prüfen.

Vorwärts-Buchhandlung
SW. Lindenstrasse 69, Laden.
Wir empfehlen
Schriften von August Hebel:
Die Kaiser-Reden im Reichstage und die Socialdemokratie. R. - 20
Attentate und Socialdemokratie. R. - 10
Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr. R. - 30
Die wahre Gestalt des Christentums (Etude sur les doctrines sociales du christianisme). Von Yves Guinet und Eglismond Lacroix. Uebersetzt von einem deutschen Socialisten. R. - 50
Glossen zu Yves Guinet und Eglismond Lacroix. Die wahre Gestalt des Christentums. Uebersetzt von einem deutschen Socialisten. R. - 30
Die Handlung des Vereins und Versammlungsrechts im Königreich Sachsen. R. 1.-
Der September-Kurs vor dem Reichstage. R. - 15
Christentum und Socialismus. Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hohoff in Halle und B. B. K. Neue Auflage mit einem neuen Vorwort. R. - 10
Die Soldatenmishandlungen. Verhandlungen des Reichstages vom 10. und 21. März 1903. R. - 25
Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien. Mit einem Portrat Fourier's und einer Abbildung des Phalanstères. Gebd. R. 2.50
Die Frau und der Socialismus. R. 2.-; gebd. R. 2.50
Zur Lage der Arbeiter in Bäckereien. R. 1.-
Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien. R. - 15
Socialdemokratie und Centrum. 234/2* R. - 20

Marke: **Hausfreund**
Morgenjoppe
Treffer
Komet
Schlafrock aus kräftigem, weichem Velour (dunkelgrün) mit angelegter farbloser Absteife, blau oder braun eingefärbt und besetzt mit mehrlach. Steppreinerzierungen und wolkiger Laaste (Speciaimatte) Mt. 13.50.
Dieselben Dessins in extra schwerer Qualität Mt. 18.00.
Wir führen Schlaf Röcke in den herborragendsten Qualitäten bis Mt. 32.00
aus Doubeltsch od. Velour, sehr geschmackvoll hergestellt, für Mt. 30-25,-, 16,-, 7.50, 6.75.
Winterpaletots in dunkelgrauer Kariengrafie oder schwarzem, fein gestreiftem, auch punktierten Cheviot, kräftige Ware mit gutem Plaid- oder gestepptem Atlasfutter, ein- oder zweifach, mit Sammetkragen, die Röhre sämtlich zweimal gefasst, schräge oder gerade Taschen, in Verarbeitung II Mt. 18.-
Dieselben Dessins in hochgelegtem Fabrikat, höchst vornehm gefertigt, in Verarbeitung I, nach ersuchen: Mt. 28.-.
Winterpaletots bestehend aus hochgelegtem, kräftigem, Oberstoff (reine Wolle), mit verschiedenem Dessins, fein gemustert, schräge oder gerade Taschen, echtem Sammetkragen mit Bindliche, sämtliche Röhre zweimal gefasst, ein- oder zweifach, für Mt. 36.-.

Das beste Metall-Putzmittel ist und bleibt **Amor**
Metal-Putz-Glanz.
Ueberall zu haben in Dosen à 10 Pf.
Achtung auf Schutzmarke „Amor“.
Lubszynski & Co., Berlin.

Billigste Bezugsquelle für **Echte Perser Teppiche** und handgeknüpfte Smyrna, indische u. türkische Fabrikate.
Teppich-Specialhaus **Emil Lefèvre**, Oranienstr. 158, Berlin S.
Pracht-Katalog mit 600 Abbildungen gratis u. franco.

Steppdecken
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.
S. Strohmayer, Berlin 14, Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Marke „Komet“ und „Treffer“ sind gesetzlich geschützt und können nur von uns bezogen werden.
Die Preise sind auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich aufgedruckt und streng fest.
Heitinger & Co., Deutsche Compagnie
BERLIN, Oranienstrasse 40/41.
Illustrierter Preis-Katalog gratis und franco.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
größte Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reinkleider etc., werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Wurm's
MAGENDOCTOR
ist das Beste für den Magen

Restaurant „Wilhelmshof“
2 Minuten vom Bahnhof Hirschgarten
Inhaber: **Wilhelm Radtich**.
Empfehle mein Lokal mit großem Garten und Saal, ca. 2000 Personen fassend, verbede Kegelbahnen, Raststätte usw., den Vereinen und Gesellschaften zur gefälligen Benutzung.
2955L*

14. Ziehung 5. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November 1908, vormittags. Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cine Gewinne.) Nachdruck verboten.

14. Ziehung 5. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cine Gewinne.) Nachdruck verboten.

14. Ziehung 5. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cine Gewinne.) Nachdruck verboten.

14. Ziehung 5. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cine Gewinne.) Nachdruck verboten.

Verkäufe. Desillusion sofort umstände halber, 14 Jahre im Osten bestehend, zu verkaufen. Zu erfragen bei Lorenz, Spaltenstraße 28. 33458*

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Nur das erste Wort frei. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Vermietungen. Schlafstellen. Herr findet anständige Schlafstelle bei Jäger, Nussbäumstraße 3, Seitenflügel II. 14

Anzeigen für die nächste Nummer werden in dem Anzeigenteil für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 67, bis 4 Uhr angenommen.